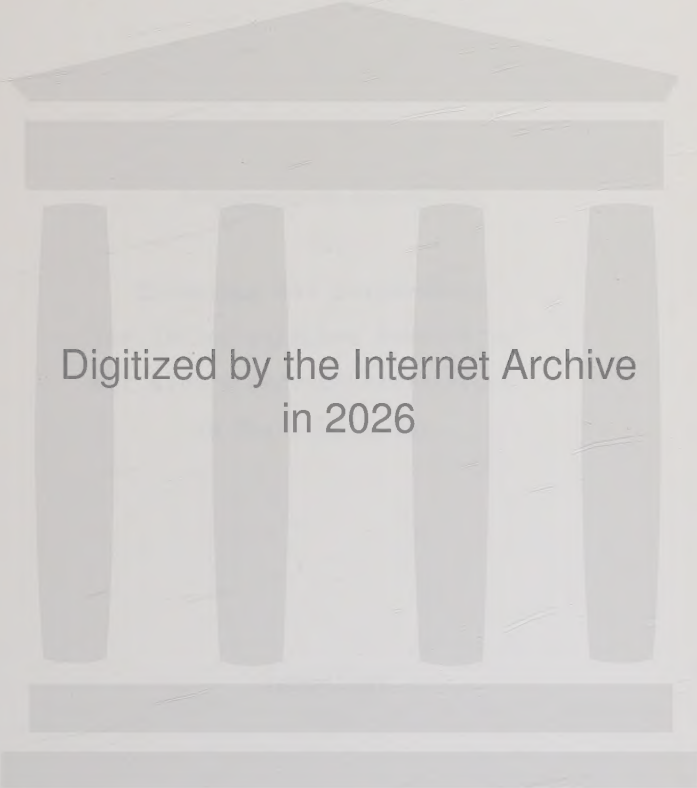


Soziale Fakten
und
Handlungen

Inaugural-Dissertation
zur
Erlangung der Doktorwürde
der Philosophischen Fakultäten
der Albert-Ludwigs-Universität
zu Freiburg i.Br.

vorgelegt
von

Milan Bulaty
—
aus Prag



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41545304_0044

S o z i a l e F a k t e n
u n d
H a n d l u n g e n

Inaugural-Dissertation
zur
Erlangung der Doktorwürde
der Philosophischen Fakultäten
der Albert-Ludwigs-Universität
zu Freiburg i.Br.



vorgelegt
von

Milan Bulaty
aus Prag

Heidelberg 1979



Referent: Prof. Dr. R. Marten
Korreferent: Doz. Dr. H. Ebeling
Sprecher: Prof. Dr. H. Steger
Tag der Promotion: 16.2.1979

0.	<u>Einleitung</u>	6
1.	<u>Methodische Annahmen und hypothetische Voraussetzungen der Handlungstheorie und der Spieltheorie</u>	9
1.1	Methodische Annahmen	9
1.2	Hypothetische Voraussetzungen bezüglich der menschlichen Natur	11
1.2.1	Formale Beziehung zwischen den Postulaten /A/ und /B/	14
1.2.2	Semantische Beziehung zwischen den Postulaten /A/ und /B/	16
1.2.3	Exkurs: Vier Verwendungsarten von "gut"	19
1.2.4	Die Unabhängigkeit der Postulate /A/ und /B/	24
2.	<u>Strukturen des sozialen Lebens als Grundlage für die Erklärung der Handlungen</u>	27
2.1	Gesellschaft und Handlungen	27
2.2	Klassifikationen der Handlungen	29
2.3	Koordinationen	34
2.4	Konventionen	40
2.5	Institutionen	44
2.6	Systematische Zusammenfassung	49
2.7	Formen und Funktionen der Sanktionen	57
2.8	Machtaspekte bei Konventionen und Institutionen	65
2.9	Moral als eine Konvention, Recht als eine Institution	71

3.	<u>Bewertungen</u>	82
3.1	Bewertungssituationen, -handlungen und -sätze	82
3.2	Begründung der Bewertungen	89
3.2.1	Begründung der Bewertungen von kon- kreten, räumlich und/oder zeitlich identifizierbaren Gegenständen	90
3.2.2	Begründung der Bewertungen von abstrakten Gegenständen	91
3.2.2.1	Begründung der Bewertungen von Sachverhalten	91
3.2.2.1a	Begründung der Bewertungen von individuellen Handlungen	92
3.2.2.1b	Begründung der Bewertungen aufgrund der Koordinationen	93
3.2.2.1c	Begründung der Bewertungen aufgrund der Konventionen	95
3.2.2.1d	Begründung der Bewertungen aufgrund der Institutionen	99
4.	<u>Bewertungen und Beschreibungen</u>	102
4.1	Arten der Beschreibung	102
4.2	Die Ableitung des Sollens aus dem Sein	107
4.3	Präskriptive und deskriptive Be- schreibung	110
4.4	Relativität der Beschreibungen	115
5.	<u>Interpretation und Ideologie</u>	120
6.	<u>Ideale</u>	125
6.1	Ideologie und Ideale	125
6.2	Ideale der Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit	127

6.3	Funktion der Ideale	130
6.4	Bewertungen aufgrund der Ideale	133
7.	<u>Ideale und kritische Bewertung</u>	135
7.1	Kritische Bewertung als partielle Ablehnung des Bestehenden zugunsten eines Ideals	135
7.1.1	Exkurs: Kunst und kritische Bewertung	139
7.2	Kritische Bewertung und die Veränderung der sozialen Fakten	142
8.	<u>Verantwortung und Bewertung</u>	145
8.1	Bestimmung von "Verantwortung"	145
8.2	Kollektive Verantwortung	147
8.2.1	Moralische Verantwortung	147
8.2.2	Institutionelle Verantwortung	150
8.3	Kritische Verantwortung	153
8.4	Zusprechung von Verantwortung	155
8.5	Andere Bedeutungen von "Verantwortung"	157
9.	<u>Methodische Ideale und Gesetze</u>	160
9.1	Das Prinzip der Widerspruchsfreiheit	160
9.2	Hierarchie der Präferenzen, Bewertungen, Verantwortungen und ihre Konsistenz	165
9.3	Deontische Gesetze	172
9.3.1	Exkurs: Handlungsschemata und konkrete Handlungen	174
9.3.2	Deontische Termini und ihre Beziehungen	181
9.3.3	Analyse der Gebote als sanktionierbarer Handlungen	188
10.	<u>Schluß</u>	198

O. Einleitung

Die Analyse von Handlungen erfolgt in der analytischen Philosophie gewöhnlich in Bezug auf Bewegung, Intention, Konsequenzen, Ziel etc.¹, nicht aber im Verhältnis zu sozialen Fakten. Die Ausklammerung der sozialen Komponente von Handlungen verhindert, daß in der analytischen Konzeption einer der wichtigsten Aspekte von Handlungen berücksichtigt wird.

Ziel meiner Arbeit ist es, mit den Methoden der analytischen Philosophie einen Begriff von sozialen Fakten zu rekonstruieren², der auch die Interdependenzen zwischen diesen Fakten und handlungstheoretisch bestimmtem Verhalten darzustellen erlaubt. Ähnliches gilt auch für die grundlegenden Begriffe der deontischen Logik, die in dieser Untersuchung durch soziale Fakten und ihre Beschreibung konstituiert werden.

Während die philosophische Tradition sich vorwiegend auf die Beziehungen zwischen Handlung, Freiheit und Vernunft konzentriert hat, ohne deren Relationen zu den sozialen Fakten in Betracht gezogen zu haben, sollen in dieser Arbeit gerade diese Aspekte der Handlungstheorie thematisiert werden. Dies hat zur Folge, daß diese Untersuchung gerade nicht den überlieferten Anspruch der Universalisierbarkeit von handlungsbezogenen Begriffen wie "Freiheit", "Vernunft" oder "Gerechtigkeit" erhebt, ohne sie zu sozialen Fakten in Beziehung zu setzen.

Begrifflich werde ich zuerst von der analytischen Handlungstheorie ausgehen; mit spieltheoretischer Methode werde ich die Begriffe der Konvention und Insti-

tution rekonstruieren, um damit einen handlungstheoretischen Begriff von sozialen Fakten zu gewinnen. Zur Rekonstruktion des Begriffs der sozialen Fakten werden zuerst die faktischen und hypothetischen Voraussetzungen der Spieltheorie expliziert und formal untersucht. Der Begriff der Koordination wird in Anlehnung an die spieltheoretische Konzeption entwickelt, die David Lewis in seinem Buch "Convention"³ zur Definition des Begriffs der Konvention verwendet. Ausgehend von seinem Begriff der Konvention führe ich eine Rekonstruktion des Begriffs der Institution durch. Einige der überlieferten Begriffe der Ethik, Rechtswissenschaft und der Sozialwissenschaften, z.B. "Recht", "Moral", "Ideologie" und "Verantwortung" werden mit den Begriffen der Konvention und Institution in Beziehung gesetzt. Die Anwendung der entwickelten Terminologie wird exemplarisch anhand der Bewertungen vorgeführt und es wird gezeigt, wie die sozialen Fakten und deren Beschreibung sich auf die Bewertungen und die Konstitution der deontischen Termini auswirken.

Der Status meiner These folgt aus der Methode und den Prämissen dieser Arbeit. Zuerst werden die individuellen Verhaltensweisen sowohl hinsichtlich der Umgebung (Umwelt und andere Menschen) als auch der notwendigen Bedingungen für das Leben der Einzelnen behandelt. Die notwendigen Bedingungen für das Leben der Einzelnen werden als Selbsterhaltungstrieb charakterisiert und zu den Zielen im Verhalten der einzelnen Menschen in Beziehung gesetzt. Die Auswirkungen der Umwelt auf das Verhalten der Menschen werden an den Tat-

sachen der Verhaltensregelmäßigkeiten und -regularitäten⁴ festgemacht. Diese verschiedenen Verhaltensformen habe ich unter dem Begriff "soziale Fakten" zusammengefaßt. Beide Grundvoraussetzungen sind empirischer Natur, werden aber nicht mit empirischen Methoden begründet, sondern mit einem handlungstheoretischen Begriffsapparat dargelegt. Diese Untersuchung ist also weder empirisch in dem Sinne, daß sie empirisch verifizierbar oder falsifizierbar ist, noch ist sie eine bloße Analyse der Verwendung von Begriffen, die soziale Fakten bezeichnen. Dagegen wird die Analyse dieser Begriffe zuerst im Rückgriff auf die grundlegenden und vorausgesetzten empirischen Fakten durchgeführt, um dann diese systematisch so rekonstruieren zu können, daß sie die Bedeutung dieser Begriffe präzisieren helfen. Meine Art des Vorgehens stellt eine Verbindung zwischen der Verwendung der Begriffe und den sozialen Fakten dar, so daß die Funktionen und Beziehungen der ausgewählten Begriffe untereinander den Charakter dieser Rekonstruktion bestimmen.

Die durch die soziale Komponente erweiterte Handlungstheorie kann mit ihrem methodischen Ansatz größere Bereiche behandeln, als es ihr bisher möglich war. Zugleich kann sie zu den in der Ethik, der Rechtswissenschaft und in den Sozialwissenschaften überlieferten Konzeptionen konkurrierende Theoriebildungen liefern.

1. Methodische Annahmen und hypothetische Voraussetzungen
der Handlungstheorie und der Spieltheorie

1.1 Methodische Annahmen

Der Begriff der Handlung wird in der analytischen Handlungstheorie mit den Begriffen der Körperbewegung, Intention, Konsequenz, Kausalität etc. definiert.⁵ Dadurch werden nicht nur von vornherein die sozialen Aspekte des Handelns ausgeklammert, sondern auch die Bezugnahme der Handlungen auf Ideale außer Acht gelassen. So werden Handlungen an eine Person gebunden, ohne daß man andere - nicht individuelle - Determinanten auf die Ausführung von Handlungen, wie z.B. bei der Bildung der Intentionen, der Präferenzen oder der Erwartungen, einbezieht. Dieses vorwiegend individualistische Verständnis von Handlungen ist der analytischen Handlungstheorie mit der Spieltheorie gemeinsam.

Die Spieltheorie setzt neben den Intentionen und Präferenzen der einzelnen Teilnehmer des Spiels, die einerseits als vorgegebene Ziele, andererseits als Erwartungen bestimmt werden, auch Kriterien für die Auswahl von Strategien voraus. Diese Kriterien werden zuerst weder individuell, d.h. von Person zu Person verschieden, noch in Abhängigkeit zu sozialen Fakten gesetzt, sondern sie werden als Rationalitätskriterien angenommen, die für alle Beteiligten gelten oder gelten sollen. Die schon hier normativ verwendete Rationalität wurde aufgrund der Genese der Spieltheorie in Anlehnung an ökonomische

Rationalitätskriterien gebildet.⁶ Der dadurch verkürzte Rationalitätsbegriff in Sinne der Erfolgsmaximierung und/oder Verlustminimalisierung des Nutzens schließt jegliche Einflüsse der sozialen Fakten, der Ideale, sowie auch der Reflexion der Ziele aus, außer denjenigen, die sich als Präferenzen und Erwartungen der unmittelbar beteiligten Personen am Spiel äußern. Die Intentionen, Präferenzen und Zielsetzungen sowie alle anderen konstitutiven Merkmale werden in spieltheoretischem Rahmen primär als an die Person gebunden aufgefaßt. Somit werden die Teilnehmer des Spiels (der Begriff des Spiels wird in 2.2 eingeführt) auf egoistische Individuen reduziert und das Suchen der Strategie wird dadurch simplifiziert, daß das Selbstinteresse der Teilnehmer nicht zu den bestehenden Machtverhältnissen, in denen die Interaktion stattfindet, in Bezug gesetzt wird.

Diese Arbeit bemüht sich, die genannten Mängel dadurch zu beseitigen, daß sie zuerst die sozialen Fakten und Ideale beschreibt, um danach deren Auswirkungen auf Handlungen zu untersuchen. Die Rekonstruktion der sozialen Fakten wird in Kapitel 2 mit dem methodischen Ansatz der Spieltheorie, die mit den erwähnten Mängeln behaftet ist, so durchgeführt, daß die fehlenden sozialen Komponenten sowie die Bezugnahme auf Ideale nachträglich in die Abhandlung einbezogen werden.

1.2 Hypothetische Voraussetzungen bezüglich der menschlichen Natur

Da die Voraussetzungen der analytischen Handlungstheorie und der Spieltheorie bisher nicht ausreichend expliziert und in ihrem Status zuwenig reflektiert wurden, will ich hier einige Aspekte ergänzen.

Dem Selbstverständnis dieser Theorien gemäß handelt es sich um empirische Annahmen, die sich durch ihre naturwissenschaftliche oder allgemeine Anerkennung auszeichnen. So werden in diesen Theorien bestimmte Merkmale der menschlichen Natur vorausgesetzt, die dann durch die Beschreibung des menschlichen Verhaltens bestätigt werden.

Indem ich die sprachanalytische Reduktion⁷ durchführe, kann ich den Begriff "menschliche Natur" als Menge der Prädikate bestimmen, die jedem Menschen zugesprochen werden können. Dazu stelle ich Sätze auf, in denen an der Subjektstelle "Menschen" steht und als Prädikate solche, welche die menschliche Natur ausmachen. Der Beweis dafür, daß es sich um notwendige Prädikate bezüglich des Menschseins handelt, werde ich folgendermaßen liefern: Unter der Voraussetzung, daß ich diejenigen Subjekte als Menschen bezeichne, die fähig sind, sinnhafte Handlungen auszuführen, d.h. als Menschen zu leben, kann man die Menge der notwendigen Voraussetzungen für menschliches Leben als konstitutive Eigenschaften der "menschlichen Natur" bezeichnen. Die sprachanalytisch bestimmte Wahrheit der im folgen-

den aufgestellten Sätze ist dadurch gewährleistet, daß alle Menschen ihnen als Grundvoraussetzungen ihres eigenen Daseins praktisch zustimmen.

So wird angenommen, daß folgende Sätze von allen Menschen praktisch bejaht werden:

/A/ Alle Menschen wollen leben.

/B/ Alle Menschen wollen gut⁸ leben.⁹

/A/ behauptet, daß alle Menschen, d.h. Subjekte, die fähig sind, sinnhafte Handlungen auszuführen, gezwungen sind, ihr zugrunde liegendes Dasein praktisch zu bejahen. Denn, wenn dies implizit oder explizit nicht der Fall wäre, müßte die Fortsetzung des Lebens verhindert werden, was theoretisch jedem Menschen möglich ist. Dem möglichen Einwand, daß es Menschen gibt, die behaupten, daß sie nicht mehr leben wollen, aber trotzdem weiter leben, kann folgendermaßen entgegnet werden:

c) Ein Mensch X kann behaupten, daß er seinen gegenwärtigen Zustand nicht als lebenswert empfindet, aber auf eine positive Veränderung in der Zukunft hofft. Da das zukünftige Leben nur als die Fortsetzung des gegenwärtigen Lebens möglich ist, muß X das gegenwärtige Leben wollen - /A/.

cc) X kann behaupten, daß er sein Leben aus Verantwortungsgefühl gegenüber anderen Menschen fortsetzt, ohne es unabhängig von anderen für sich selbst zu wollen.

Dadurch ist /A/ auch nicht widerlegt, weil in /A/ nicht der Grund spezifiziert ist, wofür man leben will.

ccc) X kann behaupten, daß er nicht mehr leben will, faktisch lebt er jedoch weiter. X bestreitet zwar theoretisch /A/, zieht aber nicht die praktischen Konsequenzen daraus. Damit ist /A/ jedenfalls nicht widerlegt, weil praktische Handlungen gegenüber sprachlichen Äußerungen grundlegender sind. Der Widerspruch zwischen sprachlichen und praktischen Handlungen wird durch direkte Folgen des praktischen Handelns (= des Weiterlebens) aufgehoben.

Die Suizidenten, die vor ihrem Suizid gesagt haben, daß sie nicht leben wollen und es später auch praktisch (durch die Selbsttötung) 'beweisen', widerlegen /A/ in der Zeitspanne zwischen der Äußerung des Satzes, daß sie nicht mehr leben wollen, und dem gelungenen Suizid. Auch /B/ ist nicht mit seinem Allgemeinheitsanspruch gültig, weil aus dem Faktum, daß die Menschen ihren Handlungen einen Sinn verleihen können, nicht immer folgt, daß sie diesen Sinn (auch bezüglich des Lebens) als so gut empfinden müssen, um ihn zu wollen. Darum werde ich die Postulate /A/ und /B/ abschwächen:

/A₀/ Nahezu alle Menschen wollen leben.

/B₀/ Nahezu alle Menschen wollen gut leben.

Die Idealisierung, die zu /A/ und /B/ geführt hat, hat einige Suizidenten oder Menschen, die so handeln, auch wenn sie anders können und zugleich auch anders wollen, nicht berücksichtigt. Fast jeder kennt Situationen, in denen er anders handelt, als er will und kann. Wollte man diese Fälle in die Analyse der menschlichen Handlungen einbeziehen, würde das im Rahmen dieser Arbeit

zu unzumutbaren Komplikationen führen. Ich abstrahiere daher von solchen oder ähnlichen Fällen und verwende weiterhin nur die Postulate /A/ und /B/, weil ich der engen Verknüpfung zwischen praktischen Handlungen und sprachlichen Äußerungen größere Bedeutung beimesse, als der Entdeckung widerspruchsfreier Sätze, die als solche zwar geäußert aber nicht in ihnen gemäÙes Handeln umgesetzt werden können, (wie z.B. "ich will a" und "ich will non a").

Wenn jeder Mensch in seinem Leben nach einem MindestmaÙ an Besserem strebt (/B/), kann jeder Handlung das Ziel, besser leben zu wollen, zugedacht werden. Diese Tatsache wird im weiteren Verlauf der Arbeit an Wichtigkeit gewinnen.

Nun möchte ich zeigen, daÙ weder eine semantische noch eine formale Äquivalenz zwischen den Postulaten /A/ und /B/ besteht; aus diesem Grunde wurden beide Postulate separat angeführt. Die Beziehung zwischen den Postulaten /A/ und /B/ werde ich in zwei Schritten untersuchen. Zuerst wird die formale, dann die semantische Beziehung zwischen /A/ und /B/ behandelt werden.

1.2.1 Formale Beziehung zwischen den Postulaten /A/ und /B/

Als erstes wird die formale Äquivalenz als Gültigkeit der beiden Implikationen $B \supset A$ und $A \supset B$ überprüft. Weil ich nicht die Regel einer Logik verwenden möchte, die mit "wünschen" oder "wollen" als eigenständigen Prädikaten operiert, werde ich in beiden Postulaten /A/ und

/B/ nur das eine Prädikat "will leben" bzw. "leben wollen" (WL) und nicht zwei Prädikate "wollen" und "leben" verwenden.¹⁰ Unter dieser Voraussetzung kann ich das Postulat /A/ folgendermaßen formalisieren:

$\wedge x(Mx \supset WLx)$ Für alle x gilt: wenn x ein Mensch ist, dann will x leben.

Die Formalisierung des Postulats /B/ lautet:

$\wedge x(Mx \supset G_1/WLx/)$ Für alle x gilt: wenn x ein Mensch ist, dann will x gut₁ leben.¹¹

Zwischen dem Prädikat G_1 zweiter Stufe und dem beliebigen Prädikat P erster Stufe, wo G_1 sich auf P beziehen muß, besteht eine Implikationsbeziehung. Das heißt, aus dem Prädikat "gut leben wollen" kann immer das Prädikat "leben wollen" abgeleitet werden. "Gut₁" besitzt keine eigenständige Bedeutung wie ein singulärer Terminus, ein Prädikat erster Stufe oder ein Satz, sondern drückt die Präferenzen in Bezug auf die Klassifikation aus, die mit dem Prädikat P, in unserem Fall WL, ausgedrückt wurde. Gleichermäßen ist der Satz "K. wurde getötet" unter anderem aus dem Satz "K. wurde gut getötet" abzuleiten.

Da für alle Menschen gilt: wenn sie gut leben wollen, dann wollen sie leben; gilt also die Implikation $B \supset A$, jedoch nicht $A \supset B$.

1.2.2 Semantische Beziehung zwischen den Postulaten /A/ und /B/

Weil die Implikation $B \supset A$ formal gilt, gilt sie auch semantisch. Jetzt muß die formal ungültige Implikation $A \supset B$ untersucht werden, ob sie semantisch gültig, bzw. ungültig ist. Dazu möchte ich Postulat /P/ aufstellen:

/P/: Die Person Y will H tun $\supset$ H ist für Y aus Ys Sicht gut₂.

Die umgekehrte Implikation, ich nenne sie /P_u/ gilt jedoch nicht.

/P_u/: H ist für Y aus Ys Sicht gut₂ $\supset$ Y will H tun.

/P_u/ ist nicht gültig, wenn z.B. Sanktionen, Hindernisse, Gefahren etc. so groß sind, daß die Bewertung der Person Y, die die Präferenzen von Y ausdrückt, der Person Y nicht hinreichend oder vernünftig genug erscheint, um unter diesen Umständen immer noch H tun zu wollen.

Das Postulat /P/ kann man paraphrasieren: Die Motivation, etwas zu tun, schließt die positive Bewertung des Angestrebten ein. Analog kann man die nicht allgemeingültige Implikation /P_u/ paraphrasieren: Die positive Bewertung ist eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung, etwas tun zu wollen, d.h. Handlungsmotivationen hervorzubringen. Strafen oder andere Sachverhalte können Motivationen liefern, welche stärker als die Motivationen aus der positiven Bewertung sind.

Die Anwendung von /P/ auf das Postulat /A/ liefert /A $\supset$ /A_p/, d.h. alle Menschen wollen leben (/A/) $\supset$ alle Menschen finden es aus ihrer Sicht gut₂ leben zu wollen (= für jeden Mensch ist es aus seiner Sicht gut₂

leben zu wollen). Da wir /A/ als Prämisse unserer Theorie angenommen haben, folgt aus der Implikation $/A/\supset/A_p/$ und /A/ mit Hilfe von modus ponens $/A_p/$. Die Formalisierung von $/A_p/$ sieht folgendermaßen aus:

$/A_p/$: $\wedge x (G_{2x}/Mx \supset WLx/)$ Für alle x gilt: es ist für x gut₂, daß, wenn x ein Mensch ist, dann will x leben.

Müssen alle Menschen gemäß $/A_p/$ handeln? Die Menschen, die $/A_p/$ verneinen, müssen mindestens einen Menschen finden, der folgendes behauptet und danach auch handelt:

Ich, Y_7 will leben, auch wenn es für mich, Y_7 aus meiner Sicht nicht gut $_{Y_7}$ ist zu leben.

Nun gibt es zwei Möglichkeiten, wie man Y_7 verstehen kann: Entweder ist für Y_7 seine Verwendung von "gut $_{Y_7}$ " identisch mit "gut₂" in /P/, dann widerspricht er sich, denn /P/ erlaubt nicht eine Behauptung, wie sie Y_7 aufgestellt hat, zu bilden. In diesem Fall soll Y_7 nicht so reden, wenn er will, daß er verstanden wird. Oder, für den Fall, daß die Verwendung von "gut $_{Y_7}$ " und "gut₂" nicht identisch ist, muß Y_7 selbst angeben und begründen, wie er "gut $_{Y_7}$ " verwendet, um den anderen zu ermöglichen, daß man ihn versteht. Ich möchte nur den Fall betrachten, in dem gut $_{Y_7}$ = gut₂ ist. In einem solchen Fall kann es keinen Menschen geben, der $/A_p/$ bestreitet und auch danach handelt.

Wenn man das Postulat /B/ formalisiert und mit dem aus /A/ mit Hilfe von /P/ entstandenen Satz $/A_p/$ vergleicht:

$/A_p/ : \bigwedge x (G_{2x} / Mx \supset WLx /)$ Für alle x gilt: es ist für x gut₂, daß, wenn x ein Mensch ist, dann will x leben.

$/B/ : \bigwedge x (Mx \supset G_1 / WLx /)$ Für alle x gilt: wenn x ein Mensch ist, dann will x gut₁ leben.

kann man untersuchen, ob $/A_p/$ und damit auch $/A/$ $/B/$ impliziert. Man merkt, daß es sich nicht nur um zwei verschiedene Sätze handelt, sondern auch die innere Struktur der Sätze wie die Funktion der Bewertungsprädikate in diesen Sätzen verschieden ist.

Weil $/A_p/$ und damit auch $/A/$ nach der semantischen Untersuchung und nach der Formalisierung nicht als Antezedens der zu beweisenden Implikation $A \supset B$ geeignet ist, gilt die Implikation $A \supset B$ nicht nur aufgrund der formalen, sondern jetzt auch aufgrund der semantischen Gründe nicht. Damit ist die Nicht-Äquivalenz von $/A/$ und $/B/$ bewiesen, aus der auch die Notwendigkeit der separaten Aufstellung der beiden Postulate $/A/$ und $/B/$ hervorgegangen ist. Die Postulate $/A/$ und $/B/$ stellen uns eine allgemeine und durch Abstraktion idealisierte Grundlage für die Analyse der sozialen Fakten und Handlungen bereit.

Der Unterschied zwischen $/A/$ und $/B/$, d.h. der Unterschied zwischen Sätzen der Form "es ist gut, daß p " und Sätzen, in denen das Prädikat und nicht der ganze Sachverhalt bewertet wird, führt uns zu der notwendigen Unterscheidung bezüglich des Bewertens. Ich werde an dieser Stelle analytisch vorgehen, indem ich die Verwendungsarten der Bewertungsprädikate "gut" ("richtig", "schön" etc.) untersuche. Meine Klassifikation

dieser Bewertungsprädikate wird sich an den verschiedenen Funktionen, die diese Prädikate in der Sprache erfüllen, orientieren. Dieses Vorgehen ist als sprachanalytische Untersuchung der Mehrdeutigkeit von Bewertungsprädikaten zu verstehen.

1.2.3 Exkurs: Vier Verwendungsarten von "gut"

Die gemeinsame und allgemeine Bedeutung von *a l l e n* Bewertungsprädikaten ist die Äußerung der Präferenz des Sprechers, der das betreffende Bewertungsprädikat verwendet.

Nun wird gezeigt, daß die Bedeutung des Bewertungsprädikats von der Klasse der Gegenstände abhängt, die bewertet werden:

I. Die Bewertung eines abstrakten Gegenstandes.

1. Die Bewertung eines Attributs, oder anderer Klassifikationen, die durch ein Prädikat ausgedrückt werden.

Beispiel: Ulrich kocht gut.

u ... Eigename "Ulrich"

K ... Prädikat "kochen"

G_1 ... Bewertungsprädikat über ein Prädikat, d.h. Prädikat zweiter Stufe; seine Argumente dürfen nur Prädikate erster Stufe sein.

Formalisierung: $Ku \ \& \ G_1(K)$

In Worten ausgedrückt: Ulrich kocht und das Kochen ist gut.

2. Die Bewertung eines Sachverhalts.

In diesem Fall handelt sich um die Bewertung eines Sachverhalts, der durch einen nominalisierten asser-

torischen Satz "daß p" ausgedrückt wird.

Beispiel: Es ist gut, daß Ulrich kocht.

G_2 ... Ein Bewertungsprädikat, dessen Argumente nur Sätze sein können.

Formalisierung: $G_2(Ku)$

In Worten ausgedrückt: Der Sachverhalt, daß Ulrich kocht, ist gut.

II. Die Bewertung eines konkreten Gegenstandes.

3. Das Prädikat " gut_3 " bezieht sich in diesem Fall auf ein Prädikat, das einen raum und/oder zeitlichen Gegenstand identifiziert.

Beispiel: Der gute Ulrich (als Mensch) kocht.

Formalisierung: $Ku \ \& \ G_3(Mu)$

In Worten ausgedrückt: Ulrich kocht und Ulrich ist gut (als Mensch).

M ... das Prädikat "ist Mensch", das in dem ursprünglichen Satz nicht geäußert wurde. Man kann den ursprünglichen Satz aufgrund des Kontextes, in dem er geäußert wird, auch mit anderen Prädikaten ergänzen, z.B. "ist ein Freund" etc.

I. Die Bewertung eines abstrakten Gegenstandes.

4. Die Verwendung von "gut" als Satzsubjekt.

Beispiel: Das Gute ist keine natürliche Eigenschaft.

Formalisierung: $\text{non } (NE/G_4/)$

G_4 ... Das Gute

NE ... Prädikat "ist eine natürliche Eigenschaft"

In dieser Verwendung von "gut" wird das Prädikat "ist gut" nominalisiert und dann an der Subjektstelle eines Satzes eingesetzt. Es ist für das Verständnis des ganzen Satzes wichtig zu wissen, welches Prädikat "ist gut", d.h. G_1 , G_2 oder G_3 nomi-

nalisiert wird, denn die drei Bewertungsprädikate haben verschiedene Funktionen. In der Verwendung von "gut₄" wird dem nominalisierten Bewertungsprädikat ein Prädikat zweiter Stufe zu- oder abgesprochen. Damit werden die Bewertungen klassifiziert, die durch die Verwendung des Prädikats G_1 , G_2 oder G_3 ausgedrückt werden.

Daß die Unterscheidung zwischen G_{1-3} bisher nicht beachtet wurde, ist wahrscheinlich dadurch zu erklären, daß die Kriterien für die Bewertungsprädikate (z.B. "gut") unabhängig von dem Satzteil angenommen wurden, auf die sich die Bewertungsprädikate beziehen. Dies ist bei den Prädikaten G_1 und G_2 immer falsch. Die Kriterien für die Bewertung der Sachverhalte sind immer von den Kriterien für die Bewertung der Klassifikationen mittels eines Prädikats verschieden. Aus dem Satz 1) "Ulrich kocht gut" ist nie der Satz 2) "Es ist gut, daß Ulrich kocht" abzuleiten und aus 2) ist nicht 1) abzuleiten. Die Kriterien von G_1 und G_2 sind immer voneinander unabhängig. Sie sind immer verschieden, weil G_1 sich auf Prädikate und G_2 auf Sätze bezieht.

Weil 1) und 2) nicht voneinander abzuleiten sind, ist es immer erlaubt folgende Sätze zu bilden:

	G_2		G_1	
Es ist	gut	daß Ulrich	gut	koht.
	schlecht		schlecht	

Alle vier Kombinationen können widerspruchsfrei gebildet werden, weil die Kriterien für G_1 und G_2 prinzipiell verschieden sein müssen.

Dies muß bei den Bewertungsprädikaten G_1 und G_3

nicht immer der Fall sein, denn die formalen Eigenschaften von G_1 und G_3 sind die gleichen; beide beziehen sich auf die Präferenzen bezüglich einer Klassifikation mittels eines Prädikats der ersten Stufe. Daraus folgt, daß die Kriterien für die Verwendung von G_1 und G_3 gleich sein können, wie z.B. in dem Satz "Der gute₃ (Koch) Ulrich kocht gut₁". So kann man aus dem Satz "Es ist gut₂, daß der gute_{3u} (Koch) Ulrich die gute_{3m} (Köchin) Martina gut₁ kocht", falls G_{3u} die gleichen Kriterien wie G_1 verwendet, folgern, daß G_{3u} oder G_1 überflüssig ist, denn der Satz "Der gute_{3u} (Koch) Ulrich kocht gut₁" ist unter den angegebenen Bedingungen tautologisch.¹² Die Kriterien für die Verwendung von G_{3u} und G_{3m} müssen nicht gleich sein, auch wenn sich beide Bewertungsprädikate G_{3u} und G_{3m} auf die gleiche Art von Gegenständen beziehen. Sie können von bestimmten Merkmalen wie z.B. Geschlecht, Alter etc. abhängig sein. Das Bewertungsprädikat G_2 hat aber immer andere Kriterien für seine Verwendung als G_1 oder G_3 . Da die Prädikate G_1 oder G_3 und G_2 verschiedene Kriterien für ihre Verwendung haben müssen, habe ich auch zwischen den Sätzen "Es ist gut, daß alle Menschen leben wollen" und "Alle Menschen wollen gut leben" unterschieden.

Die vier behandelten Verwendungsweisen des Bewertungsprädikats "gut" finden sich bei all denjenigen Prädikaten, die gleichzeitig als Prädikate zweiter Stufe in Form von G_1 oder G_3 verwendet werden können und als Prädikate, welche die Sachverhalte bewerten können (G_2). Dies gilt für alle Bewertungsprädikate wie "richtig", "schön" etc., sowie auch für ihre Negationen.

Aristoteles untersucht (Nikomachische Ethik 1096a17ff.) das "Gute" hinsichtlich seiner Kategorienlehre, indem er "gut" als der Kategorie der Substanz, der Qualität und der Quantität zuordnet. Die letzten zwei Verwendungen von "gut" entsprechen den prädikativen Verwendungen von G_1 und G_2 . Aristoteles' Verwendung von "gut" als der Substanz zugehörig entspricht der Verwendung von G_3 , wobei nicht spezifiziert wird, um welche G_{1-3} es sich handelt. Dabei behandelt Aristoteles nicht explizit die Verwendung von "gut", wenn sich "gut" nicht auf Prädikate, sondern auf Sätze (Sachverhalte) bezieht.

Aristoteles beschreibt die prädikativen Bestimmungen von "gut" so, daß "gut" sich auf verschiedene Gegenstände und ihre Qualität, Quantität etc. beziehen kann (wobei er bloß die raum und/oder zeitlichen Gegenstände meint und deswegen solche allgemeinen Gegenstände wie die Sachverhalte nicht in Betracht zieht). Dies scheint mir im Gegensatz zu folgendem richtig zu sein, denn Aristoteles behauptet zugleich, daß "gut" - in Analogie zu "ist" - keine allgemeine, gemeinsame Bedeutung zukommt. Die Präferenzen des Sprechers aber sind etwas, das allen Bewertungsprädikaten gemeinsam ist. Darum ist Aristoteles' Analogie von "gut" und "ist" nicht treffend, denn "ist" kann als "Kopula", als Gleichheitszeichen und als Ausdruck der Existenz" (Wittgenstein, Tractatus logico-philosophicus 3.323) verstanden werden, d.h. die Bedeutungen von "ist" sind in allen Hinsichten voneinander verschieden; bei "gut" sind aber die Präferenzen des Sprechers das Gemeinsame, das "gut" wie allen Bewertungsprädikaten zukommt.

Daß "gut" in seiner allgemeinen Bedeutung nicht durch menschliches Handeln verwirklicht werden kann, wie Aristoteles behauptet, ist nicht ein zureichender Grund, daß es eine allgemeine Bedeutung von "gut" nicht gibt.

1.2.4 Die Unabhängigkeit der Postulate /A/ und /B/

Einige Autoren explizieren die Voraussetzungen für ihre Erklärungen der sozialen Sachverhalte nicht nur so, daß sie das Postulat /A/ mindestens implizit aufstellen, sondern sie behaupten zusätzlich dazu, daß zwischen /A/ und /B/ eine Konvergenz besteht. Hart behauptet, "daß das rechte Ziel menschlicher Aktivitäten das Überleben ist. Und dies wiederum läßt sich auf die einfache und kontingente Tatsache zurückführen, daß die meisten Menschen den Wunsch haben, weiter zu leben"¹³. Diese Behauptung bestreite ich, weil ich die Bedeutungen von "gut₂" und "gut₁" bzw. "gut₃" als prinzipiell nicht vereinbar betrachte.

Diese Überzeugung schlägt sich in der Aufstellung eines zweiten Postulats /B/, neben dem der Selbsterhaltung /A/, nieder, welches für die Erklärung wie für das Verständnis jedes Verhaltens unabdingbar ist. /A/ ist für /B/ eine notwendige Bedingung, die zu keiner Konvergenz zwischen /A/ und /B/ führen muß.

Das gute Leben ist nur in seinem notwendigen Teil ein Leben, das sich selbst kontinuiert, d.h. /A/ sichert. Das gute Leben ist dadurch ausgezeichnet, daß nicht nur die Tatsache, daß man lebt und etwas dafür tut, um weiter leben zu können, sondern auch die Art und Weise des Lebens, also das 'Wie' beschrieben wird. Um zu wissen, ob man ein gutes Leben führt, muß man Kriterien aufstellen, die festlegen, was unter einem "guten Leben" verstanden werden soll. Die Aufstellung von Kriterien für das gute Leben ist ein Teil jeder Bewertungshandlung,

die ich im Kapitel 3 systematisch untersuchen werde.

Daß das gute Leben einerseits durch Selbsterhaltung der Gattung, andererseits durch das Streben besser zu leben, begründet werden kann, habe ich schon ausgeführt, wobei ich zuerst den Zusammenhang der Äquivalenz, bzw. Konvergenz zwischen /A/ und /B/ bestritten habe. Es läßt sich ein nur indirekter Zusammenhang zwischen /A/ und /B/ herstellen. Die Angst sich nicht mehr erhalten zu können, kann eine der wichtigsten Triebfedern im Bestreben, besser leben zu wollen (/B/) sein. Ein Antrieb für das Besser-leben-wollen ist das Verringern der Angst vor dem Sterben. Diese Angst führt auch zur Bildung von Konventionen und Institutionen, sowie zu den Postulaten bestimmter Naturrechte. Sie bewirkt, daß sich dadurch die ursprünglichen Freiheitsräume der Menschen verkleinern. Die Kompensationsformen solcher Ängste sind die regelhaften und anerkannten Verhaltensweisen, die sich als Konventionen oder Institutionen herausbilden. Andererseits kann diese Angst die Motivation hervorbringen, disponierte Freiheit anzuwenden. Mit dieser Angst (oder mit Angst überhaupt) leben zu lernen heißt, freier leben zu lernen.

Die dargestellten Voraussetzungen und Annahmen erlauben im nächsten Kapitel den Begriff der sozialen Fakten mit Hilfe eines analytisch bestimmten Begriffs der Handlung und des Spiels so zu entwickeln, daß gerade die fehlenden sozialen Aspekte bei der Bestimmung von Handlungen durch die rekonstruierten sozialen Fakten und deren Auswirkung ergänzt werden. Dieses Vorgehen läßt zu, daß die Beschränkungen und Abstraktionen der Spieltheo-

rie zuerst übernommen werden, weil es - nach der Rekonstruktion der sozialen Determinanten von Handlungen durch die sozialen Fakten und Ideale - die Motive und den Einfluß auf die Handlungen nicht bloß innerhalb des spieltheoretischen Begriffsrahmens beschreibt.

2. Strukturen des sozialen Lebens als Grundlage für die Erklärung der Handlungen

2.1 Gesellschaft und Handlungen

Daß die Menschen primär als soziale Wesen zu betrachten sind, ist eine überlieferte Erkenntnis, die als Grundlage für jede Theoriebildung, deren Thema oder Gegenstand der Mensch ist, vorausgesetzt und sie einbezogen werden muß. Die Beschreibungen, Bewertungen und Deutungen, sowie alle Handlungen sind dadurch intersubjektiv zu verstehen, daß sie in einem sozialen Rahmen vollzogen werden.

Dieser Rahmen ist die Gesellschaft, die nicht bloß als eine Gruppe von Menschen, sondern als eine solche Gruppe von Menschen bestimmt wird, der mindestens eine Institution oder Konvention zugeordnet werden kann. Für jede Gesellschaft ist es bezeichnend, daß in ihr verschiedene Arten von Interaktionen vollzogen werden; denn die notwendigen Bedingungen für eine Interaktion sind unter anderem nicht nur das Bestehen einer Gruppe, sondern auch die Konvention oder Institution, mit deren Hilfe die Interaktion erst stattfinden kann. Deswegen ist die Gesellschaft für jede Beschreibung, Bewertung, Interpretation etc. von Handlungen als notwendiger Hintergrund zu verwenden. Daraus folgt die Notwendigkeit einer angemessenen Beschreibung von Gesellschaft, was innerhalb unseres Begriffsrahmens auf die Bestimmung von Konvention und Institution hinausläuft. Dies wird im folgenden Kapitel mit einer Rekonstruktion von Kon-

vention und Institution geleistet.

Bei der Interdependenz zwischen sozialen Fakten und menschlichem Verhalten werde ich mich nur auf Handlungen beschränken, denn gerade sie enthalten die spezifisch menschlichen Merkmale. Ich bestimme das, was eine Handlung ist folgendermaßen: Eine Handlung ist eine solche Veränderung der Welt oder ein solches Eingreifen in die Welt, daß ihr eigengesetzlicher Veränderungsablauf verändert oder verhindert wird, was die Folge der menschlichen Aktivitäten ist, insofern sie als absichtlich interpretiert werden kann.¹⁴ Diese Bestimmung der Handlung reduziert die Veränderung der Welt auf zwei Weisen: erstens auf die Gesetzmäßigkeiten der Natur und zweitens auf die (freie) menschliche Aktivität, die sich unter anderem in beabsichtigten Körperbewegungen und ihren Folgen äußert. Diese Einteilung der Veränderungen der Welt erlaubt den vorschreibenden Modus nur Handlungen, nicht auch (gesetzmäßigen) Veränderungen der Natur zuzuordnen.

2.2 Klassifikationen der Handlungen

Die Handlungen der einzelnen Menschen stehen untereinander in vielfältigen Beziehungen. Da jede Handlung durch die Ziele und Absichten (Intentionen) der einzelnen handelnden Personen charakterisiert werden kann, können die Handlungen der einzelnen Menschen nach diesen Merkmalen klassifiziert werden. Die Situation, in der die einzelnen Menschen unterschiedliche Handlungen vollziehen, falls sie sich dazu entscheiden, wird "Spiel" genannt. So können die Handlungen aufgrund der übereinstimmenden bzw. nicht übereinstimmenden Präferenzen, die sich als verschiedene Absichten äußern, und aufgrund der Wahl der Ziele folgendermaßen als Spiele klassifiziert werden:

Koordinationsspiele. Voraussetzung für die Koordinationsspiele ist, daß die Teilnehmer miteinander kommunizieren können und daß sie fähig sind, Abmachungen zu treffen; oder, falls sie nicht direkt kommunizieren können, daß die Teilnehmer Annahmen über das Verhalten von anderen Teilnehmern - Erwartungen - bilden können. Wo diese Voraussetzung nicht erfüllt ist, spricht man von nicht-koordinativen Spielen. In den Koordinationsspielen müssen einige Resultate der Handlungen für alle Teilnehmer mindestens so gut sein, wie jedes andere Resultat. Falls dies nicht der Fall wäre, könnten nicht alle Teilnehmer eine Alternative auswählen, die ihnen (außen der einen) bessere Resultate liefert. Dadurch würden diese Teilnehmer an keinen Koordinationsproblem teilnehmen, denn für sie gäbe es nur eine einzige Strategie zu dem angestrebten Ziel.

Eine Teilmenge der Koordinationsspiele bilden die reinen Koordinationsspiele, bei denen nicht alle Resultate der Handlungen für alle Teilnehmer so gut sind, wie die übrigen Resultate. Die Absichten der Teilnehmer werden von gleichen oder auch verschiedenen Zielen der einzelnen Teilnehmer geleitet. Die daraus entwickelten Strategien können verschieden sein, aber nur bis zum 'letzten' Prinzip (bei mir ist es /B/, d.h. jeder will das Bestmögliche in einer Situation mindestens für sich und manchmal mit der Berücksichtigung von anderen), um dadurch die Grundlage für das Koordinationsspiel zu schaffen. Bei den reinen Koordinationsspielen haben die Teilnehmer die gleichen 'vorletzten' Prinzipien, z.B. daß alle Teilnehmer die Präferenzen von anderen berücksichtigen, was ermöglicht, daß die Teilnehmer das Pareto-optimal-Resultat finden (d.h. es gibt kein alternatives Resultat, bei dem ein Teilnehmer besser abschneidet, ohne daß einer der anderen Teilnehmer schlechter abschneidet, als in diesem Resultat).

Eine andere Art der Koordinationsspiele ist gerade die, bei der die Teilnehmer verschiedene 'vorletzten' Prinzipien haben; sie werden "Konfliktspiele" genannt. Ein Spezialfall des Konfliktspiels sind sog. Null-Summen-Spiele; es sind Spiele, bei denen die Summe der den jeweiligen Resultaten zugeschriebenen Wert Null ergibt. Der Gewinn eines Teilnehmers bedeutet zugleich für einen anderen Verlust. Die Erreichung des Ziels durch einen oder auch mehrere Teilnehmer schließt die Erreichung dieses Ziels für übrigen Teilnehmer aus.

Die nicht-koordinativen Spiele sind durch Situationen

charakterisiert, in denen diese Spiele stattfinden. In diesen Situationen kennen die einzelnen Teilnehmer die Ziele und Absichten der anderen Teilnehmer nicht. Oder, falls sie sie kennen, ignorieren sie diese Ziele und Absichten der anderen trotzdem, in dem Glauben, daß deren Ziele und Absichten in keinem Zusammenhang zu ihren eigenen stehen und dadurch keinen Einfluß auf sie ("die Ignoranten") ausüben.

Um die Resultate wie die Strategien der Spiele darzustellen, müssen einzelne Teilnehmer in der Lage sein, die subjektiven Präferenzen verschiedener zur Auswahl stehender Strategien in subjektive Werte zu übersetzen. Die Reduktion der subjektiven Präferenzen in einer Situation auf eine eindimensionale Skala ist für den Einzelnen nicht leicht durchführbar, denn es gibt Strategien, die der Einzelne als unvergleichbar empfindet.

Bei den koordinativen Spielen betrachten sich die einzelnen Teilnehmer in ihren Zielen und Absichten neben den Gegebenheiten der naturwissenschaftlichen Umwelt nur als von den Zielen und Absichten der anderen Teilnehmer abhängig. Diesen Mangel kritisiere ich und werde ihn durch das Einbeziehen der anderen sozialen Determinanten (Konventionen, Institutionen und Ideale) beseitigen.

Bei den nicht-koordinativen Spielen verstehen sich die einzelnen Teilnehmer als Monaden bezüglich ihrer sozialen Umwelt. Sie fassen die Umwelt bloß als aus Fakten zusammengesetzt auf, die letztlich naturwissenschaftlich erfaßbar sind. Diese Betrachtungsweise scheint den meisten Menschen darum so unangemessen zu sein, weil sie

nicht das Besondere des Menschen in seinem Selbstverständnis wiedergibt, nämlich, daß den Menschen nicht die gleiche Gesetzmäßigkeit hinsichtlich ihres Handelns innewohnt, wie es bei anderen Gegenständen der Natur der Fall ist. Die Menschen betrachten sich gegenüber den anderen Gegenständen in dem Sinne als frei, daß sie bestimmte Klassen von Körperbewegungen nur aufgrund von realisierten Absichten (=Entscheidungen) initiieren, was nur Menschen können, die diese freien Handlungen als Körperbewegungen vollziehen. Die Kenntnis der Gesetzmäßigkeit der Natur ermöglicht dann dem Menschen mittels dieser erkannten Naturgesetze, freie Handlungen in Form von Körperbewegungen auf ganz neue Gegenstände zu transformieren (Einschalten vom Licht, der Maschine etc.).¹⁵

Dieses Begriffsschema zur Erfassung von Handlungen und ihrer Beziehungen wurde aus dem Grund gewählt, weil sie aus einem Begriff (der Koordination) alle schon bekannten oder erst durch dieses Begriffsschema entwickelten Beziehungen mit methodischer Konsistenz generieren kann. Dieses Begriffsschema ermöglicht uns, die Konventionen und Institutionen als Derivate der Koordinationen zu rekonstruieren.

Nun könnte man gegen diesen spieltheoretischen Ansatz einwenden¹⁶, daß die Voraussetzungen dieser Theorie nicht nur die Wirklichkeit der Handlungen und ihrer Beziehungen falsch darstellen, sondern daß sie die soziale Wirklichkeit verfälschen, indem sie ideale Zustände ideologiefreier Natur unterstellen. Der Einwand, daß die Spieltheorie die Machtstrukturen, die am An-

fang jedes Spiels vorhanden sind, ignoriert, könnte von einem Spieltheoretiker nur so entkräftet werden, daß er diese Aspekte der Spiele bestreitet oder als nicht relevant, d.h. als nicht konstituierend für jedes Spiel ansieht. Daraus ergibt sich nach seiner Meinung dann die Berechtigung, von diesen Merkmalen zu abstrahieren. Ich möchte dieser Argumentation noch nicht folgen, denn ich werde aus systematischen Gründen für den Aufbau meiner Arbeit zuerst die Abstraktionen der Spieltheorie soweit übernehmen, bis in meinem Entwurf die Machtfragen und damit die zusammenhängenden Sanktionen eingeführt und behandelt werden können.

2.3 Koordinationen

An dieser Stelle ist es notwendig, den Begriff der Koordination zu präzisieren. Im folgenden gehe ich von Lewis' Arbeit "Convention" aus. Seine Prämissen und begrifflichen Festlegungen für die Lösung von Koordinationsproblemen sind:

"Zwei oder mehr Handlungsteilnehmer müssen sich jeder für eine von mehreren alternativen Handlungen entscheiden. ... Die Resultate, die die Teilnehmer erreichen oder verhindern wollen, werden durch die Gesamtheit der Handlungen aller Teilnehmer determiniert. So hängt das Resultat jeder Handlung, für die sich ein Teilnehmer entscheidet, von den Handlungen ab, für die die andern Teilnehmer sich entscheiden. Deshalb muß sich ... jeder bei seiner Entscheidung nach den Entscheidungen richten, die er von den andern erwartet. Einige Kombinationen der von den Teilnehmern gewählten Handlungen stellen ein G l e i c h g e w i c h t dar: Kombinationen, bei denen jeder Teilnehmer so gut gewählt hat, wie er überhaupt konnte, wenn man die Entscheidungen der übrigen als gegeben annimmt. In einer Gleichgewichtskombination hätte keiner der Teilnehmer ein für ihn vorteilhafteres Resultat erzielen können, wenn nicht irgendeine der andern Handlungen ebenfalls anders gewesen wäre. Niemand bedauert seine Entscheidung, sobald er die der andern kennt. Niemandem ist durch fehlende Voraussicht etwas verlorengegangen. Das soll nicht heißen, daß eine Gleichgewichtskombination ein Ergebnis haben muß, das auch nur für einen der

Teilnehmer optimal ist (falls es allerdings eine Kombination gibt, die für alle optimal ist, so muß diese Kombination eine Gleichgewichtskombination sein).¹⁷

Die erste Prämisse von Lewis Arbeit habe ich bestimmt als die Freiheit der Menschen, ihre eigenen im gegebenen Rahmen möglichen Determinanten zu wählen. Diese Freiheit muß vorausgesetzt werden, falls man über Besseres oder Schlechteres sprechen will; dies aber macht jeder. Die zweite Prämisse drückt die primäre Eigenschaft jeder Handlung, die soziale Komponente aus, was hier nur durch die individuellen Präferenzen von anderen vermittelt wird.

Um die Handlungen in ihren Beziehungen untereinander systematisch untersuchen zu können, muß die Entscheidung des Einzelnen als eine Funktion oder Relation der schon getroffenen und damit auch dem Einzelnen bekannten Entscheidungen von anderen Teilnehmern aufgefaßt werden. Weil diese Forderung nicht zu realisieren ist, arbeitet Lewis nicht mit schon bekannten Entscheidungen von anderen Teilnehmern, sondern mit den Erwartungen des Einzelnen über die Entscheidungen, Handlungen und später auch über die Erwartungen der anderen. Diese Relation zwischen den Entscheidungen der Teilnehmer eines Koordinationsproblems (man merkt schon, daß aus den theoretischen Überlegungen die Forderung nach der endlichen Anzahl der Teilnehmer zu stellen ist, oder die Forderung nach der umstrittenen Anwendung des Induktionsprinzips zu ziehen ist) führt bei der angegebenen Konstellation, bei der die Entscheidungen der anderen feststehen, zu mehreren gleich guten Ergebnissen für den Einzelnen.

Falls diese Relation nicht nur für den einen, sondern für alle Teilnehmer gilt, nennen wir diese Situation ein Gleichgewicht. Es ist aus dem Ausgeführten einsichtig, weil analytisch, daß alle Teilnehmer, falls jeder von ihnen sich wünscht, daß nicht nur er allein, sondern auch alle anderen die besten Resultate erzielen, nach diesem Gleichgewicht streben, weil sie nach dem Besseren (Guten), in diesem Falle für alle streben. Die einzelnen Teilnehmer müssen fähig sein, ihre Präferenzen aufgrund des gegebenen oder als gegeben erwarteten Zustandes einzuschätzen und danach zu handeln, was nichts anderes heißt, als sich zwischen den möglichen alternativen Handlungen zu entscheiden. Die Gleichgewichtskombinationen sind nur in solchen Situationen relevant und applikabel, in denen die Präferenzen und somit die Entscheidungen der einzelnen Teilnehmer eine bestimmte Beharrlichkeit in der Zeit aufweisen. Diese Einschränkung soll nicht den langsamen Änderungsverlauf der Präferenzen und Entscheidungen, z.B. schon aufgrund einer neu zustandekommenden Koordination, ausschließen. Diese bewirken neue Präferenzen und damit auch das Streben nach einem neuen Gleichgewicht.

"Wir könnten sagen, daß Koordinationsprobleme dann auftreten, wenn mehrere Handlungsteilnehmer Einheitlichkeit für ihre Handlungen zu erreichen suchen, indem jeder das tut, was die andern tun werden."¹⁸ Das Finden eines Gleichgewichts ist nicht nur in dem Fall möglich, in dem die Präferenzen einiger Teilnehmer nicht im Gegensatz zu denen der anderen stehen, wie dies bei der reinen Koordinationsspielen der Fall ist, sondern auch bei

den Konflikten. "Eine Kombination wird zum Gleichgewicht, wenn jeder Teilnehmer sie **m i n d e s t e n s** **e b e n s o g u t** findet wie jede andere Kombination, die er - bei gleichbleibenden Entscheidungen der andern - hätte erreichen können. Wir wollen ein Gleichgewicht als **e c h t e s** Gleichgewicht bezeichnen, wenn jeder Teilnehmer es jeder anderen Kombination, die er bei gleichbleibenden Entscheidungen der andern hätte erreichen können, **v o r z i e h t**."¹⁹ Ein Gleichgewicht stellt die akzeptable Realisierung der Präferenzen aller Teilnehmer dar. Dagegen stellt das echte Gleichgewicht die optimale Realisierung der Präferenzen aller Teilnehmer dar, was nur in den Relationen der Präferenzen und ihrer Realisierung von jedem Teilnehmer zu allen herauszufinden ist. Das echte Gleichgewicht ist ein solches Gleichgewicht, das nicht nur eine Generalisierung eines Gleichgewichts in Bezug auf alle Teilnehmer und ihre Präferenzen darstellt, sondern das die bestmögliche Lösung des Koordinationsproblems realisiert und dadurch selbst stabiler wird.

Die Lösung der Koordinationsprobleme wäre einfacher, wenn wir die Entscheidungen der anderen Teilnehmer, die man als Realisierung der Präferenzen im praktischen Handeln ansehen kann, als gegeben betrachten dürften. Weil dies aber nicht der Fall ist, müssen wir die Koordinationsprobleme dadurch lösen, daß wir das Wissen von den eigenen Präferenzen und denen der anderen durch die Erwartungen, die andere in Bezug auf uns haben und denen, die wir gegenüber anderen haben, ersetzen. Wir gewinnen diese Erwartungen dadurch, daß wir uns bemühen uns in

die Lage der anderen zu versetzen. Die bereits erlangten Erwartungen können im weiteren Verlauf der Interaktion korrigiert oder bestätigt werden, so daß man die Erwartungen in zwei Klassen, der übereinstimmenden und den nicht-übereinstimmenden Erwartungen zuordnen kann. Diejenigen, die sich in die anderen versetzen bzw. sich darum bemühen, tun dies durch einen bloß gedanklichen Vollzug; darum ist es keine Interaktion zwischen zwei oder mehreren Personen.

An dieser Stelle wird es einsichtig, warum Koordinationsprobleme nur über die Erwartungen der Teilnehmer zu lösen sind: man muß die übereinstimmenden Erwartungen erwecken und intensivieren. "Mit Hilfe eines Systems übereinstimmender gegenseitiger Erwartungen erster und höherer Ordnung über Handlungen, Präferenzen und Rationalität ist Koordination auf rationalem Wege erreichbar."²⁰ Solche Systeme der gegenseitigen übereinstimmenden Erwartungen können auf vielerlei Weise hervorgebracht werden. Eine Art übereinstimmende Erwartungen zu bilden, sind Abmachungen, die durch gegenseitiges Versprechen oder auch durch gegenseitige Erklärung von Absichten konstituiert werden. Eine andere Art der Bildung der übereinstimmenden Erwartungen für die Lösung eines Koordinationsproblems kann durch die Ausgefallenheit der vorgeschlagenen oder vorgelebten Alternative für diese Lösung entstehen. In diesem Fall haben die Teilnehmer dieser Koordination keinen stärkeren Grund, diese Alternative anzunehmen als die Ausgefallenheit dieser Alternative. Eine weitere Art der Lösung des Koordinationsproblems ist die, durch welche

die Lösung aufgrund von Präzedenzfällen oder aufgrund der Kenntnis von früheren Lösungen für gleiche Typen wie die des vorliegenden gefunden werden.

Die Lösung einer Koordination hängt nicht von der Art der Bildung der übereinstimmenden Erwartungen ab, sondern von der Tatsache, daß die übereinstimmenden Erwartungen durch bestimmte Strukturen der Interaktion hervorgerufen werden. Aus dem Postulat /B/ (daß alle Menschen gut leben wollen) kann man folgern, daß dies besser in der Koordination mit anderen als ohne sie zu realisieren ist. Der aufgezwungene Zustand des räumlichen Nebeneinanderlebens trägt dazu bei, daß Koordinationen als Mittel zum besseren Leben unter den beschriebenen Umständen verwendet werden können.

Die Koordinationen von Handlungen bilden in ihrem begrifflichen Erfassen die strukturellen Bedingungen für das Verstehen solcher Handlungen. Zusätzlich haben die Koordinationen die Wirkung, daß ihre Folgen bestimmte Erwartungen, die neu entstanden sind, hervorrufen. Es entstehen neue Situationen dadurch, daß diese Erwartungen gerade vor dem Zustandekommen der Koordinationen nicht vorhanden waren. Das Bestehen von Erwartungen oder bestimmten Gründe für solche bilden Verhaltensregulartäten, die im folgenden Kapitel behandelt werden.

2.4 Konventionen

Daß es neben den Koordinationen und den von ihnen abzuleitenden Formen der Interaktionen noch andere Formen der Interaktion gibt, ist dadurch festzustellen, daß Situationen aus natürlichen räumlichen und zeitlichen Dingen sowie aus von Menschen geschaffenen Tatsachen bestehen, in denen die Handlungen vollzogen werden. Diese von Menschen geschaffenen Tatsachen können raum-zeitliche Dinge, Gewohnheiten, vorstrukturierte Interaktionen, Gebote etc. sein. Die Situationen, in denen Gewöhnung, Strafe, Belohnung oder andere Vorstrukturierungen der Handlungssituation vorhanden sind, können nicht mit dem Begriff der Koordination erklärt werden, durch den allein die Absichten und Ziele die Strategie des einzelnen Handelnden konstituiert haben.

Damit ist angezeigt, warum ich weitere Begriffe rekonstruiere, um damit die Erklärungen für das menschliche Leben und Handeln so zu erweitern, daß sowohl die präsupponierte Freiheit des Handelnden, die primär subjektiv erlebt wird, als auch die bestehenden sozialen Prägungen berücksichtigt werden.

Die Situation, die die Koordination charakterisiert, wurde durch wechselseitige Erwartungen der Teilnehmer an dem Koordinationsproblem bestimmt. Die Situation, in denen die Interaktionsformen durch Gewöhnung vorstrukturiert sind, charakterisiert die Konvention, die folgendermaßen definiert wird:

"Eine Verhaltensregularität R von Mitgliedern einer

Gruppe G, die an einer wiederholt auftretenden Situation S beteiligt sind, ist genau dann eine Konvention, wenn es wahr ist und wenn es in G zum gemeinsamen Wissen gehört, daß nahezu jedem Auftreten von S unter Mitgliedern von G

- (1) nahezu jeder R folgt;
- (2) nahezu jeder von nahezu jedem andern erwartet, daß er R folgt;
- (3) nahezu jeder hinsichtlich aller möglichen Handlungskombinationen annähernd dieselben Präferenzen hat;
- (4) nahezu jeder es vorzieht, daß jeder weitere Beteiligte R folgt, sofern nahezu alle übrigen R folgen;
- (5) nahezu jeder es vorziehen würde, daß jeder weitere Beteiligte R' folgt, sofern nahezu alle übrigen R' folgen,

wobei R' eine andere mögliche Verhaltensregularität der Mitglieder von G in S ist, derart, daß nahezu jeder in nahezu keinem Fall von S zugleich R' und R folgen könnte."2

In dieser Definition der Konvention drückt (1) die Gewohnheiten der Mitglieder der Gruppe G aus, die jeder Konvention zugrunde liegen und die die Verhaltensregularitäten R garantieren. Die Intentionen der Beteiligten in der Gruppe G äußern sich gegenüber den anderen Beteiligten der Konvention als Erwartungen gegenüber den anderen - (2). Die Gewohnheiten der Konvention sind nur auf der Grundlage der übereinstimmenden Präferenzen zu bilden - (3), ich habe die allgemeinsten Präferenzen in den Postulaten /A/ und /B/ formuliert. Die übereinstimmenden Präferenzen drücken sich als gleiche Interessen aller Beteiligten an der Konvention in Bezug auf das

Ziel (in der Terminologie der Finalität) oder in Bezug auf den Zweck (in der Terminologie der Funktionalität) aus. (4) drückt die Präferenzen aller Beteiligten bezüglich der Tatsache aus, daß die Konvention befolgt wird. (5) beschreibt dagegen die Tatsache, daß es bei jeder Konvention nicht nur um die Befolgung der Regularität gemäß eines Gleichgewichts der zugehörigen Koordination geht, sondern um die Befolgung der Regularität gemäß eines solchen Gleichgewichts (es gibt in der Konvention mindestens zwei gleichwertige Gleichgewichte), das die anderen praktizieren. Man könnte die Merkmale, die in (5) beschrieben wurden, Nachahmung nennen, da die Wahl von R aufgrund des Verhaltens der anderen ausgewählt wurde, was nur durch das gemeinsame Wissen von allen ermöglicht wurde.

Die Konvention könnte man genetisch als eine besondere Koordination erklären. Die Koordination, welche zu jeder Konvention gehört, d.h. mit welcher jede Konvention rekonstruierbar ist, hat mindestens zwei annähernd gleichwertige Gleichgewichte, wovon nur eines praktiziert wird. Diese Praxis verursacht eine Gewöhnung an das Gleichgewicht, welches dann die Bildung einer Konvention - Verhaltensregularität bewirkt. Verkürzt könnte man sagen: Eine Konvention ist eine besondere Koordination, an die sich die Mitglieder gewöhnt haben und die sie aus diesem Grunde auch anderen Verhaltensweisen vorziehen.

Meine Überzeugung ist, daß Koordinationen, Konventionen und die im nächsten Abschnitt behandelten Institutionen die relevantesten Strukturen für die Erklärung,

das Verstehen und die Möglichkeit der Begründung von Handlungen liefern. Wir haben zuerst die Handlungen klassifiziert und dann gezeigt, warum die Koordinationen eine methodische Priorität besitzen. Aus bestimmten Koordinationen haben wir die Konventionen abgeleitet. Nun gehen wir zu den Institutionen über, die entweder aus den Koordinationen oder aus den Konventionen abgeleitet werden.

2.5 Institutionen

Die erste Art der Genese der Institutionen ist in ihrer Rekonstruktion nicht problematisch. Die Konventionen, die sich schon eingespielt haben, werden mit expliziten Sanktionen (Strafen, Drohungen sowie auch Belohnungen) versehen, um der Einhaltung der Konventionen einen größeren Nachdruck zu verleihen. Dies hat den günstigen Nebeneffekt, daß die Lernenden, die sich die konstitutiven Regeln der Institution aneignen, nicht nur Koordinationsgründe für die Konvention oder die Gewöhnung an die Konvention als Motiv zum Lernen vorgelegt bekommen, sondern auch Sanktionen, welche die Institutionen beinhalten, als zusätzliches Motiv zur Befolgung der Institution erkennen. Das Sanktionieren der Konvention wird mit der Vorteilhaftigkeit der Konvention und mit der Notwendigkeit, die Menschen zu institutionalisiertem Handeln zu zwingen, durch die sanktionierende Autorität legitimiert. Diese allgemeinen Notwendigkeiten stellen in meiner Arbeit die Postulate /A/ und /B/ dar, d.h. es ist legitim, solche Konventionen zu institutionalisieren, die /A/ und /B/ fördern. Daß fast alle Menschen /A/ und /B/ als richtige Beschreibungen anerkennen, heißt nicht, daß alle Menschen das gleiche wollen (sonst wären Präferenzendifferenzen und Kämpfe aufgrund dieser Differenzen nicht wirklich realisierbar), sondern, daß alle etwas wollen, was gerade nicht gleich sein muß. Die Wollens- oder Wunschaspekte (falls das das Gewollte als unrealisierbar erkannt wird) und die Mannigfaltigkeit der Inhalte des Wollens sind die

ausgezeichneten Merkmale des Menschseins.

Die zweite Art der Genese der Institution besteht darin, daß bestimmte Gruppen von Menschen einige Vorentscheidungen für das Handeln und Verhalten von anderen Menschen treffen. Diese Vorentscheidungen sind in dieser Arbeit Koordinationen, die sich auf zukünftige Handlungen von mindestens zwei Teilnehmern beziehen, welche die Vorentscheidungen treffen, und/oder auch für diejenigen, für die die Vorentscheidungen konzipiert sind. Um diesen Vorentscheidungen Stärke zu verleihen, versteht diese, meist kleine Gruppe von Menschen (klein, um leichter zu einer Koordination zu kommen, die als die gesuchte Vorentscheidung fungieren kann) die Vorentscheidungen mit Sanktionen für ihre Nichteinhaltung. Hiermit werden die Vorentscheidungen institutionalisiert. Ziel solcher Institution muß es nicht sein, die beste Koordination für alle zu sichern, sondern Ziel kann sein, die Erleichterung der Entscheidungen von anderen und damit zugleich die mögliche Wahl der Strategien durch diese Vorentscheidungen zu kanalisieren oder die Sicherung der Privilegien bzw. der Macht der bestimmte Gruppe zu sichern.

Das Verfahren, durch die Genese der Institutionen aus den Koordinationen und Konventionen rekonstruiert wird, wird "Sanktionieren" genannt (im Gegensatz zu "Sanktionen", die mit "Strafen" synonym verwendet werden). Das Sanktionieren gibt den Koordinationen oder Konventionen einen neuen Status, der als "Institution" bezeichnet wurde. Es erhebt die Regeln der Koordinationen oder Konventionen zu einer bestimmten Verbindlichkeit. Der - manch-

mal auch abstrakte - Träger der Verbindlichkeit ist die Autorität, welche die Aufgabe der Legitimation der Institution zu tragen hat. Durch das Sanktionieren können, müssen jedoch nicht, explizite oder implizite Sanktionen der Koordinationen oder Konventionen festgesetzt werden, d.h. die impliziten Sanktionen können explizit gemacht oder neue Sanktionen können eingeführt werden. So ermöglicht das Sanktionieren durch Autorität Sanktionen zu verhängen, d.h. Strafen oder Belohnungen nach festgesetzten Regeln zu verteilen. Daraus folgt aber nicht, daß jede Institution ihre Repräsentanten nötigt, Sanktionen zu verhängen, weil die Existenz der Sanktionen nicht die Folge des Sanktionierens der Koordinationen oder Konventionen ist. Daß die Sanktionen der Institutionen sich nicht grundsätzlich von den Sanktionen (expliziten oder mindestens impliziten) der Konvention unterscheiden müssen, wird aus dem Beispiel der Institution "Theater" ersichtlich. Diese Institution ist in ihrer Form eine Konvention, die bestimmte Regeln enthält, welche bestimmte Folgen haben, die für verschiedene Menschen als Strafen oder Belohnungen interpretiert werden können. Durch die z.B. öffentliche Ernennung oder Anmeldung - eine bestimmte staatliche (städtische) Behörde ist die Autorität - wird aus dem konventionellen Gebilde dann die konkrete Institution des Theaters geschaffen. Beim Sanktionieren durch Autorität müssen keine neu festgelegten expliziten Sanktionen eingeführt werden.

Die Institutionen müssen keine neuen²² Sanktionen für den Geltungsbereich enthalten, für den sie konzipiert

werden. Diese eine Tatsache soll von der anderen unterschiedenen werden, daß diejenigen Institutionen, die Sanktionen enthalten, sie dennoch nicht notwendigerweise bei festgelegten Umständen, die ihre Anwendung definieren, anwenden müssen. Mit anderen Worten, diese beiden Tatsachen ermöglichen, daß es Institutionen gibt, die keinen neuen (zwingenden) Sanktionen gegenüber den Menschen enthalten, die zum Geltungsbereich dieser Institution gehören, und daß die Institutionen, welche die Sanktionen enthalten sie nicht (immer) ausführen, auch wenn sie es sollen. Beispiele der ersten Art der Institution können öffentliche Einrichtungen wie Schwimmbäder, Theater etc., als zweite Art der Institutionen z.B. das öffentliche Recht, und alle Institutionen, die das Recht verkörpern, wie Polizei, Gerichte etc. sein.

Die Identifizierung der Konvention geschieht aufgrund der Situationen, in denen die Verhaltensregularität vorkommt. Die Identifizierung einer Institution ist deswegen leichter, weil neben dem Vorkommen einer Verhaltensregularität noch eine Autorität identifiziert werden muß, welche die Koordination oder Konvention sanktioniert und damit die Institution geschaffen hat. Diese Autorität ist gewöhnlich leichter zu identifizieren als eine Verhaltensregularität, weil sie genauer bestimmt ist. Dies ist auch ein Grund dafür, daß einige Konventionen ohne Einführung neuer Sanktionen institutionalisiert werden.

Die Differenz zwischen Konventionen und Institutionen kann folgendermaßen festgehalten werden: Die Institutionen unterscheiden sich dadurch von Konventionen,

daß durch sanktionierende Autorität ausdrücklich definiert ist, durch wen und unter welchen Bedingungen die Sanktionen über denjenigen verhängt werden s o l l e n , der die Verhaltensregeln (der sanktionierten Vorentscheidungen) oder die Verhaltensregularität R (der sanktionierten Konvention) nicht befolgt.

2.6 Systematische Zusammenfassung der gemeinsamen relevanten Merkmale der Konvention und Institution im Rückgriff auf ihre Rekonstruktion aus den Koordinationen.

Die Konventionen sind aus den Koordinationen entstanden, an die sich die Teilnehmer der Koordinationen gewöhnt haben. Die Institutionen wurden durch das Sanktionieren der Konventionen oder bestimmter Koordinationen, die Vorentscheidungen genannt wurden, beschrieben. Die Tatsache, daß Konventionen wie Institutionen aus den Koordinationen erklärt wurden, ermöglicht beide zusammen systematisch zu behandeln.

Jeder Konvention bzw. Institution können folgende Merkmale zugesprochen werden:

g) Der Geltungs-, bzw. Anwendungsbereich der Koordination, aus welchem die Konvention durch Stabilisierung der gegenseitigen Erwartungen, d.h. durch Gewöhnung entstanden ist.

gg) Die Ziele der Koordination, aus denen die Konvention entstanden ist und die sie auch übernommen hat.

ggg) Die Regeln der Koordination, die durch Gewöhnung zu den Konventionsregeln wurden. Diese Regeln der Konvention kann man weiter unterteilen in:

ggg₁) Die Anwendungsregeln, welche die inhaltliche Regelbefolgung innerhalb des Geltungsbereichs sichern sollen und die Berechtigungen der Teilnehmer der Konvention (Rechte und Pflichten) regeln. Sie müssen nicht im ganzen Geltungsbereich verwendet werden. Der Geltungsbereich einer Konvention ist gleich oder größer als der Anwendungsbereich, aber nicht umgekehrt.

ggg₂) Die Auslegungsregeln, welche die Bedingungen für die Ungültigkeit oder der Beendigung der Konvention festlegen.

Die Instanz, welche die Befolgung der Anwendungsregeln sichert, ist nur durch die Nachteile und Vorteile definiert, welche dem Teilnehmer einer Konvention entstehen, der sich nicht an diese Regeln hält. Bei den Institutionen ist diese Instanz durch die Autorität ergänzt, die das Sanktionieren der Vorentscheidungen oder Konvention geleistet hat. Weil die Institutionen durch das Sanktionieren der Konventionen oder der Vorentscheidungen charakterisiert wurden, können die Merkmale g-ggg für die Bestimmung von Institutionen übernommen werden. Dann können den expliziten Sanktionen, falls solche vorhanden sind, folgende Merkmale zugesprochen werden:

h) Der Geltungs-, bzw. Anwendungsbereich der expliziten Sanktionen.

hh) Das Ziel der expliziten Sanktionen.

hhh₁) Die Anwendungsregeln der expliziten Sanktionen, welche die zur Ausübung der expliziten Sanktionen Berechtigten bestimmen.

hhh₂) Die Auslegungsregeln der expliziten Sanktionen.

Am Beispiel der Konvention, später auch Institution des Straßenverkehrs können wir die Entstehung dieser Konvention aus der Koordination gut verfolgen. Angenommen: Als der Verkehr noch nicht lebhaft war, war es beliebig, auf welcher Seite der Straße gefahren wurde, während es bei zunehmendem Verkehr und größerer Geschwindigkeit gefährlich wurde. Man löste diese Koordinations-

situation, indem sich langsam eine Gewohnheit herausbildete, die den neuen Anforderung des Straßenverkehrs gerecht wurde. Man antizipierte die Gedanken der anderen Verkehrsteilnehmer und schuf damit die Grundlage für die Einschätzung der Erwartungen von anderen, die dann die Gründe lieferten, sich auf eine bestimmte Weise zu verhalten.

Daß nicht nur eine Regelmäßigkeit, sondern auch eine andere 'Unregelmäßigkeit', die eine Regelmäßigkeit innerhalb anderer (relativ zu den ursprünglichen) Grenzen ist, zu einer Anwendungsregel der Konvention oder Institution erhoben werden kann, die dann in dieser Konvention oder Institution stabilisiert wird, kann man ebenfalls im Straßenverkehr beobachten. Aufgrund der Überlastung des Verkehrs in den Ballungsgebieten konnte man mit dem Auto die Arbeitsstätte nicht mehr zu einem geforderten Zeitpunkt erreichen; also wurde die gleitende Arbeitszeit eingeführt. Damit wurde eine andere Regelmäßigkeit zur Anwendungsregel einer Konvention oder später auch einer Institution.

Die schon lange bestehenden Gewohnheiten und Traditionen, verkörpert in entsprechenden Konventionen oder Institutionen, müssen nicht immer durch rationale Ziele /gg)/ der ihnen zugrundeliegenden Koordinationen, Konventionen oder Institutionen erklärt werden, sondern auch durch emotionelle und sog. metaphysische Bedürfnisse. Diese Bedürfnisse sind auch imstande, die Verhaltensmotivationen hervorzubringen, die den ganzen Prozeß der Herausbildung von Koordinationen, Konventionen und Institutionen in Gang setzen. In unserer Zeit, in der die

Arbeitsteilung fortgeschritten ist, haben sich einige Institutionen auf die Erfüllung dieser menschlichen Bedürfnisse eingestellt, wie z.B. Kirche, Kulturbetrieb, in verwissenschaftlichter Form die Psychotherapie etc.

Bei dem Übergang von Konventionen zu Institutionen kann man zwei Fragen stellen. Was für eine Funktion haben die Institutionen und wie läßt sich die Institutionalisierung von Konventionen und Vorentscheidungen ausweisen? Zur ersten Frage schreibt N. Luhmann: "Durch Institutionalisierung werden die minimalen, natürlich -begrenzten Chancen zu aktuellem Konsens ausgeweitet. In diesem Sinne leistet Institutionalisierung die Generalisierung von Konsens... Institutionalisierung dient dazu, Konsens erfolgreich zu überschätzen"²³, was in meinem Entwurf heißt: Die Institutionalisierung leistet die Generalisierung eines Konsensus, dem eine Koordination oder Konvention zugrunde liegt, indem sie diesen Konsens durch das Sanktionieren mittels Autorität kennzeichnet und/oder auch mit Sanktionen erzwingt, was sich auch in der Überschätzung des zugrundeliegenden Konsensus äußern kann. Die zweite Frage, wie die Institutionalisierung auszuweisen ist, wird in zwei Schritten, gemäß unserer Rekonstruktion, beantwortet; zuerst durch die Rechtfertigung der Institutionen, die aus der Konventionen, und dann der Institutionen, die aus den Vorentscheidungen entstanden sind.

Die Rechtfertigung der Institutionen, die durch das Sanktionieren der Konventionen entstanden ist, wobei keine neuen²⁴ Sanktionen gegenüber der entsprechenden Konvention eingeführt worden sind, wird analog der entspre-

chenden Konvention geleistet. Eine Konvention wird dadurch gerechtfertigt, daß ihre Regeln, welche die Regeln für die Verhängung von Sanktionen involvieren, und ihre Ziele gerechtfertigt werden. Bei dieser Art von Institutionen muß zusätzlich die Autorität gerechtfertigt werden, welche die Regeln der Konvention zu verbindlichen Regeln der Institution erhoben hat.

Die Rechtfertigung der Institutionen, die durch das Sanktionieren der Konventionen entstanden sind und zu denen zusätzliche Sanktionen eingeführt wurden, ist der Rechtfertigung des vorhergehenden fast analog; es müssen jedoch zusätzliche Sanktionen gerechtfertigt werden. So muß die ganze Rechtfertigung sich aus der Rechtfertigung der Regeln (der Konvention und damit später auch der Institution), der Autorität, die das Sanktionieren hervorbringt, und der eingeführten Sanktionen zusammensetzen.

Bei den Institutionen, die durch das Sanktionieren von Vorentscheidungen entstanden sind, ist die Rechtfertigung schwieriger, da die Koordinationen und Vorentscheidungen meistens nur von einer kleinen Gruppe von Menschen für eine sehr viel größere Anzahl von Menschen gebildet werden. Auf diese Weise wird z.B. die Verfassung eines Staates entworfen. Diese Vorentscheidungen erheben den allgemeinen Anspruch, für die Mehrzahl der Betroffenen gute Folgen zu bewirken. Die Rechtfertigung dieses Anspruchs wird gewöhnlich durch die antizipierte Zustimmung der Mehrzahl der Betroffenen als eingelöst betrachtet und zwar mit der Begründung, daß dadurch die allgemeinen Bedürfnisse der Betroffenen

/A/ wie ihre allgemeinen Ziele /B/ gefordert werden. Solche Vorentscheidungen sind sehr schwierig zu fällen, da sie beständig sein sollen. Darum werden sie wegen ihrer Funktion und wegen ihres Ziels mit Sanktionen versehen. Die Einführung der expliziten Sanktionen schafft auch eine neue Situation für die Möglichkeit sich solcher Institutionen oder auch Konventionen, d.h. den Anwendungsregeln und damit den daraus folgenden Rechten und Pflichten zu entziehen. Die Sanktionen (wie die Rechte und Pflichten) können die Betroffenen dadurch vermeiden, daß sie den Geltungsbereich, für den die Institution entworfen wurde, verlassen.

Bei den Koordinationen und Konventionen ist die Teilnahme an denselben, aus denen auch die Institutionen entstehen, durch die Vorteile und Nachteile, die impliziten Sanktionen bedingt. Wer aus seiner Sicht die Nachteile einer bestimmten Koordination oder Konvention höher bewertet als die Vorteile, kann sich einigen Koordinationen oder Konventionen entziehen oder andere annehmen. Damit erkennt er die Ziele und/oder die Regeln der einen Koordination oder Konvention nicht an und nimmt daraus entstandene Nachteile und Vorteile auf sich, die sich mindestens als implizite Sanktionen und damit auch Belohnungen der Teilnehmer der Koordination oder der Konvention äußern.

Dazu ein Beispiel: Ein Ziel der Konvention des Grüßens ist, daß die Teilnehmer dieser Konvention durch bestimmte Handlungen das Registrieren und/oder Respektieren des anderen Teilnehmers zum Ausdruck bringen. Falls die Person X gegenüber der Person Y in einer Si-

tuation, die zum Anwendungsbereich der Konvention gehört, die gebotene Handlung, die durch die Anwendungsregeln bestimmt ist, nicht ausführt, kann man auf eine der ausgeführten Folgerungen schließen:

- i) X erkennt die Konvention, d.h. die Ziele und/oder die Anwendungsregeln der Konvention nicht an.
- ii) X erkennt die Konvention an, aber klassifiziert die gegebene Situation als nicht zum Anwendungsbereich, sondern bloß zum Geltungsbereich gehörig. In diesem Fall hat X eine Interpretation gebildet, in der der Geltungsbereich mit dem Anwendungsbereich nicht identisch ist. In beiden Fälle kann Y mit Sanktionen reagieren. In dem Fall i) nimmt X sie in Kauf, weil er die ganze Konvention nicht anerkennt. Bei ii) wäre ein Gespräch notwendig, um die konkrete Situation von Y gegenüber X zu klären.

In unserem Beispiel der Konvention des Grüßens würde

- i) bedeuten, daß X nicht grüßt, weil er niemanden respektiert (und/oder registriert) oder weil er die spezifischen Formen der Grußhandlungen nicht anerkennt. Im Fall ii) erkennt X die Konvention des Grüßens an, betrachtet aber die konkrete Situation als zum Geltungsbereich der Konvention, z.B. der Straße, aber nicht als zum Anwendungsbereich der Konvention gehörend, weil er (X) z.B. Y schon einmal an diesem Tag begrüßt hat; oder X kann auch meinen, daß es nicht gemäß der Konvention des Grüßens ist, Y auf der Straße zu grüßen.

Mit den Institutionen verhält es sich ähnlich wie mit den Konventionen. Die expliziten Sanktionen, falls solche vorhanden sind, werden mit den Anwendungsregeln festge-

gelegt. Wie bei den Konventionen haben auch die Adressaten der Institution die Möglichkeit der Wahl zwischen der Anerkennung oder Ablehnung der Institution, was aber keinen Einfluß auf die Ausübung der explizit festgelegten Sanktionen der betreffenden Institution hat. Es gibt zwei Strategien, um sich den Sanktionen der Institutionen oder Konventionen zu entziehen:

- j) Man verläßt den Geltungs-, bzw. Anwendungsbereich der Institution oder Konvention; oder
- jj) man versucht die Institution oder Konvention zu ändern, indem man g-ggg verändert.

Die Veränderung der Institution oder Konvention ist darum so schwierig, weil man sie zuerst (mindestens praktisch) anerkennen muß (man ist dazu durch die Sanktionen gezwungen), um überhaupt die Möglichkeit zu bekommen, die Institution oder Konvention zu ändern. Die expliziten Sanktionen der Institutionen und Konventionen sichern die Stabilität der Institutionen und Konventionen, bewirken aber zugleich, daß ihre Schwerfälligkeit, sich neuen Umständen anzupassen damit vergrößert wird. Einige Institutionen haben diesem Umstand Rechnung getragen, indem sie eine institutionelle Beendigung einer Institution eingeführt haben, wie das bei der Scheidung bezüglich der Institution der Ehe der Fall ist.

2.7 Formen und Funktionen der Sanktionen

Es wurde gezeigt, daß sowohl Koordinationen als auch Konventionen und Institutionen mindestens implizite Sanktionen involvieren, die für die Einhaltung der Verhaltensregeln oder -regularitäten konstitutiv sind. Dazu enthalten die Konventionen und Institutionen noch explizite Sanktionen, um ihre Verhaltensregularitäten klarer gegenüber anderen abgrenzen zu können und ihre Einhaltung motivierend darzustellen. Bei den Institutionen geschieht dies zusätzlich durch das Sanktionieren der Autorität.

Welchen formalen und ontologischen Status Sanktionen haben, werde ich primär in Beziehung zu den Verhaltensregeln oder -regularitäten der Koordinationen oder der Konventionen und Institutionen darstellen. Diese Verhaltensregeln oder -regularitäten stellen durch ihr Bestehen Gebote auf. Der einzelne Mensch kann auf diese Situation im ersten Schritt nur auf zwei Weise reagieren: Entweder handelt der Einzelne in der Situation, in der eine Verhaltensregel oder -regularität besteht (im weiteren wird die Beschreibung dieser Situation als "A" symbolisiert) gemäß dieser Verhaltensregel oder den Anwendungsregeln der Konvention oder der Institution (=kk) oder nicht (=k). Im zweiten Schritt kann die mit Strafe bedrohte Person sich bemühen, die Sanktionen k/ aufzuheben, indem sie sich entschuldigt (=kkk). Diese drei behandelten Fälle werden im folgenden formal dargestellt:

Die Voraussetzung (die für alle drei Fälle k/, kk/ und kkk/ gilt) für die begründete Anwendung einer Sanktion

ist, daß aus der Beschreibung eines Sachverhalts A - eine Koordination, Konvention oder Institution besteht - eine obligatorische Handlung OB einer Person p folgt. $A \supset OB_p$.

k/ Die direkte explizite oder implizite Sanktion.

$O(/A \wedge \neg B_p / \supset S_p)$ S_p ... Sanktion gegenüber der Person p

Es ist geboten: Wenn der Sachverhalt A nicht mit dem besonderen Sachverhalt B_p , der eine Handlung der Person p ist und aus A folgen soll (die Prämisse), vorkommt, dann trifft die Sanktion S die Person p, welche die Handlung B ausführen sollte.

kk/ Die direkte Belohnung, die als indirekte negative Sanktion aufgefaßt werden kann.

$O(/A \wedge B_p / \supset C_p)$ C ... Belohnung der Person p

Es ist geboten: Wenn der Sachverhalt A mit dem besonderen Sachverhalt B_p , der eine Handlung der Person p ist und aus A folgen soll (die Prämisse), vorkommt, dann trifft die Belohnung C die Person p, welche die Handlung B ausführen sollte und ausgeführt hat.

kkk/ Die Entschuldigung, d.h. die Aufhebung einer Sanktion, die gemäß k/ stattfinden sollte.

$O(/A \wedge \neg B_p / \supset D_p) \wedge O(D_p \supset \neg S_p)$ D_p ... Entschuldigung der Person p

Es ist geboten: Wenn der Sachverhalt A nicht mit dem besonderen Sachverhalt B_p , der eine Handlung der Person p ist und aus A folgen soll (die Prämisse), vorkommt, dann folgt darauf eine zeitlich verschobene Handlung D_p - die Entschuldigung der gleichen Person p, die B_p ausführen sollte und es ist geboten, daß die Handlung D_p das Ein-

treten der Sanktion S_p verhindert.

Die Entschuldigungen werden hier mit den gleichen Voraussetzungen erklärt, wie die Sanktionen oder Belohnungen, d.h. auf dem Hintergrund der Gebote (Anwendungsregeln) von Koordinationen, Konventionen und Institutionen. Damit wird mitbehauptet, daß die Entschuldigungen ohne Koordinationen, Konventionen und Institutionen nicht verstehbar sind. Die formalisierte Darstellung der Entschuldigungen konstatiert, daß die Entschuldigungen gebotene (gesollte) Handlungen sind, falls es sie gibt, d.h. falls eine Möglichkeit besteht, sie durchzuführen. Der Satz "Man soll sich entschuldigen, falls man die von der Koordination, Konvention oder Institution gebotene Handlung nicht vollzogen hat und falls es für diesen Fall Entschuldigungen gibt", ist in unserem Begriffsschema analytisch. Da die Entschuldigungen immer erst in den Situationen durchgeführt werden sollen, in denen die Sanktionen vollzogen werden sollen, sind die Entschuldigungen nur aufgrund der Sanktionen verstehbar. Die Priorität der Sanktionen äußert sich auch in dem Umstand, daß es wenig Entschuldigungen gibt, die die ihnen zugeordneten Sanktionen in vollem Umfang aufheben können.

Die Beschränkung der Sanktionen, Belohnungen und der Entschuldigungen muß nicht immer auf die Person p beschränkt bleiben, welche die gebotene Handlung B nicht ausgeführt hat. (Ein Beispiel dazu ist das Haften der Eltern für ihre Kinder.) Um die Verallgemeinerung der ausgeführten Formel bezüglich der Zuständigkeit für die richtige Zuschreibung von Sanktionen zu einer Per-

son beschreiben zu können, müßte ich viele Randbedingungen einführen; aus diesem Grunde habe ich nur den einfachsten Fall ausgewählt, in dem die betreffende Person für ihre Handlungen zuständig und auch selbst verantwortlich ist.

Die Sanktionen bilden nicht nur ein Motiv zur Einhaltung der Anwendungsregeln, sondern konstitutieren auch eine Sicherheit dafür, daß diejenigen, die gemäß den bestehenden Anwendungsregeln der Konventionen oder der Institutionen handeln, nicht denen gegenüber, die es nicht tun, benachteiligt werden. Die Personen, die gemäß den Anwendungsregeln handeln, sind den anderen Teilnehmern in ihren Handlungen und deren Folgen leicht einschätzbar, was diejenigen, die nicht gemäß den Anwendungsregeln der bestehenden Konventionen oder Institutionen handeln, zu ihrem eigenen Nutzen verwenden können. Die Sanktionen schützen diejenigen, die ihre Handlungen so regeln, daß sie voraussagbar und einschätzbar sind, vor dem Mißbrauch derjenigen, die nur die Vorteile der Konventionen oder Institutionen genießen wollen, ohne die Nachteile und Verpflichtungen der Einhaltung der Anwendungsregeln auf sich zu nehmen.

Da ich die Sanktionen als gesollte Implikation (und nicht als eine logische Implikation, in der anstelle einer Aussagenvariable eine obligatorische Handlung steht, vgl. Abschnitt 9.3.3) bestimmt habe, garantieren die Sanktionen die Einhaltung der Anwendungsregeln der bestehenden Konventionen oder Institutionen und damit bilden sie die Sicherheit, daß diese Regeln auch

in der Zukunft eingehalten werden oder mindestens eingehalten werden sollen. (Bei der Institution des Rechts nennt man diesen Zustand die "Rechtssicherheit".) Die Sanktionen müssen nicht immer, weil sie nur geboten sind, angewendet werden, auch dann nicht, wenn die entsprechende Person sich nicht (gemäß kkk) entschuldigt. Falls die Sanktionen aber nie angewendet werden, verlieren sie eine Funktion dadurch, daß sie die angenommene Abschreckungswirkung nie anschaulich darstellen und damit die dadurch entstandene Garantie für die Einhaltung der Anwendungsregeln aufheben.

Der Schutz der gemeinsam erarbeiteten Vorteile durch Koordinationen, Konventionen oder Institutionen wird durch besondere Anwendungsregeln so geschaffen, daß diejenigen, die nicht an den Koordinationen, Konventionen oder teilweise auch an den Institutionen partizipieren und aus diesem Umstand Vorteile ziehen, die gerade nur aufgrund der Existenz solcher sozialen Fakten möglich sind, bestraft werden können. Durch die Sanktionen schafft sich der Mensch neue Sicherheit, die der Sicherheit der Gesetzmäßigkeit der Natur analog ist, und dies auf dem Gebiet, wo diese Sicherheit in natura nicht vorkommt. Die soziale Sicherheit ist nicht so stark wie die der Gesetzmäßigkeit der Natur, und deshalb für den Menschen umso notwendiger, weil die Menschen der Gesetzmäßigkeit der Natur nicht vollständig unterworfen sind. Das Ziel der Sanktionen soll sein: die Freiheit der einzelnen Menschen für gemeinsame Vorteile einzuschränken und so abzusichern, d.h. die einschätzbare Verwendung der Freiheit zu ermöglichen.

Die Sanktionen haben auch die Funktion die Einhaltung der Anwendungsregeln zu sichern, auch in einem solchen Fall, wo man sie ohne Androhung der Sanktion befolgen würde. Durch Sanktionen erzwingen sich Konventionen wie Institutionen ihre Beständigkeit. Bei den Institutionen ist es offensichtlicher, weil die Sanktionen Autorität besitzen. Das ist auch der Grund, warum die Institutionen die Stützen von Gesellschaftssystemen geworden sind, und wieso sich Staaten oder Gemeinschaften mit Hilfe der Institutionen definieren.

Wie die Institutionen ihre eigene Aufhebung institutionalisieren können, kann die Institutionalisierung von Koordination nicht nur zwischen Personen, sondern auch zwischen Institutionen gebildet werden; und dies mit der Begründung, daß die Institutionalisierung dieser Prozesse bis jetzt solche Erfolge und Vorteile gebracht hat, daß es sinnvoll ist, solche Prozesse nicht frei verlaufen zu lassen, sondern sie stabilisieren, indem man sie institutionalisiert. Dies geschieht z.B. dann, wenn man die Forschungen der Institutionen nicht nur koordiniert, sondern für diese Koordination eine Institution schafft.

Das Zusammenleben der Menschen wird durch die Sanktionen der Institutionen und Konventionen stabilisiert und reguliert, weil man dadurch die Steuermechanismen des Zusammenlebens offenlegt, so daß diese Mechanismen bei der anstehenden Wahl der verschiedenen Verhaltensweisen als Auswahl- und Motivationskriterium fungieren können. Diese Steuerungs- und Stabilisierungsfunktion der Sanktionen der Konventionen und der Institutionen wirken sich entlastend auf die Teilnehmer aus, weil die Kom-

plexität und die Angst der Menschen in den Entscheidungssituationen reduziert wird. Damit erfüllen die Sanktionen das menschliche Bedürfnis nach Sicherheit und Anerkennung und geben den Menschen die Möglichkeit an die Hand, sich durch die mittels der Sanktionen konstituierten Konventionen und Institutionen zu vermitteln oder neue Verhaltensweisen zu entwickeln.

Die Verantwortung gegenüber einer Entscheidung, die aufgrund einer Konvention oder Institution stattgefunden hat, wiegt in ganz anderem Maße als es ohne das Vorhandensein einer Konvention oder Institution der Fall wäre. Dies ermöglicht die Rechtfertigung der begangenen Handlungen durch die Berufung auf eine Konvention oder Institution. Dieser Sachverhalt vermindert die Angst und den Zwang vor der Notwendigkeit, sich ständig entscheiden zu müssen, um handeln zu können. Diese Bedürfnisse nach Sicherheit können selbst in politischen Garantien institutionalisiert oder als Menschenrechte zu internationalen Konventionen proklamiert werden.

Um ihre Funktion gut zu erfüllen, müssen die Konventionen und Institutionen die zwei grundlegendsten menschlichen Verhaltensweisen, die Lern- und Anpassungsfähigkeit in Betracht ziehen. Die Stabilitätsfunktion der Konventionen und Institutionen soll einerseits nicht in der Statik enden, während die neuen Bedürfnisse und Ziele, die aufgrund der alten Konventionen und Institutionen entstanden sind, unberücksichtigt bleiben, andererseits nicht eine Dynamik der Konvention und Institution veranlassen, welche die Anpassungsfähigkeiten der Menschen überfordert. Die Institutionen neigen gemäß

ihrer Natur zu der zuerst genannten Gefahr, der Statik. Die Konventionen sind in der Mitte der beiden Extreme anzusiedeln, weil ihre Entstehung und Veränderung viel Naturwüchsiges hat. Die gewaltsamen Veränderungen überschätzen die Lernfähigkeit der Menschen, weil sie die Anpassungsfähigkeit so überfordern, daß ihnen nur der Zwang neuer Institutionen als Ausweg übrig bleibt.

Die Konventionen und Institutionen und die mit ihnen verbundenen Sanktionen vergrößern auf der einen Seite die Freiheitsräume der Menschen, indem sie die Angst vermindern, Sicherheit und Stabilität bilden und die Entscheidungshilfen oder neue Verhaltensweisen anbieten; auf der anderen Seite wirken sich diese Faktoren als Verkleinerung der menschlichen Freiheitsräume aus, falls die Institutionen oder Konventionen z.B. in Bereiche vordringen, wo sie nicht notwendig sind.

2.8 Machtaspekte bei Konventionen und Institutionen

Um die Machtaspekte der Konventionen und Institutionen behandeln zu können, müssen wir den Weg unserer Rekonstruktion nachvollziehen und sehen, bei welchen Schritten sich die Unterstellung der Gleichwertigkeit der Teilnehmer und damit die gleiche Verteilung von Macht und Recht als unrealisierbar herausstellt. Falls wir die Unrealisierbarkeit unserer idealen Bedingungen für unsere Rekonstruktion von Konventionen und Institutionen zeigen, müssen wir aus dieser Tatsache - der Unmöglichkeit der Ausklammerung von Macht - die Folgerung ziehen, daß wir die Machtaspekte in unsere Rekonstruktion von Anfang an einbeziehen müssen.

Die Ausgangssituation der Koordinationen wurde als eine Situation eingeführt, in der zwei oder mehrere Teilnehmer einige Ziele haben und diese Ziele durch die Wahl einer oder mehrerer Handlungen zu erreichen versuchen, wobei diese Wahl in Abhängigkeit von den Erwartungen bezüglich der Wahl anderer Teilnehmer stattfindet. Die Freiheit dieser Wahl wurde innerhalb einer bestimmten Grenze angenommen und dabei vorausgesetzt, daß diese Wahl aus mehreren Handlungsalternativen auch in dem Sinne frei ist, daß sie nicht durch Gewalt oder Macht beeinflusst wird. Betrachten wir die Ausgangssituation eines Teilnehmers: Er will sein Ziel erreichen und, weil er weiß, daß die anderen ihm dabei helfen können, oder es aber auch verhindern können, versucht dieser Teilnehmer Informationen über die Absichten und möglichen Handlungen der anderen zu erfahren, die seine Handlungen beeinflussen können. Diese Übermittlung von Informationen geschieht in der

Kommunikation zwischen ihm und den anderen oder auch durch Analogieschlüsse aus ähnlichen, schon erlebten Situationen. Aufgrund solcher Informationen bildet der betreffende Teilnehmer seine Erwartungen bezüglich der zukünftigen Handlungen der anderen Teilnehmer und der Folgen seiner Handlungen. Daß die Kommunikation nur mit Hilfe einer Konvention stattfinden kann, ist ersichtlich und wird hier vorausgesetzt. Der mögliche Einwand, daß die Begründung der Koordinationen schon Konventionen voraussetzt, die aus Koordinationen abgeleitet werden, ist nicht stichhaltig, denn dieses Vorgehen ist eine methodische Rekonstruktion, aber keine Erklärung und Begründung a l l e r bestehender Koordinationen, Konventionen und Institutionen, ohne dabei eine Konvention vorauszusetzen. Diese Voraussetzungen sind die sprachlichen Konventionen, die dann als spezieller Fall von Konventionen anzusehen sind.

Wie vollzieht sich die Kommunikation zwischen den Teilnehmern? Sie findet so statt, daß man Informationen, die man vermitteln möchte, von den anderen Informationen abtrennt und dann mit Hilfe konventioneller Zeichen den anderen Teilnehmern vermittelt. Der andere nimmt diese Zeichen wahr und ordnet deren Bedeutung aufgrund seiner Interpretation der Konvention zu, und leistet dabei ebenfalls eine Auswahl von Informationen. Dadurch führen beide Partner der Kommunikation eine Selektion aus, die zur Übertragung gerade der gewünschten Informationen notwendig ist. Diese Selektion hat die Funktion, die Handlungen der Partner in der Kommunikation zu steuern und über ihre Erwartungen, Ziele etc. zu orientieren.

Die notwendige Selektion (notwendig, weil ohne sie keine Kommunikation möglich ist) impliziert eine Beeinflussung in der Kommunikation. "Zwang" nenne ich eine Selektion der Handlungsalternativen, bei der keine Alternative für den Teilnehmer übrig bleibt. "Physische Gewalt" nenne ich die Beschränkung der anstehenden Handlungsalternativen durch sich letztlich physisch auswirkende Sanktionen. Die extremste Art von physischer Gewalt ist die Folter, die folgendermaßen definiert wird: "Folter ist die systematische und bewußte Zufügung von akutem Schmerz in jeder Form durch eine Person gegenüber einer anderen oder einer dritten Person, um die Absichten der ersteren gegenüber den letzteren gegen ihren Willen durchzusetzen."²⁵ "Macht" bestimme ich als eine Mischung von latenter und ausgeübter physischer Gewalt und Selektion.

Sowie Macht in jeder Kommunikation vorhanden ist, ist sie auch in jeder Interaktion, wo sie die Interessenkonflikte und ihre Verteilung wiedergibt. Da die sozialen Fakten, Koordinationen, Konventionen und Institutionen, mit Hilfe der (manchmal bloß antizipierten) Kommunikation und aufgrund von verschiedenen Konstellationen der Interessen entstanden sind, enthalten auch soziale Fakten Macht. Die Macht der Konventionen und Institutionen wird nicht bloß aus der Selektion der Kommunikation und den Interessenkonflikten zusammengesetzt, wie es bei den Koordinationen der Fall ist, sondern sie wird durch Gewöhnung an die Selektionen und Sanktionen der Konventionen und Institutionen sowie durch das Sanktionieren der Autorität

(nur bei Institutionen) verstärkt. Die Machtverteilung bei Konventionen und Institutionen wird durch Sanktionen und Gewöhnung an die Konventionen und Institutionen als Macht der Ordnung (der Regel) und als Macht der Gewohnheit konserviert. Die alten Selektionen der vorangegangenen Interaktionen und die Beschränkungen der Handlungsalternativen der früheren Interessenkonflikte werden als Machtkomponenten der Überlieferung in den Konventionen und Institutionen gespeichert. So ist das Bestehen der sozialen Fakten in Form der Verhaltensregularität ein Ausdruck der früheren Interessenkonflikte, ihrer Lösungen und der Interaktionsformen.

Jeder Mensch wird in einer Umgebung geboren, in der Konventionen und Institutionen schon bestehen. Dadurch wird jede Interaktion durch die Existenz von sozialen und natürlichen Fakten bestimmt. Da den sozialen Fakten Machtkomponenten innewohnen, werden dann die Verhältnisse, in denen die Handlungen der einzelnen durchgeführt werden, durch die Macht der sozialen und natürlichen Fakten so vorstrukturiert, daß die möglichen Handlungsalternativen der einzelnen eingeschränkt werden. Einerseits schränken die sozialen Fakten in Form der Verhaltensregularitäten (Konventionen und/oder Institutionen) die Handlungsalternativen der Betroffenen ein, andererseits ermöglichen sie auch, ganz neue Arten von Handlungen zu vollziehen, wie z.B. Versprechen abzugeben, bei Gerichten klagen etc.

Die Konsequenzen der dargelegten Ausgangsposition - daß die Wahl der Handlungsalternativen frei von Macht ist - waren, daß die Steuerungsfunktion der Kommunikation

und die Existenz der bestehenden Koordinationen, Konventionen und Institutionen nicht in Betracht gezogen wurden; dies ist, wie gezeigt, nicht mehr haltbar. Die Selektion ist aus dem Grunde notwendig, weil die Steuerung der Handlungen und die Orientierung in der Umwelt nur durch die Reduktion und damit Selektion aller vorhandenen Informationen geschehen kann. In den bestehenden Konventionen und Institutionen sind auch verschiedene Arten von Selektion als Vorstrukturierung der Handlungssituationen festgehalten und durch Sanktionen stabilisiert. Die Beschränkungen der Handlungsalternativen, welche die Grundlage von Macht sind, produzieren die Unsicherheit, ob gerade diese bestehende Machtverteilung gut oder die beste ist, wie es aufgrund der entsprechenden bestehenden Konvention oder Institution proklamiert wird. Aus diesem Grund ist jede Verteilung von Macht unsicher und hinterfragbar und ist in diesem Sinne der Hintergrund für mindestens latente Konflikte, welche die betreffenden Machtverteilungen und -strukturen der entsprechenden sozialen Fakten zum Inhalt haben.

Die Konflikte, welche andere Beschränkungen von Handlungsalternativen als die Beschränkungen der bestehenden sozialen Fakten anstreben, sind Bestrebungen, die bestehenden Machtstrukturen und/oder -verteilungen zu ändern und dadurch zu neuen Koordinationen, Konventionen oder Institutionen zu gelangen. Die Bildung von neuen Koordinationen, Konventionen oder Institutionen kann man sichern und kanalisieren, indem man diese Konflikte institutionalisiert.

Die Macht, die jede Koordination, Konvention oder In-

stitutionen enthält, muß nicht immer als Sanktion zur Anwendung kommen, um ihre Funktion - die Steuerung der Handlungen durch Einschränkung der Handlungsalternativen - zu erfüllen. Die Macht kann ihre Funktion auch dadurch erfüllen, daß die Möglichkeit besteht, sie anzuwenden. Dies kann durch die Einsicht, die als Folge der Kommunikation gebildet werden kann, dann aber auch als Disposition der bestehenden sozialen Fakten, Sanktionen zu verhängen bzw. explizit in Form einer Drohung geschehen.

2.9 Moral als eine Konvention, Recht als eine Institution

Es ist bezeichnend, daß in Bereichen, in denen es sehr schwer oder ausgeschlossen ist, die Handlungen oder das Verhalten der anderen zu beeinflussen, keine Konventionen bestehen. In solchen Bereichen ist die Ausübung der Macht fast ohne Wirkung, so daß das Postulieren von Rechten, die dieses Handeln oder Verhalten in dem betreffenden Bereich erlauben, als sinnvoll erscheint. Weil ein solches Recht nicht durch das Sanktionieren einer Konvention oder Vorentscheidung entstanden ist, bezeichnet man es als "Naturrecht", im Gegensatz zum positiven Recht, das in meiner Terminologie eine Institution ist. Gebiete, in denen die Ausübung von Macht mit dem Ziel der Steuerung der Handlungen von anderen nicht effektiv oder gar zwecklos ist, sind z.B. emotionelle oder kognitive Zustände von Menschen. Darum wird jedem Menschen das Naturrecht zugestanden, "zu denken, was er will"²⁶. Das Recht "zu sagen, was (man) denkt"²⁷ ist dagegen eine positives Recht, welches nach Spinoza die Grundlage für jede demokratische Regierung ist.

Das positive Recht ist ein Recht, das durch Sanktionieren der Konventionen oder Vorentscheidungen mittels einer Autorität, die dazu die Befugnis hat, entstanden ist. Darum ist jedes positive Recht eine Institution, die in einem System so festgehalten wird, daß sich jeder (berechtigte) Teilnehmer auf die Regeln dieses Systems - Institution berufen kann. Das positive Recht ist eine sanktionierte Ordnung einer bestimmten Gruppe in einem festgelegten Bereich bezüglich des Verhaltens von Men-

schen. Die Funktion des Rechts ist primär die Setzung von Normen, d.h. von Regeln, die befolgt werden sollen. Andere Funktionen sind solche Funktionen, die auch alle anderen Institutionen besitzen, wie z.B. die Stabilisierung der Erwartungen, die Reduktion der Komplexität etc. zu gewährleisten.

Die Moral ist im Gegensatz zum Recht eine Konvention, die keine festen expliziten Sanktionen zur Verfügung hat, sondern nur solche Sanktionen, welche weder genau festgesetzt sind, noch in einer Autorität abrufbar oder auffindbar sind. Der Gegenstand, auf den sich die Moral bezieht, ist der gleiche wie beim Recht, nämlich das Handeln oder Verhalten der Menschen. Der Bereich der Konvention "Moral" ist wie bei der Institution "Recht" entweder räumlich und/oder zeitlich festgelegt oder durch bestimmte Funktionen der Teilnehmer, die zu der bestimmten Konvention oder Institution gehören sollen, konstituiert.

Da nur Teilgebiete der Institution "Recht" durch das Sanktionieren der Konvention "Moral" entstanden sind - die anderen sind durch das Sanktionieren von Vorentscheidungen entstanden - sind die Fragen nach der Moral des Rechts für die Geltung oder die Berechtigung des Rechts unerheblich. Die Verbindlichkeit des Rechts gegenüber der Moral ist nur durch das Sanktionieren zu erklären. Weil die Moral eine Konvention ist, enthält sie überlieferte Verhaltensweisen; sie ist an neue Umstände anpassungsfähiger als das Recht, weil ihre Veränderung keine Veränderung der Sanktionen erfordert, die durch das Sanktionieren mittels Autorität entstanden sind.

Die Beziehungen zwischen Moral und Recht sind am besten skizzierbar, wenn wir uns auf einen Bereich und auf eine Gruppe der Menschen in diesem Bereich beschränken. Für diese Gruppe und in diesem Bereich gibt es Konventionen bezüglich der Verhaltensweisen der Gruppenmitglieder - die Moral (dieser Gruppe) - und die Institutionen bezüglich der Richtigkeit bestimmter Verhaltensweisen, die verbindlich sind - das Recht (dieser Gruppe).

Für die Teile der Regeln des Rechts, die durch das Sanktionieren der Regeln der Moral entstanden sind, besteht kein Unterschied zu den Regeln der Moral, außer dem einen, daß die Regeln des Rechts aufgrund des Sanktionierens mittels Autorität stärker gebieten. Falls sich die Regeln der Moral und des Rechts unterscheiden, ist der Einzelne vor die Entscheidung gestellt, ob er moralisch, d.h. gemäß der Konvention seiner Gruppe, oder rechtmäßig handeln will. Es kann Rechtsgebote, d.h. Normen geben, die für bestimmte Gruppe unmoralisch sind, sowie es Gebote der Moral geben kann, die rechtswidrig sind. Ich möchte weder der Moral noch dem Recht eine Priorität zusprechen, um aus dem Dilemma der "Rechtsgebote versus moralisch Gebote" herauszukommen. Die deontischen Theorien sprechen dem Recht, die teleologischen Theorien der Moral das Primat zu. Jeder einzelne Mensch muß für sich zwischen den beiden Handlungsebenen entscheiden und jeder kann seine Handlungen nur auf einer Ebene rechtfertigen oder begründen, falls sich die beiden Handlungsebenen nicht decken.

Die Anwendungsregeln der Institution "Recht" gebieten nicht nur, bestimmte Verhaltensweisen und Handlungen

durchzuführen, sondern sie ermöglichen es auch, bestimmte Handlungen durchzuführen, die nur aufgrund der Verbindlichkeit des Rechts zustandekommen können. Dies ist bei einem Abschluß oder einer Aufhebung eines Vertrages oder der Aufstellung der Gesetze der Fall. Das Recht erleichtert es, Entscheidungen zu treffen, indem die Autorität des Rechts bestimmte Verhaltensweisen gebietet, und ermöglicht die Verpflichtungen, Verträge und Gesetze zu bilden, welche neue Vorstrukturierungen der Interaktionen nach sich ziehen.

Warum ich glaube, daß meine Erklärung der Moral als Konvention treffender ist als andere Erklärungen, möchte ich dadurch erläutern; daß ich andere Theorien der Moral mit meiner Auffassung vergleiche, um zu zeigen, daß meine Theorie die meisten Sachverhalte erklärt, die von anderen Theorien der Moral behandelt, aber nicht ausreichend erklärt wurden.

Der ethische Naturalismus vertritt die Meinung, daß die moralischen Eigenschaften eines Gegenstandes mit den natürlichen Eigenschaften dieses Gegenstandes zu identifizieren sind. Dagegen vertritt der ethische Intuitionismus die These, daß die moralischen Eigenschaften keine natürlichen Eigenschaften, sondern besondere Eigenschaften sind, die nur mit Hilfe der Intuition erfassbar sind. Im Vergleich zu meiner Behauptung, daß moralische Sachverhalte nur mit Hilfe von Konventionen erklärbar sind, enthalten beide erwähnten Theorien etwas Richtiges. Die Position des Naturalismus kann in meiner Terminologie folgendermaßen paraphrasiert werden. Moralische Konventionen sind durch bestimmte soziale und

natürliche Sachverhalte auf 'natürliche' Art und Weise erklärbar, z.B. naturwissenschaftlich, durch Sinneswahrnehmung etc. Die moralischen Sachverhalte entsprechen in dieser Auffassung den 'natürlichen' Sachverhalten. Der ethische Intuitionismus bestreitet dies mit gutem Grund, denn die moralischen Sachverhalte sind nicht nur auf diese 'natürliche' Weise feststellbar. Wir internalisieren die Regeln der moralischen Konventionen durch Lernen und Anpassen nicht nur bewußt, sondern auch 'unbewußt' - d.h. wir empfinden diese Regeln als teilweise unbegründbar. Sie stellen für uns eine intuitive Erkenntnis dar, die sich mehr auf Erwartungen als auf intersubjektiv feststellbare Tatsachen bezieht.

Ein Beispiel dafür ist der Imperativ, daß das Töten von Menschen prinzipiell moralisch unrichtig ist. Im abendländischen Kulturbereich wird dieser Imperativ von den meisten Menschen anerkannt. Welche Funktion aber diese Konvention hat, können nur sehr wenige angeben, da sie sich mehr auf ihre Intuition als auf ihr Wissen berufen. Moralische Konventionen sind nicht bloß durch die intersubjektive Überprüfung feststellbar, sondern auch durch die internalisierten, nicht expliziten Verhaltensweisen und Erlebnisweisen, die sehr unbestimmt sein können. Die Unfähigkeit, die funktionelle Bestimmung der schon angeeigneten Konventionen anzugeben, entspringt der Art und Weise, wie diese Konventionen erworben wurden. Da die moralischen Konventionen - d.h. die Konventionen bezüglich des sozialen Verhaltens - gewöhnlich ohne explizite und genaue Erklärung der Funktionen der einzelnen Konventionen gelehrt und gelernt

wurden, ist die Explikation dieser Konventionen sehr oft nur auf intuitive Art durchführbar. In dieser Art der Erklärung beruft man sich nicht auf die intersubjektiv überprüfbaren Tatsachen der gemeinsamen Welt, sondern auf gemeinsame Erwartungen, die sich im einzelnen als Intuition äußern.

Im weiteren möchte ich noch andere nicht-naturalistische Theorie erwähnen: Der Emotivismus vertritt die Meinung, daß moralische Ausdrücke eine emotionelle Ladung enthalten, welche als soziale Instrumente zur Steuerung des Verhaltens anderer Menschen dienen. Ich formuliere diese These so, daß moralische Konventionen aufgrund von Präferenzen der einzelnen Mitglieder entstanden sind. Diese Präferenzen wurden in der Koordination und ihrer Ausführung zu einer Konvention verfestigt. Damit drücken die Konventionen die koordinierten und durch Gewohnheit verfestigten Präferenzen aller Teilnehmer der betreffenden Konvention aus. Daß Präferenzen eine emotionelle Ladung einschließen, ist fast analytisch. Die Beeinflussung und Steuerung von anderen geschieht um so leichter, je stärker die emotionelle Intensität der verwendeten Präferenzen ist. Die Stärke der Präferenzen nimmt nicht nur mit der Intensität der Präferenzen zu, sondern auch mit der Anzahl der Personen, die solche Präferenzen besitzen und sie auch innerhalb der Konvention praktizieren.²⁸

Eine andere nicht-naturalistische Theorie, der Utilitarismus, ist der Auffassung, daß "die Nützlichkeit oder das Prinzip des größten Glücks die Grundlage der Moral ist"²⁹, welche wünschenswert ist und den Endzweck des menschlichen Handelns und damit notwendigerweise auch

die Moral bildet³⁰. Da diese Endzwecke so variabel sind oder sein können, habe ich zuerst die Bedingung für diese Zwecke in /A/ formuliert und die utilitaristische Auffassung in /B/ ausgedrückt (daß alle Menschen gut leben wollen).

Auch die Rekonstruktion des Rechts als eine Institution möchte ich mit anderen Auffassungen des Rechts vergleichen, um zu zeigen, warum gerade diese ausgeführte Bestimmung des Rechts als Institution den Sachverhalten, die unter dem Begriff "Recht" verstanden werden, am adäquatesten ist.

Die naturrechtliche Rechtstheorie behauptet, daß Rechtsnormen nur solche Normen sind, die mit einem bestimmten moralisch absolut gültigen Gesetz übereinstimmen. Dieses Gesetz liegt in der Natur der Menschen, wo es nur als vorgegeben erkannt werden kann. Weil dieses Gesetz absolut gültig ist, soll es dann als Grundlage für jede (richtige, gerechte, gültige etc.) Rechtsordnung dienen. In meiner Terminologie lautet diese Behauptung folgendermaßen: Es gibt Tatsache menschlicher Natur /A/, die durch kein (positives) Recht außer Kraft gesetzt werden können, ohne daß jedes positive Recht als Produkt der menschlichen Interaktion aufhörte zu existieren. Diese Tatsachen sind nicht moralisch, d.h. sie betreffen nicht die Konventionen bezüglich der Verhaltensregeln, sondern sie sind naturwissenschaftlicher Art. Im Moralischen gibt es keine absolut gültigen Gesetze wie in der Naturwissenschaft, sondern Ideale, die eine den Naturwissenschaften analoge Gesetzmäßigkeit für das menschliche Verhalten fordern,

aber nicht behaupten. Die moralischen Gesetze gelten nicht, wie z.B. die Gesetze der Naturwissenschaften, sondern **s o l l e n** gelten. Wenn aber z.B. Vedross³¹ das Naturrecht als Teil der moralischen Normen bestimmt die zum Recht erhoben werden, dann ist dieses Naturrecht nicht absolut gültig, denn die Moral - die Konventionen bezüglich der Verhaltensregeln - ist nicht absolut gültig.

Die entgegengesetzte Richtung in der Rechtstheorie, der Rechtspositivismus betrachtet das Recht als Gegebenheit der sozialen Wirklichkeit. In der hier dargelegten Rekonstruktion wurden die sozialen Sachverhalte mit Hilfe eines spieltheoretischen Instrumentariums als Koordinationen, Konventionen und Institutionen bestimmt. Der Kern der rechtspositivistischen Auffassung liegt darin, daß die soziale Wirklichkeit und damit auch das Recht eng mit dem Zwang verbunden sind.

Austin³² charakterisiert die Rechtsnormen als Befehle eines politischen Souveräns, wobei Befehle dadurch ausgezeichnet sind, daß "im Falle der Nichtbefolgung (des Befehls) ... ein Übel oder (ein) Schmerz"³³ zugefügt wird. Diese Theorie, auch "Imperativtheorie" genannt, reduziert alle Sanktionen des Rechts zu Befehlen eines politischen Machthabers. Nun wurde schon gezeigt, daß nicht alle Teile der Institution "Recht" explizite Sanktionen enthalten (z.B. die Regeln, wie die Institution "Vertrag" rechtmäßig gebildet werden muß) und falls das Recht Sanktionen involviert, diese nicht nur vom politischen Machthaber als Befehle geäußert werden, sondern auch von anderen Autoritäten, z.B.

Gruppen, und nicht nur als Befehle in Erscheinung treten müssen.

Hart³⁴ versucht gerade diesen Mangel zu beseitigen, indem er als Recht auch die Regeln bestimmter Institutionen erlaubt, die keine (explizite) Sanktionen hervorgerufen. Für Hart ist "Recht" ein System von primären und sekundären Regeln. Durch die primären Regeln "werden menschliche Wesen dazu angehalten, gewisse Handlungen zu tun oder zu unterlassen, ob sie es wünschen oder nicht"³⁵. Die primären Regeln legen Pflichten auf, sie "betreffen Handlungen als physische Bewegungen oder Veränderungen"³⁶. Die sekundären Regeln "sind in einem Sinn parasitär ... , sie bestimmen, daß menschliche Wesen, indem sie gewisse Dinge tun oder sagen, neue Regeln des ersten Typs (primäre Regeln) einführen, alte aufheben oder modifizieren und auf verschiedene Arten deren Vorkommen bestimmen bzw. deren Wirkung kontrollieren"³⁷. Sie "übertragen öffentliche oder private Befugnisse"³⁸. Die sekundären Regeln "bieten die Voraussetzungen für die Tätigkeiten, die nicht nur zu physischen Bewegungen und Veränderungen führen, sondern ebenfalls Pflichten und Verpflichtungen schaffen oder variieren"³⁹. Für Hart ist die Existenz der primären Regeln die Bedingung dafür, daß eine Rechtsordnung vorliegt. Dies gilt nicht nur für die sekundären Regeln, die ohne die primären Regeln nicht existieren können. Neben der Existenz der primären Regeln, die sich im praktischen Vollzug realisieren, ohne daß sie als solche Regeln von den Teilnehmern gewußt werden müssen, muß das Recht die Autorität besitzen, welche die Verbindlichkeit der primären Regeln

garantiert. Diese Autorität entsteht durch das Sanktionieren und muß nicht durch eine Person dargestellt werden. Die sekundären Regeln müssen aber durch die Autorität (gewöhnlich der Machthaber oder der Gruppe von Staatsdienern) explizierbar sein; es genügt nicht, sie im Handeln zu befolgen, wie es bei den primären Regeln der Fall ist. Harts Verdienst liegt in seiner Abgrenzung zu Austin (Sanktionen des Rechts sind nicht nur Befehle), wobei er indirekt darauf hinweist⁴⁰, daß seine Reduktion des Rechts auf verschiedene Regeln die Schwierigkeiten auf den Begriff der Regel verschiebt, wogegen er nicht den Begriff der Regel systematisch untersucht. Nichtsdestoweniger beachtete Hart nicht, daß neben den Regeln auch Ideale eine wesentliche Rolle in Moral und Recht spielen, die aber einen ganz anderen ontologischen Status als die primären oder sekundären Regeln haben.

Aufgrund der Bestimmung von Moral und Recht mit Hilfe der sozialen Fakten, die sich als Verhaltensregeln und -regularitäten und in ihnen involvierten Sanktionen äußern, können die sozialen Sachverhalte einer bestimmten Gesellschaft erfaßt werden. Durch die Differenzierung der allgemeinsten Institution für eine bestimmte Gruppe, d.h. der Gesellschaft - die gewöhnlich auch einen bestimmten Geltungsbereich impliziert - in konkrete Konventionen und Institutionen liefern die sozialen Fakten Mittel für die Erklärung der sozialen Sachverhalte. Die besonderen Konventionen bezüglich des menschlichen Verhaltens bilden dann die Moral, die speziellen Institutionen bezüglich des menschlichen Verhaltens bilden das Recht einer bestimmten Gruppe.

Das Auffinden der sozialen Fakten in Form von Koordinationen, Konventionen und Institutionen wird durch das Feststellen einer Verhaltensregel oder -regularität und der in ihr involvierten Sanktionen ermöglicht. Zusätzlich geschieht das Auffinden der Institutionen als Feststellen der sanktionierenden Autorität und der durch sie möglicherweise eingeführten, expliziten Sanktionen. Diese Merkmale bilden neben den naturwissenschaftlichen Tatsachen einen weiteren Teil der Determinanten, die für die Handlungen der einzelnen Menschen bestimmend sind.

3. Bewertungen

3.1 Bewertungssituationen, -handlungen und -sätze

Die sozialen Fakten, die wir als strukturelle Gegebenheiten menschlicher Interaktion beschrieben haben, ermöglichen uns weitere Beschreibungen der verschiedenen Formen der Interaktionen, wie z.B. auch die der Bewertungen. Die Bewertungen sind selbst nur als eine Interaktion auf dem Hintergrund der natürlichen und sozialen Fakten verständlich. Diese Fakten bestimmen die Bewertungssituation.

Das Bewerten ist durch eine Bewertungssituation konstituiert. In einigen Bewertungssituationen werden Bewertungshandlungen ausgedrückt, indem man Bewertungssätze äußert. Anders gesagt, die Menge der Bewertungssätze ist eine Teilmenge der Bewertungshandlungen, welche wiederum die Teilmenge der Bewertungssituationen ist. Diese Unterscheidung wurde aus dem Grunde eingeführt, um Mißverständnissen vorzubeugen, daß Bewertungen nur durch Sätze oder praktische Handlungen zustande kommen können. Von diesem Standpunkt aus genügte es nicht, Bewertungssätze oder -handlungen zu beschreiben, wenn man Bewertungen erfassen will, sondern es müssen Bewertungssituationen beschrieben werden.

An dieser Stelle ist es nun wichtig, die Merkmale der Bewertungssituationen, -handlungen und -sätze zu bestimmen. Die charakteristischen Merkmale einer Bewertungssituation sind die Entscheidungsmöglichkeiten bezüglich der Bewertung der Situation. Diese können als Handlungs-

-Stellungnahmen, Ja oder Nein und als sprachliche Handlungen geäußert werden. Das Vorhandensein einer Konvention oder einer Institution bestimmt auch die Bewertungssituation und den Ausgang der Bewertungshandlungen in dieser Situation. Die Beschreibung der Bewertungssituation zeigt, daß es keinen Unterschied zwischen Bewertungssituationen und einer beliebigen Situationen gibt, falls den Menschen die Fähigkeit zugestanden wird, über beliebige Situationen nachzudenken und sie zu bewerten. Das bedeutet, daß schon unser Ansatz die Unmöglichkeit aufzeigt, eine Unterscheidung zwischen Bewertungssituation, -handlung und -satz und solchen, die keine Bewertung zum Ausdruck bringen, zu treffen. Damit werden Bewertungskomponenten in jeder Situation, jeder Handlung und jedem Satz vorkommen können.

Nun geht es darum diese Bewertungskomponenten herauszuschälen, was zugleich heißt, die Bewertungskriterien in Abhängigkeit von den Funktionen der Bewertungen darzustellen. Die Funktionen von Bewertungen sind: o) Aufstellung der Kriterien für Auswahl besserer Verhaltensweisen, Handlungen und Mittel zu gesetzten Zielen. Diese Funktion der Bewertung ist auf zweierlei Weise konventionell: o₁) Durch das Spiel und seine Regel (der Koordinationen, Konventionen und Institutionen), welche die Regeln für den Anfang, Gewinn und Abbruch des Spiels enthalten. o₂) Dieses Spiel kann auch mit Hilfe einer Kommunikation zustande kommen, die ebenfalls konventionell sein muß, falls sie der Verständigung dient. Die Konventionen der Kommunikation dienen dann der Verständigung über das Spiel, das gleichfalls die konventionellen Struktura-

ren wie die Kommunikation selbst hat. So kann die Kommunikation als stilisiertes Verständigungsspiel aufgefasst werden, entstanden aus dem Bedürfnis die Verständigung zu sichern und zu korrigieren. o_1) veräußert und vermittelt die Setzung von Normen durch die im Spiel oder in den schon bestehenden sozialen Fakten involvierten Sanktionen; o_2) drückt Empfehlungen aus, welche die Handlungen von anderen steuern und beeinflussen, oder regelt, wie die Setzung von Normen geschehen soll. Die Bewertung stabilisiert praktische und sprachliche Handlungen und ermöglicht damit die Bildung von Erwartungen.

Die zu bestehenden Konventionen oder Institutionen konformen Verhaltensweisen oder Handlungen werden belohnt oder mindestens nicht bestraft. Die konservative Funktion der Bewertung entspricht dem menschlichen Bedürfnis nach Sicherheit, Anerkennung und nach Verminderung von Angst. Diese Stabilisierung ist auch konstitutiv für die Möglichkeit des Lernens und für den Gebrauch der Konventionen oder Institutionen, die eine bestimmte Beharrlichkeit aufweisen müssen, um überhaupt anwendbar zu sein. Die Funktionen der Bewertungen zeigen schon, welche Merkmale für die Bewertungssituationen, -handlungen und -sätze in Betracht gezogen werden müssen, damit sie identifizierbar sind.

Die Bewertungssituationen sind durch das Vorhandensein der Konventionen oder Institutionen oder der persönlichen Präferenzen identifizierbar. Die Konventionen können als Gruppenpräferenzen und die Institutionen als durch die Autorität verbindlich vorgeschriebene Gruppenpräferenzen dargestellt werden. Das Vorhanden-

sein von Präferenzen kann explizit schriftlich fixiert werden, wie z.B. in Gesetzbüchern, in Büchern über Sitten und Verhaltensregeln oder in autobiographischen Büchern.

Die Bewertungshandlungen sind durch die Durchführung bestimmter Handlungen gemäß einer Konvention, einer Institution oder auch gemäß einer persönlichen Bevorzugung identifizierbar. Auch hier kann das Vorhandensein der Konvention oder Institution explizit oder auch, was meistens nur bei den Konventionen der Fall ist, implizit sein.

Die Bewertungssätze sind durch das Vorkommen der Bewertungsausdrücke wie z.B. "gut", "richtig", "falsch" etc. identifizierbar, die gemäß der bestehenden Konvention oder Institution oder gemäß der persönlichen Präferenz verwendet werden. Das Vorkommen einer Bewertung muß nicht immer explizit durch die Bewertungsausdrücke, sondern kann auch durch die begleitenden Handlungen oder Situation ausgedrückt werden.

In allen Fällen ist die Verständigung über Bewertungen gemäß der persönlichen Präferenzen nicht so gewährleistet wie bei den Konventionen oder Institutionen, die immer gruppenspezifisch sind. Die Analyse des Vorhandenseins der Konventionen und der Institutionen und die Durchführung der Handlungen gemäß der sozialen Fakten habe ich schon behandelt. Es bleibt die Analyse der Bewertungssätze übrig.

Jeder Bewertungssatz kann als eine Funktion von Menschen, die diesen Satz äußern und als eine Funktion der Gegenstände, über die gesprochen wird, aufgefaßt werden.

Bewertungssatz = Funktion (Menschen, Gegenstände)

$$W_{S1} = F(M_{S1}, G_{S2})$$

W ... Bewertungssatz.

F ... ist eine Funktion, die bei den einzelnen Menschen die persönlichen, bei einer Gruppe die gruppenspezifischen Präferenzen, zum Ausdruck bringt. Die bewertende Stellungnahme, die durch F ausgedrückt wird, fällt bei den Gruppenpräferenzen mit den Anwendungsregeln der Konvention oder Institution zusammen.

M ... sind ein oder mehrere Menschen.

G ... Gegenstände, die in dem Bewertungssatz W bewertet werden.

S ... Situationen, werden durch räumliche und zeitliche Koordinaten bestimmt, die sowohl die bewertenden Menschen als auch die bewerteten Gegenstände identifizieren.

Die Situationen, in der sich die bewertenden Menschen befinden (S1) und die Situationen (S2) der bewerteten Gegenstände müssen nicht identisch sein, wie z.B. bei der Bewertung von vergangenen oder zukünftigen Ereignissen oder bei der Bewertung von Gegenständen, die sich nicht in räumlicher Nähe zu den bewertenden Menschen befinden, während der Bewertungssatz W_{S1} und die bewertenden Menschen M_{S1} sich auf die gleiche Bewertungssituation (S1) beziehen müssen, weil Sätze nur in der Relation zu dem Sprecher dieser Sätze zu bestimmen sind.

So können in der Analyse der Bewertungssätze die Sätze nach der Art der Gegenstände, die bewertet werden, nach der Art der Menschen, die bewerten oder nach der Art der Situationen, in denen die Bewertungen stattfinden, klassifiziert werden. Das letzte ist schon mit Hilfe der

.

sozialen Fakten gezeigt worden. Aus der Gleichung $W_{S1} = F(M_{S1}, G_{S2})$ ist auch ersichtlich, daß die Begründung von Wertsätzen in Abhängigkeit von den bewertenden Menschen (M_{S1}) und den zu bewerteten Gegenständen (G_{S2}) zu leisten ist. Die funktionelle Abhängigkeit der Werte von beiden Variablen M_{S1} und G_{S2} ist darum so schwer festzulegen oder festzustellen, weil die Vagheit der Bestimmung der beiden Variablen zu der Unbestimmtheit der Funktion F hinzukommt.

Im folgenden wird die Klassifizierung von Bewertungssätzen nach der Art der bewerteten Gegenstände durchgeführt. Die bewerteten Gegenstände kann man folgendermaßen klassifizieren:

p) Die konkreten Gegenstände sind raum und/oder zeitliche Gegenstände, welche mit Hilfe eines singulären Terminus ausgedrückt werden. Ein konkreter Gegenstand ist z.B. "eine Schreibmaschine", "Königin von England" etc.

Anm. Gegenstand ist alles, worüber wir präzisieren können; wobei "ist ein Gegenstand" kein Prädikat ist. "Singulärer Terminus" ist derjenige Ausdruck im Elementarsatz, der an Stelle des Satzsubjektes vorkommt.

pp) Abstrakte Gegenstände sind:

pp₁) Die Sachverhalte, welche durch einen nominalisierten assertorischen Satz "daß q" ausgedrückt werden. Durch die Umformung in einen Nebensatz "daß q" wird der Modus des ursprünglichen Satzes (q., q?, q!) neutralisiert.

pp₂) Prädikate als Ausdrücke, die durch das Auslassen eines singulären Terminus aus einem Satz entstehen, wie z.B. die Ausdrücke "läuft", "kocht", "ist schön" etc.

pp₃) Attribute als nominalisierte Prädikate, die als abstrakte singuläre Termini fungieren, wie z.B. "Das Kochen".

pp₄) Abstrakte Gegenstände, die durch singuläre Termini, bei denen keine raum/zeitlichen Identifizierungen, wie bei konkreten Gegenständen p) möglich sind, ausgedrückt werden. Solche Gegenstände sind z.B. Typen von Zeichen, Töne, Spiele, Institutionen oder Konventionen, Zahlen.

Die verschiedenen Arten bewerteter Gegenstände werden wegen ihres verschiedenen ontologischen Status auf verschiedene Weise begründet.

3.2 Begründung der Bewertungen

Eine Begründung ist eine spezifische Art der Rechtfertigung, welche die Last der Rechtfertigung von dem, was begründet werden soll auf eine Regel (die auch als Norm fungieren kann) überträgt. Innerhalb dieses Begründungsschrittes wird angenommen, daß diese Regel richtig ist, d.h. sie wird akzeptiert. Durch die Begründung werden dann alle Verhaltensweisen oder Handlungen, die gemäß der akzeptierten Regel vollzogen werden, als regelkonform, d.h. als 'richtig' klassifiziert. Mit anderen Worten, die Verhaltensweisen oder Handlungen werden durch den Bezug auf ein System von Regeln (oder von Normen) begründet, indem die einzelnen Verhaltensweisen oder Handlungen unter dieses Regelschema subsumiert werden. Eine solche Begründung ist dann immer nur relativ zu den Regeln, auf die Bezug genommen wird. Man kann in diesem Sinne von relativen Rechtfertigungen sprechen. "Von dieser relativen Rechtfertigung unterscheidet sich die Ausweisung als eine absolute Rechtfertigung, absolut in dem Sinn, daß sie a) nicht relativ zu einer vorgegebenen Regel erfolgt und deswegen auch b) nicht gegenüber bestimmten Partnern, sondern gegenüber beliebigen Partnern"⁴¹. Die relative Rechtfertigung bezog sich dagegen in ihrer Durchführung auf die von bestimmten Partnern oder von einer bestimmten Gruppe akzeptierte Regel, die auch die Präferenzen dieser Menschen ausdrückt.

Im nächsten Abschnitt werden zuerst die Begründungen sowie die absoluten Rechtfertigungen der Bewertungen

der Gegenstände aufgrund der Klassifikation der bewerteten Gegenstände in $p\text{-}pp_4$ vorgenommen.

3.2.1 Begründung der Bewertungen von konkreten, räumlich und/oder zeitlich identifizierbaren Gegenständen

Da die Begründung eine relative Rechtfertigung ist - relativ zu einem bestimmten Ziel oder in einem bestimmten System, ist die Begründung der Bewertung von konkreten Gegenständen immer nur in Bezug auf ein bestimmtes Ziel oder in einem bestimmten System zu vollziehen. Für die Rechtfertigung des Satzes "Dieser Tisch ist gut", muß vorher geklärt werden, wozu er gut sein soll, zum Schreiben, zum Essen oder als Dekoration. Nachdem man sich geeinigt hat, zu welchem Ziel oder in welchem System die Bewertung eines konkreten Gegenstandes stattfindet, kann man zu der relativen Rechtfertigung der Bewertung übergehen.

Falls man eine Bewertung vollziehen will, sieht man sich nach Gründen, in unserem Fall nach bestimmten Regeln, um. Diese Regeln können individuelle Präferenzen oder Gruppenpräferenzen einer Konvention oder einer Institution sein. Die individuellen Präferenzen sind solche einzelner Menschen ohne Bezug zu anderen Menschen oder sozialen Fakten. Ein Beispiel dafür sind solche Geschmacksurteile, die nicht den bestehenden Konventionen (wie z.B. der Mode) oder der bestehenden Institutionen unterliegen. Die Gruppenpräferenzen sind diejenigen Präferenzen der Teilnehmer, die bei den bestehenden sozialen Fakten auftreten, wobei sie bei den Konventionen durch

Gewohnheit, bei den Institutionen noch zusätzlich durch die Autorität und/oder auch explizite Sanktionen, verfestigt werden.

Die Begründung der schon durchgeführten Bewertungen geschieht umgekehrt: Man hat die Bewertung eines Gegenstandes und sucht nach einer privaten oder gruppenspezifischen Regel, die von dem Partner oder der Gruppe anerkannt wird. Diese Regel soll zu dem schon vorher festgelegten Ziel (innerhalb des vorausgesetzten Systems) führen. Falls diese von einem oder mehreren Partnern anerkannte Regel gefunden wird, wird die relative Rechtfertigung gegenüber einem oder mehreren Partnern geleistet und damit die Begründung einer Bewertung von einem Gegenstand durchgeführt. Diese Begründung gilt auch insbesondere für die Begründung einer Bewertung eines konkreten Gegenstandes.

3.2.2 Begründung der Bewertungen von abstrakten Gegenständen

3.2.2.1 Begründung der Bewertungen von Sachverhalten

Die Bewertungen von Sachverhalten kommen in der Umgangssprache als Bewertungen von Zuständen, Ereignissen, Handlungen etc. vor. Ich werde die Bewertungen von Sachverhalten bei Handlungen exemplifizieren, weil Handlungen und ihre Bewertungen traditionell ein relevantes Sachgebiet der Ethik und der Sozialwissenschaften darstellen. Die Bewertungen von anderen Sachverhalten kann man analog konstruieren.

Ein Sachverhalt, der eine Handlung ist, ist durch den Satz "daß q", z.B. "daß Ulrich kocht" ausdrückbar.⁴² Um

die Bewertungen aller Handlungen auf einmal behandeln zu können, werde ich sie zuerst nach dem uns schon bekannten Schema klassifizieren und dann die Begründungen der Bewertungen von Handlungen durchführen. Wie ich schon in 3.2.1 ausgeführt habe, ist die Begründung einer Bewertung mit dem Zustandekommen einer Bewertung strukturell verwandt und dies ist der Grund, warum ich im folgenden die Begründung zugleich mit dem Zustandekommen einer Bewertung untersuchen werde.

3.2.2.1a Begründung der Bewertungen von individuellen Handlungen

Unter "individuellen Handlungen" verstehe ich Handlungen, die von einer Person ihren individuellen Wünschen und Bedürfnissen gemäß vollzogen werden, ohne die Koordinationen, Konventionen oder Institutionen in Betracht zu ziehen. Diese begriffliche Bestimmung individueller Handlungen zeigt schon, wie solche Handlungen begründet werden. Die individuellen Handlungen einer Person werden durch die Wünsche und Bedürfnisse dieser Person begründet. Diese relative Rechtfertigung findet durch die bloße Aufzählung der Wünsche und Bedürfnisse der betreffenden Person statt, was die Adressaten der Rechtfertigung immer akzeptieren sollen, weil diese Rechtfertigung nur relativ zu den Wünschen und Bedürfnissen der betreffenden Person stattfinden kann, die hier nicht weiter begründet werden.

Da ich Handlungen als menschliche Körperbewegungen und ihre Folgen, die als absichtlich beschrieben werden können¹³, bestimme, kommen die individuellen Hand-

lungen selten vor und besitzen, falls sie vorkommen, keine Relevanz. Denn dann enthalten sie per definitionem keine soziale Komponente. Solche Handlungen sind z.B. Handlungen, die ihre Absicht in der Befriedigung der Wünsche oder Bedürfnisse der handelnden Person haben und welche die anderen nicht als Mittel zur Befriedigung ihrer Wünsche oder Bedürfnisse einsetzen, wie z.B. das Streicheln seiner selbst.

3.2.2.1b Begründung der Bewertungen aufgrund der Koordinationen

In den Ausführungen über Koordinationen haben wir gesehen, daß die Teilnehmer des Koordinationsproblems das gemeinsame Interesse haben, das Ziel oder die Erhaltung bzw. die Verbesserung des Systems dieser Koordination zu erreichen. Dieses gemeinsame Interesse ein Ziel zu erreichen, ist eine Präferenz der Teilnehmer dieser Koordination; ich nannte sie "Gruppenpräferenz". Das Bestehen einer Gruppenpräferenz, welche sich durch die (praktischen oder sprachlichen) Bewertungshandlungen äußern kann, bildet eine Bewertungssituation für die Teilnehmer des Koordinationsproblems. Diese Bewertungshandlungen zeigen das vorgegebene und anerkannte Ziel der einzelnen Teilnehmer der Koordination an.

Die Begründungen der Handlungen, die im Rahmen einer Koordination vollzogen werden, finden unter Bezugnahme auf die von den Teilnehmern anerkannte koordinativen Regeln statt, die zu dem koordinativen Ziel führen. Diese Begründung ist eine relative Rechtfertigung zu dem vorgegebenen Ziel und zu den ausgearbeiteten und damit

lungen selten vor und besitzen, falls sie vorkommen, keine Relevanz. Denn dann enthalten sie per definitionem keine soziale Komponente. Solche Handlungen sind z.B. Handlungen, die ihre Absicht in der Befriedigung der Wünsche oder Bedürfnisse der handelnden Person haben und welche die anderen nicht als Mittel zur Befriedigung ihrer Wünsche oder Bedürfnisse einsetzen, wie z.B. das Streicheln seiner selbst.

3.2.2.1b Begründung der Bewertungen aufgrund der Koordinationen

In den Ausführungen über Koordinationen haben wir gesehen, daß die Teilnehmer des Koordinationsproblems das gemeinsame Interesse haben, das Ziel oder die Erhaltung bzw. die Verbesserung des Systems dieser Koordination zu erreichen. Dieses gemeinsame Interesse ein Ziel zu erreichen, ist eine Präferenz der Teilnehmer dieser Koordination; ich nannte sie "Gruppenpräferenz". Das Bestehen einer Gruppenpräferenz, welche sich durch die (praktischen oder sprachlichen) Bewertungshandlungen äußern kann, bildet eine Bewertungssituation für die Teilnehmer des Koordinationsproblems. Diese Bewertungshandlungen zeigen das vorgegebene und anerkannte Ziel der einzelnen Teilnehmer der Koordination an.

Die Begründungen der Handlungen, die im Rahmen einer Koordination vollzogen werden, finden unter Bezugnahme auf die von den Teilnehmern anerkannte koordinativen Regeln statt, die zu dem koordinativen Ziel führen. Diese Begründung ist eine relative Rechtfertigung zu dem vorgegebenen Ziel und zu den ausgearbeiteten und damit

kann man die individuellen Handlungen als extreme Fälle der sozial-koordinativen Handlungen ansehen, die sich durch die Indifferenz bezüglich der Ziele und Interessen der anderen Teilnehmer auszeichnen. Dies geschieht in der Vermutung oder Hoffnung, daß die Umgebung keine relevanten Auswirkungen auf die individuellen Handlungen ausübt.

3.2.2.1c Begründung der Bewertungen aufgrund der Konventionen

Da die Konvention eine Verhaltensregularität ist, die in unserer Rekonstruktion auf der Grundlage der Koordination entstanden ist, ist auch die Bewertung aufgrund der Konvention aus den Bewertungen aufgrund der Koordination zu rekonstruieren. Jede Konvention drückt die Präferenzen der Menschen aus, die diese Konvention anerkennen. Diese Situationsaspekte sind in den Bewertungssituationen bei Koordinationen denen der Konventionen analog. Darum sind für die Teilnehmer der Konvention oder für die Menschen, die diese Konvention anerkennen, die Handlungen gut (richtig), die gemäß den Anwendungsregeln dieser Konvention durchgeführt werden.

Der Unterschied zwischen Bewertungen aufgrund der Koordinationen gegenüber Konventionen liegt in der Gültigkeit und Stärke der Bewertungen. Die Bewertung aufgrund der Konvention ist nicht nur für die aktuellen Teilnehmer der Koordination, sondern für alle Teilnehmer der Konvention gültig. Dies folgt aus der Tatsache, daß die Konvention eine Regularität ist, d.h. die Gewöhnung an die Anwendungsregeln der Konvention vergrößert den Gültig-

keitsgrad der Bewertung über die bloße Aktualität des Zustandekommens der Koordination hinaus, soweit die Gewöhnung an die Konvention reicht. Der zweite Grund für die stärkere Gültigkeit der Bewertung aufgrund der Konvention gegenüber der Koordination liegt darin, daß die Anzahl der Menschen, die eine Konvention anerkennen, größer ist, als bei den Koordinationen. Denn je mehr Menschen eine Bewertungsregel anerkennen, um so gültiger ist sie. Man kann, wegen der größeren Anzahl der Menschen, für die eine Konvention gegenüber einer Koordination gilt, die Bewertung aufgrund dieser Konvention "allgemeingültiger" nennen.

Die Allgemeingültigkeit der Bewertung aufgrund einer Konvention ist größer als aufgrund einer Koordination, aus der diese Konvention rekonstruiert wurde. Die Grade der Allgemeingültigkeit der Bewertung ermöglichen die bewertenden Vergleiche zwischen verschiedenen Konventionen. Eine Konvention K_1 ist stärker (relativ zu dem Merkmal der Gültigkeit) als eine Konvention K_2 , falls K_1 und K_2 die gleichen Koordinationsziele beinhalten und falls die Gewöhnung an K_1 die gleiche ist wie an K_2 und K_1 allgemeingültiger (d.h. die Anzahl der Menschen, die K_1 anerkennen oder zu K_1 gehören, größer ist) als K_2 . Ein Vergleich zwischen zwei oder mehreren Konvention bezüglich der Stärke der Bewertung ist auch möglich, wenn die Anzahl der Teilnehmer von beiden Konventionen K_1 und K_2 konstant gehalten wird und die Gewöhnung an beide Konventionen beachtet wird. Im einen solchen Fall ist die Bewertung stärker, die aufgrund der Anwendungsregel einer

Konvention vollzogen wurde, bei der die Gewöhnung größer ist.

Die Stärke der Bewertung aufgrund einer Konvention wird als Funktion (f) zweier Variablen, Gewöhnung und Anzahl der Teilnehmer dargestellt.

$$S_K = f(G_K, T_K)$$

S_K ... Stärke einer Bewertung aufgrund der Konvention K.

G_K ... Gewöhnung an die Konvention K, aufgrund deren bewertet wurde.

T_K ... Anzahl der Teilnehmer der Konvention K.

Die Konstanten dieser Funktion f sind die gleichen Koordinationsziele bei den Konventionen, aufgrund deren bewertet wurde.

Die Möglichkeit, bewertende Handlungen zu vollziehen, charakterisiert eine Bewertungssituation. Die Möglichkeit bewertenden Handlungen gemäß einer bestehenden Konvention zu vollziehen, charakterisiert eine Bewertungssituation, welche durch das Bestehen der Konvention nur zu solchen Bewertungen berechtigt, die aus den Anwendungsregeln dieser Konvention abzuleiten sind. Diese Bewertung drückt mindestens die impliziten Sanktionen aus, welche die konventionelle Bewertungssituation enthält. Weil in konventionellen Bewertungssituationen mindestens implizite Sanktionen enthalten sind, sind aus ihrer Beschreibung bewertende Handlungen oder Sätze, wie z.B. "es ist gut, daß q" abzuleiten, falls das Koordinationsziel und die Anwendungsregeln der Konvention anerkannt werden. Bei den Konventionen ist es jedem möglichen Teilnehmer freigestellt auch wenn es ihm Nachteile bringt, ob er die Koordinations-

ziele und die Anwendungsregeln der Konvention, d.h. die Konvention selbst, anerkennt oder nicht. Die Beschreibungen der Konventionen implizieren keine (absoluten) unbedingten Sollsätze, sondern nur Komparativsätze (relative Sollsätze). Es ist besser, falls man die Konvention anerkennt, nach den konstitutiven Anwendungsregeln dieser Konvention zu handeln, und zwar deshalb, weil viele andere Menschen mit gleichem Koordinationsziel gewöhnt sind, nach dieser Konvention zu handeln und damit die Voraussetzungen dafür schaffen, daß alle zusammen das Koordinationsziel erreichen.

Dazu das Beispiel der Konvention des Grüßens: Ein Ziel dieser Konvention ist die gegenseitige Äußerung der Wahrnehmung (Registrieren) und des Respektierens der anderen Person. Die Situationen für die Anwendung der Konvention des Grüßens müssen spezifiziert werden; es muß festgelegt werden, bei wem, wann und wo begrüßt wird. Der Geltungsbereich der Konvention des Grüßens ist durch die Klasse der Menschen bestimmt, für die diese Konvention gilt. Der Anwendungsbereich, der durch die Anwendungsregeln dieser Konvention bestimmt ist, deckt sich nicht mit dem Geltungsbereich, sondern ist durch die Ausschließung bestimmter 'unpassender' Situationen kleiner als der Geltungsbereich dieser Konvention. Eine solche Situation ist z.B. die, in der der Student seinen Lehrer nicht während einer Vorlesung grüßt. An diesem Beispiel sieht man auch gleich, daß die Regeln für die Ausschließung bestimmter Situationen auch konventioneller Art sind, wodurch die meisten Konventionen nur im System anderer Konventionen erklärbar und bestimmbar sind. Ein Ziel der

Konvention des Grüßens ist die Vermittlung des Respektierens gegenüber dem Gegrüßten. Die Anwendungsregeln dieser Konvention sind praktische oder sprachliche Handlungen, wie z.B. den Hut abzunehmen, mit der Hand eine Bewegung zu machen, einen Satz auszusprechen, die Hand des Gegrüßten festzuhalten, den anderen küssen, etc. Die berechtigten Teilnehmer dieser Konvention sind vorwiegend Erwachsenen und Kinder ab einem bestimmten Alter, manchmal auch Tiere. Die Auslegungsregeln für diese Konvention sind ebenfalls konventionell. Man muß z.B. nicht mehr als einmal pro Tag dieselbe Person grüßen. Das Bewerten aufgrund der Konvention des Grüßens geschieht für die Teilnehmer dieser Konvention durch den Vergleich der Anwendungsregeln für diese Konvention mit den ausgeführten oder unterlassenen Handlungen der bewerteten Person. So werden diejenigen Menschen in ihren Verhaltensweisen unter folgenden Bedingungen negativ beurteilt, die 1) die Teilnehmer der Konvention sind und 2) sich in einer Situation befinden, die in der Konvention als eine Situation bestimmt ist, die zu dem Geltungsbereich gehört, und die 3) die mit den Auslegungsregeln interpretierten Anwendungsregeln der Konvention nicht befolgen. Der Betroffene kann die negative Bewertung analog den Sanktionen der Konvention abwehren.⁴⁴

3.2.2.1d Begründung der Bewertungen aufgrund der Institutionen

Da die Institutionen durch das Sanktionieren rekonstruierte Konventionen oder Vorentscheidungen sind, ist die Bewertung aufgrund der Institutionen analog der Bewertung

aufgrund der Konventionen oder der Koordinationen (weil Vorentscheidungen spezifische Koordinationen sind), nur mit dem Unterschied, daß die Institutionen mit Autorität und dadurch entstandener Verbindlichkeit versehen sind. Die Autorität und die möglichen durch sie eingeführten expliziten Sanktionen bewirken, daß die Gültigkeit der Bewertungen aufgrund der Institutionen im Verhältnis zu der entsprechenden Konvention oder Koordination größer ist (d.h. zu einer solchen, aus der die Institution mit dem beschriebenen Verfahren rekonstruiert werden kann). Der Geltungsbereich einer Institution, die durch das Sanktionieren von Konvention gebildet wurde, ist der gleiche wie der der entsprechenden Konvention. Bei Institutionen die durch durch das Sanktionieren der Vorentscheidungen entstanden sind, kann man die Vorentscheidungen als Koordinationen mit realen oder imaginären Partnern auffassen. Dann wird der Geltungsbereich dieser Institution größer als der Bereich der Koordination, d.h. der Vorentscheidung. Die Vorentscheidungen werden auch für die Nichtbeteiligten konzipiert und dadurch wird der Geltungsbereich dieser Institution über den Geltungsbereich der entsprechenden Koordination - Vorentscheidung hinaus erweitert. Die Gleichheit wie die Erweiterung der Geltungsbereiche einer Institution mit dem Geltungsbereich der entsprechenden Konvention oder Koordination bezieht sich auf die Anwendung und Auslegungsregeln sowie auf die Ziele der entsprechenden Konvention oder Koordination.

Die möglichen Sanktionen der Institutionen bilden die Grundlage für die Bewertungen aufgrund dieser Institutionen. Diese Sanktionen sind nicht nur implizit wie bei de

Konventionen oder Koordinationen, sondern explizit durch Autorität festgelegt, d.h. sie sind so fixiert, daß man auf sie verweisen oder sich auf sie berufen kann, ohne daß man zugleich die Institution anerkennen muß. Die durch die Autorität eingeführten expliziten Sanktionen haben die beabsichtigte Folge, daß die Gültigkeit und Stärke der Bewertungen durch die Institutionen allen Menschen, für die die Institution konzipiert wurde, aufgezwungen wird. Mit der Einführung der möglichen expliziten Sanktionen bei der Bildung der Institutionen entsteht eine andere Situation als bei den Konventionen oder Koordinationen. Die expliziten Sanktionen heben die Möglichkeit der freien Wahl bezüglich der Anerkennung oder Ablehnung der Institution nicht auf, aber die Folgen dieser 'freien' Entscheidung haben keine Auswirkungen auf das Erlassen von Sanktionen und/oder auf die Bewertungen aufgrund dieser Institution. Darum werden die Menschen, welche die Institution in Frage stellen oder stellen wollen oder sie nicht anerkennen bzw. gar nicht kennen, nicht von diesen Sanktionen und damit auch nicht von den Bewertungen verschont.

Die impliziten und expliziten Sanktionen äußern sich in den Bewertungssituationen, -handlungen oder -sätzen, mit denen die Handlung (Verhalten, Aussehen etc.) der Person bewertet wird, die nach den Auslegungsregeln der Institution zu dem Geltungsbereich der Institution gehört, ohne daß sie 'gefragt' wird, ob sie die Ziele oder Anwendungsregeln dieser Institution anerkennt. Institutionen sind die Verkörperungen der Legalität, indem sie für Gesetze oder andere Ordnungen ihre Befolgung und deren Bewertungen mit Sanktionen garantieren.

4. Bewertungen und Beschreibungen

Im letzten Kapitel wurden Bewertungen verschiedener Arten von Gegenständen beschrieben. Sie dienten als Beispiel dafür, daß Handlungen nicht bloß durch natürliche Fakten - die Gegenstand der Naturwissenschaften sind und die wir in ihrer Allgemeinheit für unsere Zwecke im Kapitel 1 als Voraussetzungen angenommen haben - oder durch das Spiel und seine Derivate, in dem die Teilnehmer individuelle Präferenzen, Intentionen, Erwartungen etc. haben, sondern daß sie durch das Bestehen sozialer Fakten in Form von Verhaltensregeln und -regularitäten bestimmt sind, die wir als Koordinationen, Konventionen und Institutionen dargestellt haben. Als eine besondere Handlung wurde das Bewerten ausgewählt, weil in ihm der Einfluß des Bestehens von sozialen Fakten direkt zu entdecken ist. Zusätzlich wird das Beschreiben als eine besondere sprachliche Handlung verwendet, die durch ihre Beziehung zum Bewerten definiert wird. Wie sich die beiden sprachlichen Handlungen aufeinander beziehen und welchen Zusammenhang zwischen ihnen und den sozialen Fakten besteht, wird im folgenden untersucht.

4.1 Arten der Beschreibung

Als "Beschreibung" definieren wir diejenige sprachliche Handlung, die eine Äußerung eines assertorischen Satzes ist, der mehr als die Existenz der Gegenstände behauptet, oder Derivate einer solchen Äußerung wie z.B. das Aufschreiben eines solchen assertorischen Satzes.

Die Beschreibung wird folgendermaßen klassifiziert:

r) Die präskriptive Beschreibung drückt die Präferenzen des Sprechers oder die Gruppenpräferenzen der genannten Personen hinsichtlich bestimmter Sachverhalte aus. Weil die präskriptiven Beschreibungen die Präferenzen zum Ausdruck bringen, kann aus jedem präskriptiven Satz ein bewertender Satz abgeleitet werden. Die Beschreibung der Präferenzen muß nicht ausdrücklich als solche gekennzeichnet werden, sondern kann mittelbar durch die Beschreibung der Gebilde, die Präferenzen enthalten, wie die Koordinationen, Konventionen oder Institutionen, ausgedrückt werden.

rr) Die deskriptive Beschreibung wird gewöhnlich als eine solche Beschreibung bestimmt, die sich auf meßbare raum-zeitliche Größen bezieht. Da diese Größen physikalische Eigenschaften ausdrücken, die durch den Vergleich mit einem festgesetzten Maß entstanden sind, sind sie zählbar. Dies ermöglicht die Mathematisierung der sog. physikalischen Bereiche.

Daß diese Bestimmung geläufig ist, folgt aus der Vorherrschaft der erkenntnistheoretischen Modelle, die sich von den Modellen der Mathematik und Physik herleiten lassen. Aber sie führt schon am Beispiel der Beschreibung von Farben zu Mißverständnissen ("Dieses Rot ist lieblich"). Deswegen erweitere ich die Bestimmung der deskriptiven Beschreibungen so, daß sie **n i c h t** durch die Präferenzen der Sprecher konstituiert ist.

rrr) Die askriptive Beschreibung ist eine Art der Beschreibung, die deskriptiv oder präskriptiv sein kann

und die aus einer Beobachterposition geleistet wird. Diese Beschreibungen können auch "extern" genannt werden, im Gegensatz zu internen Beschreibungen, die nur Beschreibungen des Sprechers (Schreibers) über sich selbst sind. Bei den internen Beschreibungen fällt das beschriebene Objekt mit der Person zusammen, welche die Beschreibungen leistet. Darum kann die interne Beschreibung als ein besonderer Fall der externen Beschreibung verstanden werden.

Weil die verschiedenen Arten der Beschreibungen Abstraktionen von beliebigen Äußerungen von Sätzen sind, stelle ich die Behauptung auf, daß bei jeder Beschreibung die deskriptiven, präskriptiven und askriptiven Komponenten festgestellt werden können. Trotz dieser Verbundenheit der Deskriptivität, Präskriptivität und Askriptivität waren es gerade diese Merkmale, welche die theoretischen Disziplinen von den ethischen zu trennen erlaubten, wobei die Wissenschaftlichkeit immer mit der externen Position des Beobachters verbunden war.

Der externe Standpunkt ist darum die Bedingung der Wissenschaftlichkeit, weil er die Überwindung des bloß subjektiven Beschreibens in Richtung auf eine intersubjektive Beschreibung ist. Die Betonung des externen gegenüber dem internen und des deskriptiven gegenüber dem präskriptiven Standpunkt ist das charakteristische Merkmal der wissenschaftlichen und zugleich theoretischen Disziplinen, wie z.B. der Mathematik und der Naturwissenschaften. Diese Betonung schließt aber keinesfalls die präskriptive Komponente aus. Die präskriptiven Komponen-

ten jedes Satzes lassen sich nicht aus den Eigenschaften der erfaßten Gegenstände unmittelbar herleiten - das Sollen ist nicht aus dem Sein ableitbar, denn sie drücken die Präferenzen des Sprechers aus. Diese Präferenzen sind auch von den beschriebenen Gegenständen abhängig, aber nur durch den Sprecher. Seine Präferenzen konstituieren im Zusammenspiel mit den Präferenzen von anderen die Koordinationen, Konventionen, Institutionen und Normen. So sind die Normen nicht willkürlich, sondern geäußerte (Anwendungs-)Regeln der Koordinationen, Konventionen und Institutionen. Diese Behauptung gilt nicht nur für wissenschaftliches und theoretisches Sprechen (Schreiben oder Denken), sondern auch für das praktische und alltägliche Sprechen.

Da in jeder Art der Beschreibung eine deskriptive, präskriptive und askriptive (externe oder interne) Komponente vorhanden ist, können aus jedem Satz rein deskriptive und präskriptive Sätze durch die Absehung von 'nicht-relevanten' Merkmalen abgeleitet werden, d.h. daß in jedem Satz neben deskriptiven auch normative Elemente enthalten sind. Diese abstrakten Gegenstände, die deskriptiven und präskriptiven Komponenten können jedoch nicht voneinander abgeleitet werden, weil sie gerade durch die komplementäre Abstraktion definiert wurden, welche die beiden Elemente als unvereinbar bestimmt. Wäre eine Ableitung des Sollens vom Sein möglich, so wäre die Abstraktion, die zu diesen Gegenständen geführt hätte, falsch durchgeführt worden, indem die deskriptiven Eigenschaften nicht als komplementär zu den präskriptiven Eigenschaften angesehen worden wären. Auf dieser terminologischen Grundlage ist Humes Postulat formuliert worden, daß das

Sollen vom Sein nicht ableitbar ist. "Sollen" charakterisiert die rein präskriptiven, "Sein" die rein deskriptiven Eigenschaften der Sätze. Dies besagt aber nicht, daß nicht aus jedem Satz deskriptive und/oder präskriptive Sätze ableitbar sind. Präskriptive Sätze sind aber nicht von den deskriptiven Sätzen ableitbar, falls beide von demselben Satz abstrahiert sind. Dies schließt nicht aus, daß durch deskriptive Beschreibung der sozialen Fakten, d.h. einer solchen Beschreibung, die explizit keine präskriptiv-wertenden Ausdrücke enthält, präskriptive Sätze abgeleitet werden können. Denn eine präskriptive Beschreibung ist auch als eine deskriptive Beschreibung der Präferenzen oder der Gebilde, welche die Präferenzen involvieren, wie z.B. der sozialen Fakten, zu verstehen. Ein exemplarisches Beispiel für die Mißverständnisse hinsichtlich der Ableitung des Sollens aus dem Sein liefert Searle.

4.2 Die Ableitung des Sollens aus dem Sein

Das Problem wurde von Hume in Treatise formuliert. J.R. Searle⁴⁵ versuchte eine Ableitung des Sollens aus dem Sein durchzuführen. Meine Ausführungen möchte ich als eine Kritik an Searle verstehen.

Searle geht davon aus, daß sein erster Satz der Ableitung ("1. Jones hat geäußert, 'Hiermit verspreche ich, dir, Smith, fünf Dollar zu zahlen'."⁴⁶) ein rein beschreibender - deskriptiver Satz ist. Das ist nur dann richtig, sofern die deskriptiven Sätze als solche Sätze angesehen werden, in denen explizit keine normativen - präskriptiven Ausdrücke vorkommen. Das ist in 1. der Fall. In 1. wurde die Institution des Versprechens indirekt beschrieben. Searle berichtet: "Jones erzählte Smith, daß er seine Handlungen explizit gemäß einer Institution vollzieht". Dabei ist vorausgesetzt, daß Jones die Institution (des Versprechens) kennt und fähig ist, gemäß dieser Institution zu handeln. Daraus folgt, daß Jones seine Handlungen bewußt unter die konstitutiven Regeln dieser Institution stellt. Wie in 3.2.2.1d gezeigt wurde, sind die Anwendungsregeln jeder Institution die Maßstäbe für die Bewertung, die aufgrund der Institution gebildet werden. Da jede Bewertung Sollsätze impliziert, ist einzusehen, wie aus der Beschreibung der Institution die Ableitung der Sollsätze aus den Istsätzen durchgeführt werden kann.

Eine Institution kann extern oder intern beschrieben werden. Die externe Beschreibung ist eine Beschreibung aus der Sicht eines Beobachters, der die Institution und damit ihre Anwendungsregeln sowie auch die Bewertungen,

die aus diesen Regeln abgeleitet werden, als für ihn nicht geltend ansieht. Die interne Beschreibung einer Institution ist die Beschreibung einer Person, welche die Anwendungsregeln dieser Institution auch als für sich geltend ansieht. Weil die Institutionen Sanktionen involvieren, kann daraus gefolgert werden, daß interne (bzw. externe) Beschreibung einer Institution eine verpflichtende Bewertung (bzw. für solche Menschen, für die die Institution aus der Sicht des Beobachters gilt) impliziert. Dies ist dadurch zu erklären, daß die interne (bzw. externe) Beschreibung einer Institution die Geltung dieser Institution für den Beobachter und (bzw. oder) für solche Menschen bedeutet, für die die Institution aus der Sicht des Beobachters gilt, und dadurch zur Bewertung führt. Dies ist ein Grund dafür, daß aus den internen und externen Beschreibungen einer Institution unbedingte Sollsätze abgeleitet werden können. .

Wenn dagegen eine Konvention beschrieben wird, folgen aus dieser Beschreibung bloß bedingt bewertende, d.h. bedingte Sollsätze. Bedingung ist, daß die betreffenden Personen, die solche bewertenden Sätze äußern oder an die sich solche Sätze richten, die beschriebene Konvention anerkennen. In einem solchen Fall fungieren die Sanktionen der Konvention, die anerkannt wird, analog den Sanktionen der Institution; sie drücken die Präferenzen aus und bilden die Grundlage für die Bewertung und für die Bildung der Sollsätze.

Ich setze voraus, daß Searle wie Jones ihre Äußerung aufrichtig meinen, und daß sie wissen, was es bedeutet, ein Versprechen zu geben. Unter dieser Voraussetzung

kann ich schließen, weil 1. eine externe - aus der Sicht von Searle, die für Jones gilt - Beschreibung der Institution (bzw. Konvention) des Versprechens ist, daß in 1. implizit eine präskriptive unbedingt (bzw. bedingt) verpflichtende Aussage steckt, d.h. ein Sollen. Die ganze Ableitung von Searle verwandelt diese implizite präskriptive Behauptung in eine explizite.

Daraus folgt: Nicht nur zwischen den beschreibenden (deskriptiven) und bewertenden (präskriptiven) Sätzen muß eine Unterscheidung getroffen werden, sondern auch noch in der Menge der beschreibenden Sätze zwischen den Sätzen, die eine Institution oder eine Konvention und denen, die keine Institution oder Konvention beschreiben. Diese Unterscheidung ist keine formale Unterscheidung, denn welche Sätze eine Institution oder Konvention beschreiben und welche nicht, hängt mit davon ab, daß man weiß, welche Institutionen oder Konventionen es gibt.

4.3 Präskriptive und deskriptive Beschreibung

Präskriptive Beschreibung wurde als ein Teil der allgemeinen Beschreibung charakterisiert, welche die Präferenzen der Sprecher (bzw. der beschriebenen Personen) - interne (bzw. externe) Beschreibung - ausdrückt. Die Aufteilung der Beschreibungen in deskriptive und präskriptive kann auch dadurch erklärt werden, daß die deskriptive Beschreibung als eine solche bestimmt wird, die ein höheres Maß an der Übereinstimmung der betreffenden Menschen erlaubt, als bei der präskriptiven der Fall ist. In diesem Sinne scheint die deskriptive Beschreibung 'wissenschaftlicher' zu sein, weil ein Konsens als die Bedingung ihrer Existenz angesehen wird. Die Begründung dieses Sachverhalts liegt in der Tatsache, daß die Konventionen, die der deskriptiven Beschreibung zugrunde liegen, allgemeingültiger und präziser sind als bei den präskriptiven Beschreibungen.

Die Klassifikation der allgemeinen Beschreibung in zwei konträren Klassen (deskriptiv und präskriptiv) wurde durchgeführt, weil gezeigt werden soll, daß 1) jede Beschreibung eine mögliche Bewertung (präskriptive Beschreibung) impliziert, welche 2) entweder von einem internen oder einem externen Standpunkt vollzogen werden muß.

Die gewöhnliche und verbreitete Meinung, daß deskriptive Komponenten mit Indikativsätzen und präskriptive Komponenten durch Imperative ausgedrückt werden, ist falsch, wie ich zu zeigen versuchen werde. So kann z.B. durch den Indikativsatz "Ulrich kocht scharf" die wer-

tende Einstellung des Sprechers ausgedrückt werden. Dagegen wird in dem Imperativsatz "Töte nicht deine Kinder!" nicht nur die präskriptive Einstellung des Sprechers ausgedrückt, sondern auch die geltende Institution des Rechts beschrieben. Das zeigt, daß die angenommene Korrelation zwischen Indikativen und deskriptiven Komponenten einerseits und zwischen Imperativen und präskriptiven Komponenten andererseits nicht gilt.

Die präskriptiven Komponenten der wissenschaftlichen, deskriptiven Beschreibungen sind für die Mehrzahl der Mitglieder der Gruppe, in der diese Beschreibungen verwendet werden, nicht strittig. Dieser Sachverhalt kann dadurch gesichert werden, daß das Akzeptieren von grundlegenden präskriptiven Sachverhalten als Bedingung für die Aufnahme in diese Gruppe gestellt wird, oder dieser Sachverhalt kann aufgrund der Koordination, Konvention oder Institution herausgebildet werden. Das wissenschaftliche, deskriptive Denken basiert auf den präskriptiven Komponenten seines eigenen Denkens, die immer vorausgesetzt sind und dadurch nicht in Frage gestellt werden. Dieses wie jedes andere Denken kann nicht gleichzeitig seine eigenen Voraussetzungen und seine eigene Tätigkeit thematisieren. Jede deskriptive Beschreibung impliziert eine oder mehrere präskriptive Beschreibungen, die als nicht strittig angesehen oder angenommen werden. Die anderen Klassifikationen einer Theorie, die nicht den Kern dieser Theorie darstellen, der mit Hilfe von assertorischen Sätzen ausgedrückt wird, sind in ihren präskriptiven Komponenten nicht durch Übereinstimmung oder Konsens gesichert. Trotzdem kann die präskriptive Komponente jeder Beschreibung in Frage ge-

stellt werden, weil die unbestrittenen Sachverhalte jeder Beschreibung nur für bestimmte Menschen in einem bestimmten Bereich und zu einer bestimmten Zeit als die grundlegenden Komponenten der Beschreibung definiert wurden.

Die grundlegenden, sog. 'relevanten' Klassifikationen jeder Theorie erlauben die Bildung rein präskriptiver Sätze, d.h. der Bewertungen. Die Frage, welche Klassifikationen 'relevant' sind, ist durch keine Konvention oder Institution so entschieden, daß keiner mehr die prinzipielle Möglichkeit hat die 'Relevanz' von Klassifikationen oder Voraussetzungen in Frage zu stellen. Diese Möglichkeit ist dadurch eingeschränkt, daß jede grundlegende Klassifikation oder Voraussetzung ihren Platz im System der anderen Klassifikationen oder Voraussetzungen hat. Der Zweifel an grundlegenden Klassifikationen oder Voraussetzungen bewirkt, wegen der Zugehörigkeit zu anderen eng verbundenen Klassifikationen im System, daß auch diese in Zweifel gezogen werden müssen. Da dies gewöhnlich größere Komplikationen nach sich zieht, als das Akzeptieren der bestehenden Klassifikationen und Voraussetzungen, sind die Zweifel an diesen nur in begrenztem Maße möglich und sinnvoll.

Zusammengefaßt: Jede Äußerung eines assertorischen Satzes, der mehr als Existenz der Gegenstände behauptet, ist eine Klassifikation und eine allgemeine Beschreibung. Aus der grundlegenden Klassifikation folgt eine präskriptive Beschreibung. Diese präskriptive Beschreibung ist gültig für eine bestimmte Anzahl von Teilnehmern in einem Bereich und zu einer bestimmten Zeit, falls sie die

'relevanten' Sachverhalte des beschriebenen Komplexes 'richtig' darstellt. Ob ein Sachverhalt 'relevant' oder 'richtig' dargestellt ist oder nicht, ist von der Fähigkeit der Teilnehmer abhängig, sich in diesen Fragen zu einigen. Dies geschieht durch die schon beschriebenen Arten der Interaktion (Koordinationen, Konventionen, Institutionen). Wo die Einigung bezüglich der grundlegenden Sachverhalte gelungen ist, sind die präskriptiven Beschreibungen und dadurch die Normen eines bestimmten Gebiets aufgestellt. Jedes weitere Beschreiben wird dann als deskriptives Beschreiben charakterisiert. Die Einigung über die präskriptiven Sachverhalte eines Bereichs ist zugleich eine Einigung darüber, welche Sachverhalte als 'relevant' in diesem Bereich gelten sollen, und umgekehrt. Die Bereiche, in denen keine Einigung erzielt werden könnte sind nicht mehr wissenschaftlich erfaßbar und gehören in den Bereich des Glaubens. Bei vielen Tätigkeiten aber ist nicht genau entscheidbar, ob sie zur Wissenschaft oder zum Bereich des Glaubens gehören.

Der Hintergrund für präskriptive Beschreibungen sind die Präferenzen, die in Gruppenpräferenzen (der Teilnehmer von Konventionen und Institutionen) und in individuelle Präferenzen aufgeteilt wurden. Aus dem Ausgeführten geht hervor, daß die Gruppenpräferenzen, die auch die grundlegenden Einstellungen der wissenschaftlich arbeitenden Menschen sind, selbst wissenschaftlich erfaßbar sind und daß die individuellen Präferenzen aus dem gleichen Grund nicht im gleichen Maße wissenschaftlich behandelt werden können. Dies gilt aber nur in Zusammenhängen, in denen sie als Variablen und nicht als

Werte fungieren. Falls die individuellen Präferenzen, wie in dieser Arbeit, als Variable aufgefaßt werden, sind sie nicht weiter ergründbar, weil sie als grundlegende Entität vorausgesetzt wurden, die nicht mehr in dieser Arbeit analysierbar sind. Die individuellen Präferenzen können dann wissenschaftlich untersucht werden, wenn sie als Werte einer Funktion von anderen Variablen aufgefaßt werden. So können die individuellen Präferenzen in einer soziologischen Theorie als Werte einer Funktion, die als Variable die Schulbildung, Zugehörigkeit zu einer Schicht etc. hat, angesehen werden.

Wo die Konventionen bezüglich der Gruppenpräferenzen, welche die Grundlage für die präskriptiven Beschreibungen sind, in einem bestimmten Bereich nach einer gewissen Zeit nicht mehr strittig sind, löst sich die dadurch konstituierte Disziplin von der Philosophie oder dem Glauben ab und etabliert sich als eine eigenständige wissenschaftliche Disziplin. Darum scheint die fortschreitende Entwicklung der Wissenschaft so zu wirken, daß die Philosophie ihr früheres Betätigungsfeld verliert und sich bezüglich der abgelösten Wissenschaften als ihre Methodologie und Wissenschaftstheorie konstituieren muß. Da die Konventionen und Institutionen bezüglich der grundlegenden Gruppenpräferenzen und damit auch der präskriptiven Beschreibungen nie zeitlos und unbestritten bleiben, können sie auch als Betätigungsfeld der Philosophie aufgefaßt werden.

4.4 Relativität der Beschreibungen

Um die Relativität der Bewertungen zu untersuchen, muß die Relativität der allgemeinen Beschreibungen und damit auch der präskriptiven Beschreibungen, aus denen dann die Bewertungen abgeleitet werden, untersucht werden. "Beschreiben" ist eine Abstraktion vom Sprechen oder Schreiben, das räumlich und zeitlich relativierbar sein muß.

Das Sprechen ist schon als eine spezielle Klasse von praktischen Handlungen bestimmt worden. Die praktischen Handlungen wurden mit Hilfe der Interaktionen dargestellt und die Strukturen dieser Interaktionen wurden als Koordinationen, Konventionen und Institutionen bestimmt. Nun sind die Interaktionen bezüglich der raum-zeitlichen Parameter relativierbar, d.h. bezüglich des Bereichs, in dem die Interaktionen stattfinden. Dieser Bereich kann mit Hilfe der Koordinationen, Konventionen und Institutionen charakterisiert werden, die für diesen Bereich gelten. Der zweite raum-zeitliche Parameter, der relativiert werden kann, ist die raum-zeitliche Konstellation der bestimmten Situation, in der die konkrete praktische Handlung vollzogen wurde. Der dritte raum-zeitliche Parameter, der relativiert werden kann, ist der raum-zeitliche Standort der agierenden Menschen.

Gewöhnlich wird die räumliche und zeitliche Bestimmung des Bereichs durch die Regeln der Koordinationen, Konventionen oder Institutionen als beharrlich vorausgesetzt und das gleiche gilt für die agierenden Menschen. Die Beharrlichkeit gilt aber nicht für den Parameter "Situa-

tion", weil hier weitere Relativierungen möglich sind, die hauptsächlich aus der Schwierigkeit der eindeutigen Identifizierung und dann der angemessenen Klassifikation der Situation entspringen. Die weiteren Möglichkeiten der Relativierungen von praktischen Handlungen sind die Interpretationen aller zeitlichen und räumlichen Parameter durch die eine Handlung beschrieben wird. Diese Relativierungen sind durch die Unschärfe der sprachlichen Konventionen bedingt, die zur Erfassung und Vermittlung der Handlungen notwendig sind. Dadurch erweitern sich die Relativierungen beider Arten, so daß sie in manchen Fällen zusammenfallen oder sich teilweise aufheben.

Die Unschärfe der sprachlichen Konventionen äußert sich in zwei Beziehungen: a) zu dem Begriffsrahmen der verwendeten Sprache, die wie alle Konventionen durch die Gewöhnung an die Koordinationen entstanden ist, und b) zu der Übersetzung in eine andere Konvention eines anderen Begriffsrahmens. Falls wir an dieser Stelle die sprachanalytische Reduktion vornehmen, können wir beide Arten der Relativierung der sprachlichen Handlungen folgendermaßen behandeln: Die Relativierungen der Klassifikationen, welche die Prädikate ausdrücken. Diese Art der Relativierung wurde in zwei Richtungen vorgenommen, zeitlich und räumlich in Bezug auf drei Parameter, den Bereich, die Situation und die Agierenden. Die Relativierungen der singulären Termini, die durch die Unschärfe in ihrer Verwendung gekennzeichnet ist. Beide Arten von Relativierungen, bezüglich der Klassifikationen und der Identifikationen der behandelten Gegenstände sind mit Hilfe der sprachlichen Kommunikation zu erklären.

•

Daß beide Arten der Relativierung nicht zusammenfallen, sondern sich teilweise aufheben, hängt mit der Tatsache zusammen, daß alle Sprecher lernen, das Klassifizieren wie das Identifizieren von Gegenständen zusammen zu vollziehen. Nur diese zusammenhängende Handlung, die Äußerung eines Satzes und seiner Derivate enthält einen Sinn, der vermittelt werden kann. Der Satz ist die primäre Sinneinheit jeder sprachlichen Interaktion.

Der Sinn von Handlungen konstituiert nicht nur einzelne Handlungen von Menschen, sondern auch die Regeln für diese Handlungen sowie auch die Regeln für eine Gruppe von Menschen. In diesem Sinne sind die Relativierungen der Klassifikationen und Identifikationen der sprachlichen Handlungen bezüglich der drei Parameter als eine allgemeine Relativierung des Sinnes von Handlungen aufzufassen. Weil diese Relativierung auf vielfältige Weise möglich ist, folgt daraus, daß die beschriebenen Handlungen auch anders vollzogen werden könnten; es gibt eine Alternative zu diesen Handlungen, was mit anderen Worten heißt, diese Handlungen sind in unserem Sinne frei, weil wir sie auch verstehen würden, wenn sie anders wären.⁴⁷

Würden die behandelten Relativierungen alle zusammengezählt, könnte man zu der Meinung kommen, daß alle Sätze in ihren Deutungen so unbestimmt sind, daß durch sie kein Sinn oder keine Erkenntnis vermittelt werden kann. Aus unserer Erfahrung folgt aber für unseren Bereich, daß sich die raum-zeitlichen Relativierungen von allen drei Parametern (Bereich, Situation und Menschen) nicht einfach summieren.

Die sprachlichen Ausdrücke, die kleiner sind als die

kleinste Sinneinheit einer sprachlichen Kommunikation, der Satz haben wir in zwei Klassen, singuläre Termini und Prädikate, aufgeteilt. Jetzt geht es darum zu erklären, warum sich die Relativierungen eines singulären Terminus nicht zu den Relativierungen eines Prädikats so addieren, daß die Relativierungen des Sachverhalts, der durch die Bildung eines Satzes mit dem singulären Terminus und einem Prädikat zustandekommt, nicht die arithmetische Addition der Relativierung der gebrauchten singulären Termini und Prädikate ist. Wie die Aufhebung der einzelnen Relativierungen vor sich geht, kann man am besten an einem Beispiel zeigen.

Der Satz "Dieses Haus ist grün" wird aus dem singulären Terminus "dieses Haus" und dem Prädikat "ist grün" gebildet. Die Relativierung des singulären Terminus summiert sich nicht zu der Relativierung des Prädikats, sondern beide heben sich teilweise auf. Relativierungen äußern sich konkret als Unschärfe der Interpretationen. Die Interpretation des singulären Terminus "dieses Haus" ist durch die Zusprenkung des Prädikats "ist grün" nur auf grüne Gegenstände beschränkt, d.h. die Unschärfe der Interpretation des singulären Terminus wird durch die zugesprochene Klassifizierung des Prädikats verkleinert. Analoges gilt für die Relativierung des Prädikats. Das Prädikat "ist grün" wird durch die Zusprenkung zu singulärem Terminus "dieses Haus" exemplifiziert, was zur Folge hat, daß die Unschärfe der Interpretation dieses Prädikats verkleinert wird. Anders gesagt, die Konventionen für die Bedeutung des singulären Terminus und des Prädikats werden mit der Bildung eines Satzes verdeutlicht,

wodurch eine Präzisierung der einzelnen Konventionen für die Verwendung des singulären Terminus und des Prädikats bewirkt wird. Diese Präzisierung der Konventionen gilt nicht nur für einzelne Beispiele, sondern generell für alle singuläre Termini und Prädikate.

Der Grad des Ausgleichs der Unschärfe bei der Interpretation der singulären Termini oder der Prädikate ist davon abhängig, welcher andere Weg der Verifizierung bezüglich des gebildeten Satzes, z.B. im Rekurs auf die Wahrnehmung oder auf andere Konventionen möglich ist. Der Rekurs auf andere Konventionen kann als der sekundäre Prozeß der Verifizierung angesehen werden. Die Konventionen haben selbst verschiedene Unschärfegrade, welche umso kleiner sind, je differenzierter die Konventionen sind, d.h. je komplizierter das System der Sprache ist, dem sie angehören.

Bis jetzt wurden die Relativierungen aller sprachlichen Ausdrücke auf raum-zeitliche Parameter und ihre Identifikation zurückgeführt, was zu den Interpretationen und ihrer Unschärfe geführt hat. Die allgemeine Relativierung und dadurch auch die Relativierung der Bewertungen bezog sich auf die Interpretation der drei Parameter "Situation" "Gegenstand" und "Mensch" ("Sprecher"). Diese Parameter sind als solche nur sprachlich erfaßbar und vermittelbar und so hängt die Relativierung der drei Parameter mit der Relativierung der sprachlichen Ausdrücke zusammen. Darum sind die Relativierungen der Parameter auf die Interpretation der sprachlichen Ausdrücke angewiesen, die diese Parameter kennzeichnen.

5. Interpretation und Ideologie

Die epistemologische Notwendigkeit der Relativität von Beschreibungen, ihrer Derivate, wie z.B. der Interpretationen, und ihrer Folgen gilt nur unter bestimmten Randbedingungen, wie z.B. in einer Theorie, zur gleichen Zeit, in gleicher Hinsicht. Eine besondere Aufmerksamkeit gilt derjenigen Relativierung der allgemeinen Beschreibung, die sich als eine Verschiedenheit der Interpretation äußert, in der die zwei Parameter "Situation" und "Gegenstand" konstant bleiben und der Parameter "Mensch" variiert. In dieser Art der Relativierung kommt es zur Verschiedenheit der Interpretation nur durch die Verschiedenheit der Menschen, die dieselben Gegenstände in der gleichen Situation durch eine Beschreibung interpretiert haben. Diese Beschreibungen implizieren, gemäß den vorausgehenden Ausführungen, auch die Bewertungen und sind durch das Bestehen der sozialen Fakten bestimmt. Ich nenne diese Interpretationen des Einzelnen oder der Gruppe "Ideologie". Aus dem Ausgeführten im Kapitel 4 folgt, daß die Relativität der Beschreibungen und damit auch der Interpretationen sich gemäß der Bestimmung von Ideologie auf die Ideologien überträgt.

Wie ich zu dieser Bestimmung von Ideologie gekommen bin, ist aus Quines Bestimmung der Ontologie und Semantik ersichtlich. Bei Quine wird die Ontologie als Theorie der Referenz bestimmt, welche neben der Theorie der Bedeutung den notwendigen Teil jeder Semantik ausmacht. Die Theorie der Bedeutung nennt Quine in "Ontology and Ideology"⁴⁸ "Ideologie". Damit bestimmt Quine die Syno-

nymität, Analytizität, Intension der Begriffe etc. in einer Theorie als Ideologie. "The ideology of a theory is a question of what the symbols mean; the ontology of a theory is a question of what the assertions say or imply that there is."⁴⁹

Ich finde diese Terminologie gegenüber der gebräuchlichen, die entweder marxistisch ist oder sich an die marxistische anlehnt, besser, weil sie mir angemessener und präziser bestimmbar erscheint. Marx charakterisiert in der "Deutschen Ideologie" Moral, Religion und Metaphysik als eine Ideologie, der ein falsches Bewußtsein entspricht. Diese Bestimmung der Ideologie wird in den modernen Auseinandersetzungen ebenfalls verwendet. Dies geschieht z.B. bei Maihofer⁵⁰ oder anderen, welche den Begriff der Ideologie nicht traditionell, sondern ganz unverständlich bestimmen, wie z.B. Noll, der unter dem Ideologiebegriff "vorgestellte Sinnzusammenhänge (versteht), die mit einem bestimmten Handeln dergestalt verbunden sind, daß sie zu einer Rechtfertigung oder Begründung dienen"⁵¹. Diese referierte Position hat den großen Nachteil, daß ihre Bedeutung von "Ideologie" nicht eindeutig faßbar ist, was solche Autoren zu ihrem Vorteil ausnutzen, indem sie, obwohl sie den Begriff "Ideologie" nicht klar bestimmen können, ihn zur negativen Charakterisierung bestimmter Sachverhalte verwenden.

Marxisten, ihre Epigonen sowie ihre nichtsprachanalytischen Kritiker bestimmen "Ideologie" als falsches Bewußtsein von sozialen und ökonomischen Realitäten, das dann einer bestimmten Klasse oder Gruppe in einer bestimmten historischen Situation zugeordnet wird. Diese Bestim-

mung von "Ideologie" ist eine eher metaphorische Wendung, die keine Kriterien zur Feststellung weder eines allgemeinen noch eines spezifischen Bewußtseins bereitstellt. Wenn man das gesellschaftliche Bewußtsein als abstrakte Entität einführen will, die sich im Denken, Sprechen und Handeln einer Gruppe äußert, finde ich es einfacher, die Merkmale für die angestrebten Klassifikationen bei Handlungen als im Bewußtsein zu suchen.

Quines Definition ist aus meiner Sicht darum so plausibel, weil sie genau angibt, in welchem Teil jeder Theorie der ontologische und ideologische Gehalt ausgedrückt wird. Die Ontologie einer Theorie ist das, was in dieser Theorie als existent vorausgesetzt wird; die Ideologie einer Theorie ist die Interpretation, die den Symbolen dieser Theorie ihren Sinn verleiht. In dieser Terminologie hat dann jede sprachliche Äußerung eine Interpretation nötig, um den gemeinten Sinn vermitteln zu können. Damit impliziert jede sprachliche Äußerung die Ideologie der Theorie, die diese Interpretation liefert. Warum wir gerade die Feststellungen über die Bedeutungen "Ideologie" nennen, macht folgendes Beispiel klar.

Wenn in einer Theorie der Satz "Alle Menschen sind Männer" analytisch ist und wenn dazu noch der Satz "Nur Menschen können denken" gilt, dann kann man in dieser Theorie folgern, daß der Satz "Nur Männer können denken" (logisch) wahr ist. Man sieht gleich, wie aus einem analytischen Satz etwas eminent 'ideologisches' abgeleitet werden kann. Das Beispiel zeigt, wie die Festlegung über die Bedeutung der Ausdrücke in dem analytischen Satz die Ideologie der Theorie konstituiert, zu der dieser Satz

gehört. Solche Festlegungen hat notwendigerweise jede Theorie oder Kommunikation, d.h. jede Theorie wie jede Kommunikation besitzen notwendigerweise eine Ideologie.

Weil wir die Bedeutung der allgemeinen Beschreibung aufgrund der Verwendung der Sätze in Koordinationen, Konventionen und Institutionen festgelegt haben, drückt auch jede Koordination, Konvention und Institution eine Ideologie aus. Diese Ideologie zeigt sich in der Interpretation der betreffenden Gegenstände, die aufgrund der Koordinationen, Konventionen und Institutionen geleistet wurde.

Nachdem wir festgestellt haben, daß jede allgemeine Beschreibung eine Interpretation nötigt hat, bzw. eine Ideologie ausdrückt, stellt sich die Frage, ob die Ideologien selbst interpretierbar sind. Sie sind es, denn es müssen auf dieser neuen Stufe nur neue Regeln, d.h. neue Koordinationen, Konventionen, manchmal auch Institutionen aufgestellt werden. Weil, wie schon gezeigt wurde, die Koordinationen, Konventionen und Institutionen in vielen Hinsichten relativ sind, gibt es weder Ideologien noch Interpretationsregeln für die Ideologien, die nicht relativ wären. Es gibt keine 'richtige' oder 'gültige' Ideologie, außer in Relation zu einem bestimmten Begriffsrahmen.

Die Relativität von Ideologien verlagert die Rechtfertigung von Ideologien im Bereich der Erziehung, des Glaubens oder einer Gruppe so, daß die Ideologien einen Sinnzusammenhang in der Welt nur dann stiften können, wenn sie die geforderten Weltereignisse erklären können und geglaubt werden.

Da jede Handlung wie ihre Beschreibung innerhalb eines Rahmens von bestehenden natürlichen und sozialen Fakten vollzogen wird, ist sie nur aufgrund der Interpretation verständlich, die auch den Elementen dieses Rahmens einen Sinn verleiht. Die damit konstituierte Ideologie von Handlungen, von natürlichen und sozialen Fakten wirkt auch auf die Selbstinterpretation der Menschen, die innerhalb solcher Fakten handeln. Die Ideologie liefert das Verständnis für den Rahmen, in dem die Handlungen verrichtet werden und dadurch auch für das Selbstverständnis der Agierenden.

6. Ideale

6.1 Ideologie und Ideale

Da das Verständnis der Ereignisse in der Welt, der sozialen und natürlichen Fakten, der Handlungen sowie das Selbstverständnis der Menschen mit Hilfe einer Interpretation - einer Ideologie konstituiert wird, gibt es Ideologien, die einerseits allgemein überliefert und zugleich sehr dauerhaft sind, andererseits existenzielle Komponenten im Selbstverständnis der Menschen ausdrücken. Von solchen Ideologien kann man ihre zentralen Begriffe abstrahieren, was zu abstrakten Begriffen führt, die ich "Ideale" nenne. So sind Ideale abstrakte Begriffe, die von den Interpretationen der Interaktionen abstrahiert worden sind, indem die Merkmale der Ideale durch ein durch Ideologie konstituiertes Verständnis eliminiert werden. Der Prozeß dieser Abstraktion ist sehr radikal; es wurde von allen Merkmalen der Situation, der Handlung und des Agierenden außer einem abgesehen, dieses Merkmal wurde als Ideal aufgestellt.

Weil Ideale von Interaktionen, denen immer eine Ideologie (=Interpretation der vorliegenden Gegenstände und Sachverhalte) zugrunde liegt, abstrahiert wurden, und da jeder Interaktion eine Machtkomponente innewohnt, können Ideale gerade zu diesen Eigenschaften jeder Interaktion in Beziehung gesetzt werden. Man kann sagen, daß z.B. die früheren Ideale wie Glaube, Treue, Demut die damaligen Ideologien und Machtstrukturen stabilisiert haben. Die neuzeitlichen abendländischen Ideale versuchen bestimmte

Ideologien und Machtstrukturen aufzuheben oder durch bessere zu ersetzen. Sie postulieren damit für sich einen 'emanzipatorischen' Anspruch. So wurde dieser abstrakte Anspruch - die Aufhebung oder die Veränderung der Ideologien und der Machtstrukturen einer Gesellschaft im Bereich der menschlichen Handlungen als Freiheit, im Bereich der Verteilung der Güter oder bei der Behandlung von ähnlichen Fällen als Gleichheit und im Bereich der Anwendung der sanktionierten Regeln und Normen als Gerechtigkeit postuliert.

liche Freiheit aller bezüglich des Verhaltens bei gleicher Behandlung aller Individuen zu charakterisieren. Nun besteht die Schwierigkeit, die Gleichheit mit der Freiheit so zu verbinden, daß es für alle das Beste ist. Wir haben schon erwähnt, daß es bei Menschen in konkreten Situationen nicht zu realisieren ist; dagegen ist es bei Bezugnahme auf die Regeln oder Regularitäten des Zusammenlebens für alle Menschen annähernd möglich, beide Ideale der Gleichheit und Freiheit zu verwirklichen. Das Ideal der Gerechtigkeit als die Synthese der Ideale der Gleichheit und Freiheit ist nur an den Regeln der Koordinationen, der Konventionen und der Institutionen feststellbar, und zwar daran, inwiefern sie die Gleichheit und Freiheit realisieren oder einschränken. Die größte Gerechtigkeit verwirklichen die Regeln der sozialen Fakten, welche die Freiheit in einem solchen Maße durch die Gleichheit einschränken, daß sie das bestmögliche Leben für alle ermöglichen. Das beste Verhältnis zwischen Gleichheit und Freiheit ist einerseits durch die Konventionen einer Gruppe, andererseits durch das Wissen der Menschen über sich, über die Natur sowie über die sozialen Fakten bestimmt. So wurde z.B. das Verhältnis von Freiheit und Gleichheit als Gerechtigkeit durch Nutzen, Verdienst, Effizienz (Utilitaristen) oder durch die Wohlfahrt einer Gruppe (Pareto Kriterium bei Rawls⁵³) bestimmt.

Da die Gerechtigkeit ein Ideal ist wie Freiheit oder Gleichheit, stellt sie den normativen Anspruch, wie die Regeln der Koordinationen, Konventionen oder Institutionen funktionieren sollen, um gerecht zu sein. Die Frage "warum man gerecht (oder moralisch) sein soll" ist mei-

6.2 Ideale der Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit

Ideale verkörpern abstrakt für die Menschen ihre höchsten Ziele und letzten Werte. Ideal ist ein Zustand, "in dem jede Person ... das beste Leben hat, dessen sie fähig ist"⁵². In ihrer abstrakten Form stellen Ideale normative Ansprüche dar.

Das Ideal der Gleichheit bezieht sich auf die Verteilung der zur Verfügung stehenden Güter. Die Güter sollen gemäß dem Ideal der Gleichheit alle so verteilt werden, daß alle Personen den gleichen Anteil bekommen. Diese Interpretation des Ideals der Gleichheit ist offensichtlich nicht immer sinnvoll, weil die Menschen es nicht immer wollen oder wünschen, daß sie von allen Gütern den gleichen Anteil bekommen, und weil es auch praktisch unmöglich ist, alle Güter, die verteilt werden können, so zu verteilen. Eine andere Interpretation der Gleichheit ist, daß das Verfahren der Behandlung von ähnlichen oder gleichen Fällen (oder Individuen) gleich oder ähnlich sein soll.

Das Ideal der Freiheit fordert für jeden Menschen die größtmögliche Freiheit für sein Verhalten. Da nach dem Ideal der Gleichheit alle Menschen gleich oder ähnlich (in gleichen oder ähnlichen Situationen) behandelt werden sollen, kann die Realisierung der Freiheit von einzelnen Menschen nur in Hinblick auf andere Menschen geschehen; es soll gewährleistet sein, daß die Freiheit der anderen nicht durch die Freiheit eines Einzelnen mehr als notwendig eingeschränkt wird.

So ist das Ideal der Gerechtigkeit als die größtmög-

ner Ansicht nach die pragmatische Frage, ob und/oder wie das Postulat /B/, das beste Leben aller erfüllbar ist. Die Ideale geben dafür eine abstrakte Leitlinie, und da unser individuelles Wollen im Bezug auf andere - was ein Sollen ist - sowie im Bezug auf uns selbst nicht 'hinter' dem Leben anwendbar ist, ist es zu rechtfertigen, sich gemäß dieser Ideale im Leben zu verhalten.

6.3 Funktion der Ideale

Die Ideale haben nur eine regulative Funktion für die Orientierung in der Gesellschaft; sie dienen der Supponierung der letzten Ziele und höchsten Werte, weil sie beharrlich sind. Diese letzten Ziele und höchsten Werte sind aber nicht als Ergebnisse einer Koordination, Konvention oder Institution zu erklären, sondern sie sind ihr bloßes Substrat. Die Ideale sind so allgemein, weil sie durch Abstraktion von den Ausgangspositionen aller Interaktionen - der menschlichen Wünsche und Bedürfnisse - gewonnen wurden.

Damit haben wir eine neue Klasse von (abstrakten) Gegenständen gefunden, deren Bewertung nicht unmittelbar aufgrund von Koordinationen, Konventionen oder Institutionen gebildet wurden. Weil dies so ist, sind theoretisch keine Möglichkeiten vorhanden, Koordinationen oder Konventionen bezüglich der Ideale zu erzwingen und damit Institutionen für die Ideale zu schaffen. Wenn der Konsensus in Bezug auf die Ideale nicht gefunden wird (es gibt keine Institution, die dies erzwingen kann), bleibt der ständige Kampf um Ideale bestehen. Dieser Kampf muß nicht auf der höchsten Stufe der Abstraktheit ausgetragen werden. Man kann sich z.B. einigen, daß die Freiheit das höchste Ziel ist, aber bei der Interpretation der Freiheit keinen Konsensus erzielen. Die abstrakten Ideale können mindestens aufgrund der äußeren Form den erstrebenswerten Konsens der (beteiligten) Menschen stiften helfen, der zum Überleben /A/ wie auch zu einem besseren Leben /B/ notwendig ist.

Die Ideale setzen die letzten Werte fest, da sie durch eine so umfassende Abstraktion bezüglich des Inhalts, des Bereichs, der Zeit und der Teilnehmer von den Präferenzen der Teilnehmer entstanden sind. Die Ideale setzen solche Werte, die durch die bestehenden sozialen Fakten nicht realisiert werden können oder die nicht realisierbar sind. Ihre objektive Funktion ist, eine allgemeine Orientierung so abstrakt zu liefern, daß unter ihr die verschiedenen Positionen einen übergreifenden langfristigen Konsens finden können.

Die zeitliche Beharrlichkeit der Ideale bewirkt, daß jeder Mensch sie fast vorgegeben findet. Die Ideale verbinden uns, wenn nicht in konkreten Handlungen so doch wenigstens im Streben nach den letzten Werten, was uns mit früheren Generationen zu verbinden vermag. Das Vorgegebensein der Ideale schafft folgende Situation: Der einzelne Mensch mit seinen individuellen Präferenzen oder die Präferenzen einer Gruppe können eine imaginäre Koordination mit den vorgegebenen Idealen (in einer bestimmten Zeit und in einem bestimmten Bereich) bilden. Diese imaginäre Koordination zwischen Idealen und individuellen oder gruppenspezifischen Präferenzen kann als Lehren und Lernen von Idealen aufgefaßt werden. Durch das Lernen von Idealen werden die individuellen menschlichen Präferenzen an die Ideale angepaßt. Die einzelnen Menschen können sich gewöhnlich mit den Idealen identifizieren, weil sie unbestimmt, abstrakt und damit zuerst unverbindlich sind.

Die Realisierung der Ideale kann immer nur teilweise stattfinden. Die Ideale haben neben der geschilderten

objektiven auch eine subjektive Funktion; sie befriedigen die pragmatischen und metaphysischen Bedürfnisse der Menschen. Die pragmatischen Bedürfnisse /B/ begründen die individuellen Aspekte in der objektiven Funktion der Ideale - die Stiftung eines langfristigen Konsensus für alle Menschen, und bewirken damit die Sicherung des Überlebens der Einzelnen. Die metaphysischen Bedürfnisse des Einzelnen werden bei der Übernahme der Ideale dadurch befriedigt, daß die Ideale den Sinn des menschlichen Lebens stiften helfen, der wegen der Beharrlichkeit der Ideale für eine größere Anzahl von Menschen in der Gegenwart wie in der Vergangenheit besteht. Dieser Sinn des Lebens ist wegen der abstrakten Beschaffenheit der Ideale allgemein und wegen der langfristigen Beharrlichkeit der Ideale faktisch geltend. Die Ideale setzen die letzten Werte der individuellen Sinngebung, wie z.B. Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit im gesellschaftlichen Leben, Liebe im privaten Leben, die für fast alle gilt, so daß Ideale auch die Sinngebung für große Gruppen von Menschen leisten. Damit ermöglichen Ideale nicht nur die Orientierung für Einzelne, sondern auch für Gruppen. Diese Vereinheitlichung der Sinnorientierung für Gruppen ist eine ideelle Regulierung der Sinngebung der Teilnehmer, ohne die keine Gruppe langfristig existieren kann.

6.4 Bewertungen aufgrund der Ideale

Handlungen, die aufgrund von Idealen erklärt oder verstanden werden können, haben den Nachteil gegenüber den Handlungen, die aufgrund der bestehenden sozialen Fakten erklärt werden, daß die Erklärungen wegen der Unbestimmtheit der Ideale selbst unbestimmt sind. Diese Vagheit scheint auch der Grund zu sein, warum die Rechtfertigungen der Handlungen durch die Berufung auf Ideale als ungenügend empfunden wird.

Die Bewertung einer Handlung, die durch ein Ideal veranlaßt wird oder mit einem Ideal erklärt werden kann, ist nach folgendem Schema zu entwickeln: Die Ideale liefern als Kriterium für die Bewertung einer Handlung nur ein Merkmal. Die Bewertung geschieht durch den Vergleich des einzigen Merkmals des Ideals mit der konkreten Handlung. Diese Vergleiche können nur als Annäherungsversuche an die konkrete Handlung aufgefaßt werden. Bei solchen Bewertung spielt die Interpretation der Ideale eine entscheidendere Rolle, denn ohne eine Interpretation, die nach unseren früheren Festlegungen auch eine Ideologie impliziert, ist kein Ideal als Maßstab eines Kriteriums oder als letzter Wert verwendbar. Weil es keine a priori 'richtigen' oder 'wahren' Interpretationen gibt, was schon gezeigt wurde, ist der Konsens bezüglich der Interpretation eines Ideals nur mit schon beschriebenen Strukturen der Interaktion, d.h. mit sozialen Fakten zu erlangen.

Der Konsensus bezüglich der Interpretation der Ideale ist nicht so leicht zu erzielen, wie bei konkreten Hand-

lungen in bestimmten Situationen, bei denen die bestehenden Konventionen und Institutionen in Betracht gezogen werden. Die ersten Interpretationen der Ideale lernt jeder Mensch durch die Sozialisation; sie sind anschaulicher als die späteren Interpretationen, die eher einen schematischen Hintergrund der Rationalisierung des Angeeigneten und Erlebten darstellen.

7 Ideale und kritische Bewertung

7.1 Kritische Bewertung als partielle Ablehnung des Bestehenden zugunsten eines Ideals

Weil Ideale ihrem Ursprung nach nicht in dem Sinne konventionell sind, in dem ich es definierte, sind die Bewertungen aufgrund der Ideale den konventionellen oder institutionellen Bewertungen nicht analog und es besteht daher die Möglichkeit der Diskrepanz zwischen den Bewertungen aufgrund von Konventionen oder Institutionen und denen aufgrund von Idealen. So kann eine konkrete Handlung in einer bestimmten Situation von einem Menschen aufgrund der bestehenden Konvention oder Institution anders bewertet werden als aufgrund einer zu gleicher Zeit akzeptierten Interpretation eines Ideals. Um die Diskrepanz der verschiedenen Bewertungen auch sprachlich festzuhalten, nenne ich solche Bewertungen aufgrund eines Ideals "kritische Bewertungen".

Die kritischen Bewertungen versuchen einen neuen Legitimitätsanspruch hervorzubringen, der die Legitimität der konventionellen oder institutionellen Bewertungen nicht in Frage stellen muß, sowohl aber die konventionelle oder institutionelle Bewertung ablehnen kann. Daß es verschiedene Arten der Legitimation von konventionellen oder institutionellen und kritischen Bewertungen gibt, bedeutet nicht, daß sie voneinander unabhängig sind, denn die Ablehnung einer konventionellen oder institutionellen Bewertung durch eine kritische Bewertung setzt die Existenz der ersteren voraus. Kritische Bewer-

tungen können sich, falls sich Menschen oder Umstände ändern, mit der Zeit in konventionelle oder institutionelle Wertungen umwandeln.

Formal gibt es zu den bestehenden Konventionen oder Institutionen nur eine Nein-Stellungnahme; inhaltlich gibt es darüber hinaus viele. Von diesen vielen hat aber nur eine einzige ablehnende Stellungnahme die Chance sich in der Zukunft in die bestehende Konvention oder Institution zu verwandeln. Die Legitimität der konventionellen oder institutionellen Bewertung fußt auf dem Prozeß ihrer Bildung, die Legitimität der Bewertung aufgrund der Ideale liegt in ihrer Funktion, die in subjektive und objektive aufgeteilt wurde. Das Bedürfnis der Legitimation der Bewertung ist das Bedürfnis nach dem Verständnis der Struktur der Interaktion, der Gesellschaft, der letzten Werte etc., das allen Mitgliedern der bestimmten Gesellschaft zur Orientierung dient. Legitimation rationalisiert diese Bedürfnisse in einsichtige Erklärungssysteme.

Die kritische Bewertung drückt durch die partielle Ablehnung des Bestehenden eine "Weltablehnung"⁵⁴ aus. Die Weltablehnung ist die Grundlage für die Veränderung der bestehenden Konventionen und Institutionen. Das Abgelehnte wird als Ursache des Leidens klassifiziert, das Angestrebte wird das "Bessere" genannt. Falls die Legitimation der bestehenden konventionellen oder institutionellen Strukturen der Interaktionen für bestimmte Menschen akzeptabel ist, werden auch das Leiden wie das Glück akzeptiert, das diese Strukturen bereiten. Solche Menschen neigen zu keiner radikalen Veränderung,

aber es gibt wohl keinen Menschen, der in allen Hinsichten so zufrieden ist, daß er das Bestehende als das Beste überhaupt ansieht; in gleicher Weise ist auch widersinnig alles Bestehende abzulehnen.⁵⁵ Die Funktion der kritischen Bewertung ist es gerade, auf mögliche Alternativen zu bestehenden Konventionen und Institutionen hinzuweisen.

Ideale und die durch sie ausgedrückten letzten Werte sind uns überliefert, aber sie sind nicht ohne Bezug zu bestehenden Interaktionen und ihren Strukturen verständlich, d.h. sie können nur auf der Grundlage der bestehenden sozialen Fakten interpretiert werden. Erst die interpretierten Ideale können zeigen, ob sie mit den bestehenden Strukturen des bestimmten Interaktionsbereichs übereinstimmen oder nicht. Der Einzelne hat dagegen seine letzten Ja/Nein-Stellungnahmen zu den Idealen und zu den bestehenden sozialen Fakten herauszubilden bzw. zu vollziehen. Dann kann der Einzelne feststellen, ob und, falls ja, wo sich eine Diskrepanz zwischen den interpretierten Idealen und den bestehenden sozialen Fakten ergibt. Diese Diskrepanz kann sich als kritische Bewertung äußern.

Die letzten Stellungnahmen bezüglich der bestehenden sozialen Fakten und Ideale reduzieren die Mannigfaltigkeit aller möglichen Positionen in zwei grundsätzliche, die Weltbejahung und Weltablehnung. Die konkrete Position eines Menschen kann dann als Ausdifferenzierung dieser zwei Grundpositionen bezüglich eines konkreten Sachverhalts in Raum und Zeit dargestellt werden. Erst ein höherer Grad der Ausdifferenzierung der beiden kontradik-

torischen Positionen ermöglicht die angemessene Erfassung der Position jedes Einzelnen in der Welt(umgebung). Diese Reduktion der Mannigfaltigkeit ist bedingt durch die Möglichkeit der Menschen nur zwei reaktive Verhaltensweisen, die sprachlich als Ja/Nein-Stellungnahmen geäußert werden, hervorzubringen. Beide reaktiven Verhaltensweisen können in zwei Richtungen angewendet werden, als Reduktion des Konkret-Mannigfaltigen zum Abstrakt-Allgemeinen und als Ausdifferenzierung des Abstrakt-Allgemeinen zum Konkret-Mannigfaltigen. Bei der Reduktion, die als Abstraktion vollzogen wird, wird mit Hilfe der Ja/Nein-Stellungnahmen von bestimmten Merkmalen des Konkret-Mannigfaltigen abgesehen. Bei der Ausdifferenzierung werden neue Merkmale mit der Hilfe der Ja/Nein-Stellungnahmen generiert. Am einen Ende der Begriffspyramide stehen Ideale oder andere abstrakte Gegenstände mit einem einzigen Merkmal, wie z.B. Zahlen, während das andere Ende der Begriffspyramide nicht genau zu bestimmen ist, weil die Grenzen der Ausdifferenzierung in der Sprache durch die Möglichkeit der unendlichen Bildung der neuen sprachlichen Ausdrücke und Sätze nicht festgelegt ist. In der Umgangssprache stehen an diesem Ende der Begriffspyramide die einfachen Wahrnehmungsprädikate.

7.1.1. Exkurs: Kunst und kritische Bewertung

Die Ideale, da sie abstrakte, langfristige, überlieferte Begriffe sind, dienen nicht nur als Leitfaden für die Supponierung der letzten Ziele und Werte für die bestehenden sozialen Fakten, sondern auch als Grundlage für die kritischen Bewertungen. Der Bereich, in dem kritische Bewertungen vollzogen werden, kann als solcher beschrieben werden, der die sozialen Fakten, ihre eigenen Voraussetzungen und Vorentscheidungen immer aufs neue in Frage stellt oder reflektiert. Ich werde exemplarisch zu zeigen versuchen, welche Rolle und Funktion die kritischen Bewertungen in der Kunst haben.

Was Kunst ist, kann als Durchschnitt der Auffassungen bestimmt werden, was von Künstlern, Rezipienten und Kritikern als Kunst verstanden wird. Vielleicht ist deshalb schwierig zu einer einheitlichen Auffassung von Kunst zu gelangen, da die Konventionen bezüglich der Bestimmung dieses Begriffs für die meisten Menschen divergieren. Ich glaube aber, daß sich im allgemeinen alle drei Klassen von Menschen einigen können, was für eine Tätigkeit jeder ausübt, wenn er ein Kunstwerk schafft, rezipiert oder kritisiert. Auf diesem Hintergrund kann die Bestimmung der Kunst folgendermaßen umschrieben werden: Die Kunst bringt neue Interpretationen von bekannten Gegenständen hervor oder sie schafft neue Gegenstände. Das "Neue" wie das "Bekannte" bzw. "Alte" ist nur im Kontrast zur Gesellschaft und Umwelt in einem bestimmten Raum und zu einer bestimmten Zeit, in denen es geschaffen und/oder rezipiert wurde, bestimmbar.

Aus dieser Bestimmung der Kunst kann die formale Eigenschaft aller Kunstgegenstände oder -handlungen, die Originalität bezüglich des Bestehenden abgeleitet werden. Die Originalität des Kunstwerkes wird auf dem Hintergrund des Bestehenden, das auch alle 'vergangene' Neuigkeiten einschließt, nur durch seine Verwendung erfaßbar. Die Originalität ist dadurch feststellbar, das untersucht wird, ob schon ein ähnlich strukturierter Gegenstand von jemand hervorgebracht wurde. Diese Umstände erklären auch die Tatsache, warum Originale von bestimmten Kunstwerken immer einen höheren Wert haben, als Kopien, auch wenn sie fast nicht vom Original zu unterscheiden sind. Die Originalität, die objektiv besteht, wird subjektiv feststellbar, wenn das Kunstwerk dem Rezipienten Neues vermitteln kann. Wenn beide, die subjektiven wie objektiven Untersuchungen bezüglich der Originalität positiv ausgehen, wird, falls noch eine zusätzliche Bedingung erfüllt ist, ein Gegenstand als ein Kunstwerk klassifiziert. Die Rezeption des Kunstwerkes soll bei dem Rezipienten eine kritische Bewertung des Bestehenden veranlassen. Weil die Merkmale "originell" und "kritisch" nur aufgrund einer Konvention oder Institution zu verstehen sind - dies wäre auch der Fall, wenn wir anderen Merkmale als Kriterien für die Bestimmung der Kunstwerke ausgewählt hätten - ist eine Unterscheidung zwischen ästhetischen und nicht-ästhetischen Urteilen⁵⁶ sinnlos, falls kein Bezug zu dem System der sozialen Fakten hergestellt wird, in dem diese Bewertungen gebildet wurden.

Die Notwendigkeit der ästhetischen Bewertungen ist im Vergleich zu ethischen Bewertungen nicht so dringlich,

was auch darin zum Ausdruck kommt, daß die Differenzen bezüglich der ästhetischen gegenüber den ethischen Bewertungen nicht als so relevant erlebt werden. Die größere Relevanz des Ethischen gegenüber dem Ästhetischen folgt aus den verschiedenen Funktionen, welche die ethischen und ästhetischen Bewertungen haben. Die Funktion der ethischen Bewertung ist das (gute) Zusammenleben der Menschen sichern. Die Funktion der ästhetischen Bewertung ist die Vermittlung der originellen und dabei kritischen Auffassung von der Welt, was eine intellektuelle und, was ich betonen möchte, eine emotionelle Befriedigung bei den Rezipienten bewirkt. Aufgrund der Tatsache, daß erst wenn ein Überleben gesichert ist, die andere Bereiche des Erlebens eine Wichtigkeit erlangen, würde ich den ethischen gegenüber den ästhetischen Bewertungen eine Priorität zusprechen. Der ästhetischen Bewertung wird die kritische Bewertung als notwendiger Bestand, der ethischen Bewertung wird jedoch Dringlichkeit zugesprochen, da sie bei jedem Verhalten in einer Entscheidungssituation implizit vorhanden ist.

7.2 Kritische Bewertung und die Veränderung der sozialen Fakten

Bei allen Bewertungen ist das Merkmal "kritisch" nur auf dem Hintergrund der bestehenden Strukturen der sozialen Welt bestimmbar. Die Strukturen ändern sich, und das war der Grund, warum es sich als vorteilhaft erwies, sie mit Hilfe der sozialen Fakten zu beschreiben. Durch den Zusammenhang zwischen der sozialen Veränderung und der kritischen Bewertung kann der Fehlschluß entstehen, daß die kritische Bewertung eine notwendige Bedingung für jede Veränderung der sozialen Strukturen ist. Die Evolution schreitet aber nicht nur mit Hilfe der kritischen Bewertung fort. Bei Technik oder Wissenschaft entsteht z.B. die Entwicklung nicht nur dadurch, daß die normativen, d.h. alle methodischen Voraussetzungen immer aufs neue in Frage gestellt werden, sondern auch dadurch, daß auf der Grundlage dieser Vorentscheidungen weitere Differenzierungen entwickelt und dadurch neue Sachverhalte entdeckt werden. Diese Entwicklung verläuft in ausdrücklicher Anlehnung an die bestehenden Konventionen und Institutionen der Wissenschaften, bis es zu einem Paradigmenwechsel kommt; eine neue Theoriebildung mit neuen Konventionen und Vorentscheidungen wird eingeführt. Die präskriptiven Vorentscheidungen werden bei dem Wechsel aus einer Theorie in eine andere ihre grundlegende normative Gültigkeit in eine akzidentelle, bloß konventionelle verändern. Diese Metamorphose des Normativ-Gültigen in nur Konventionell-Gültiges geschieht gewöhnlich abrupt, nicht allmählich, weil eine alte Sicherheit im Normativen schnell in eine neue umgewandelt werden muß, damit kei

ne größere Unsicherheit während der Veränderung des Normativen aufkommt. Man kann die Metamorphose des Normativ-Gültigen an der Metamorphose der individuellen bzw. der Gruppenpräferenzen verfolgen. Die ersteren werden gewöhnlich als psychologische Gesetze, die letzteren als gesellschaftliche Gesetze bezeichnet.

Daß die vorhandenen Konventionen und Institutionen die individuellen Wünsche und Bedürfnisse prägen, ist durch die Fähigkeit bestimmte gebotene (durch bestimmte explizite oder implizite Sanktionen vermittelte) Verhaltensweisen zu übernehmen, empirisch verifizierbar. Es gibt aber angeborene Fähigkeiten, welche die individuellen Präferenzen unabhängig von äußeren Einflüssen bestimmen können. Der Selbsterhaltungstrieb oder andere Triebe gehören auch dazu. Es ist versucht worden, die beharrlichen Verhaltensweisen, die sich als beharrliche Präferenzen oder Werte zeigen, zu verabsolutieren und als "Natur der Menschen" zu hypostasieren. Solche beständigen und allgemein erlaubten Verhaltensweisen im Bereich der Normen (Gruppenpräferenzen der Konventionen oder der Institutionen) werden auch "Naturrecht" genannt. Ein solches Recht zu postulieren entstand aus dem Bedürfnis, einen festen Hintergrund für die Veränderung der sozialen Fakten zu haben, der eine Rationalisierung der Umwelt ermöglicht. Dies wirkte sich im Bereich der Bewertungen als Systematisierung in einem hierarchischen System und der Berechenbarkeit der Bewertungen aufgrund der angegebenen Daten und der festgelegten Regeln aus. Als diese Funktionalisierung fortgeschritten war, mußten die letzten Werte, wie es bei allen anderen Werten

der Fall war, einem Träger zugeordnet werden - deshalb wurde das Naturrecht geschaffen. Im Naturrecht sollten die letzten Glaubensinhalte der Ideale aufgehoben und dem Zugriff der Zeit und den veränderten Rechten in Form der Veränderung von sozialen Fakten entzogen werden.

8. Verantwortung und Bewertung

8.1 Bestimmung von "Verantwortung"

Nicht nur Handlungen, deren Bewertungen und Interpretationen sind von dem Bestehen der sozialen und natürlichen Fakten sowie der Ideale abhängig, sondern auch die Folgen von Handlungen weisen diese Relationen auf. Diese bestimmten Arten der Folgen von Handlungen und deren Bewertungen bezeichnet man als "Verantwortung". So verstehe ich unter "Verantwortung für eine Handlung", daß die betreffende Person die meistens unerwünschten Folgen dieser Handlung zu tragen hat, die sie auch vor anderen rechtfertigen soll. Weil die Verantwortung für eine Handlung mit der Rechtfertigung der Folgen dieser Handlung, die bewertet wurden, eng zusammenhängt, werde ich die verschiedenen Arten der Verantwortung gemäß der Klassifikation der Rechtfertigung des Bewertens durchführen. Wie im Kapitel 3 bei Bewertungen gezeigt wurde, hängen Bewertungen von individuellen Präferenzen oder von Gruppenpräferenzen ab, die sich als das Bestehen der sozialen Fakten äußern. Darum wird bei der Untersuchung von Verantwortung gemäß der folgenden Klassifikation vorgegangen:

- s) individuelle Verantwortung;
- ss) kollektive Verantwortung;
- ss_i) moralisch-konventionelle Verantwortung;
- ss_{ii}) institutionelle Verantwortung.

Da die individuellen Handlungen ohne sozialen Kontext nicht zu rechtfertigen sind, betrachte ich die Klasse der individuellen Verantwortung als leer. Die individuelle Verantwortung müßte sich in der Übernahme der Folgen von individuellen Handlungen bezüglich bestimmter Menschen zeigen. Diese Übernahme der Folgen von individuellen Handlungen ist aber konventionell oder institutionell bestimmt, oder sie lehnt diese Bestimmung ab. Das heißt, sie gehört zu der kollektiven Verantwortung oder ihrer Ablehnung.

8.2 Kollektive Verantwortung

Kollektive Verantwortung zeigt sich in der Übernahme der Folgen von Handlungen bezüglich anderer Personen, die ein Kollektiv der Betroffenen bilden. Ganz allgemein befinden sich Menschen immer schon in Gemeinschaft mit anderen Menschen. Aus dieser Tatsache folgt eine mögliche Erweiterung der kollektiven Verantwortung in einem bestimmten Maße auf alle Menschen, auch auf zukünftige Generationen.

8.2.1 Moralische Verantwortung

Moralische oder anders gesagt, konventionelle Verantwortung zeigt sich in der Übernahme der Folgen von Handlungen bezüglich der Teilnehmer einer Konvention. Die Teilnehmer einer Konvention erwarten von den anderen nicht nur bestimmte Verhaltensweisen, sondern auch daß jede Person für ihre Handlungen und deren Folgen eine (konventionelle) Rechtfertigung liefern kann, falls sie es will. Die moralische Verantwortung wird gemäß bestimmter Regeln der Konvention dem Einzelnen zu- oder abgesprochen.

Diejenige Verantwortung, die gewöhnlich auch "moralisch" genannt wird (nicht aber im meinen Sinne) und die gegenüber allen Menschen besteht, wird nicht von einer Gruppe, sondern von allen Menschen (nur theoretisch) zugesprochen. Bei dieser Verantwortung kann man sagen, daß sie nicht zugesprochen wird, sondern diese Verantwortung hat man.⁵⁸

Weil die moralische Verantwortung für eine Handlung gemäß der betreffenden bestehenden Konventionen zu- oder abgesprochen wird, werden die impliziten oder expliziten Sanktionen den betreffenden Personen gemäß den Anwendungsregeln dieser Konvention auferlegt. Das heißt, eine Verantwortung für eine Handlung ist richtig zu- oder abgesprochen, ist berechtigt oder nicht, falls sie gemäß den bestehenden Anwendungsregeln der betreffenden Konvention zu rechtfertigen ist. Diese Rechtfertigungen sichern die Legitimität der (Zu- oder Absprechung von) Verantwortung.

Die moralische Verantwortung bringt die Menschen zur Einhaltung ihrer Gruppenrollen und zum Unterlassen solcher Handlungen, die nach dem gruppenspezifischen Wissen unerwünschte Folgen für die anderen bewirken können.

Es war Kant, der zeigte, daß es ganz allgemeine (menschliche) Konventionen gibt, die für die Gattung Mensch gelten können. Weil sich rein theoretisch die allgemeine Anerkennung dieser Konventionen positiv auswirken würde, forderte Kant, daß diese allgemeinen Konventionen für alle Menschen gelten s o l l e n .

In meinem Entwurf formuliere ich zwei allgemeine Sätze, welche die formalen Bedingungen für ein solches soziales Handeln und Verantwortung angeben, in dem moralische oder rechtliche Aspekte (was Bewerten impliziert) für die Beteiligten eine Rolle spielen. Deswegen sind die folgenden beiden Sätze S_n und S_p mit "sollen" formuliert. Sie drücken die grundlegenden Erwartungen bezüglich des Handelns von anderen aus. (Wegen der Annahme des Ideals der Gleichheit in Form einer Regel, welche die gleiche

Behandlung aller Menschen unter ähnlichen Umständen fordert, gelten die grundlegenden Erwartungen auch bezüglich der eigenen Person.)

Der erste Satz S_n lautet:

Du sollst *keine* solchen Handlungen $H_1, \dots, H_m$ tun, falls die Folgen von $H_1, \dots, H_m$ die Prämissen $P_1, \dots, P_n$ deiner Theorie des sozialen Handelns für dich und/oder für andere zerstören.

$m, n > 0$ In meinem Entwurf ist $n=2$, $P_1=A$, $P_2=B$.

Der negativ formulierte Satz S_n bezieht seine normative Kraft aus den voraussehbaren Folgen der betreffenden Handlungen und deren Bewertungen. Wie die Folgen der Handlungen eingeschätzt werden - handlungsutilitaristisch oder regelutilitaristisch oder auch anders - ist nicht festgelegt. Die Problematik des Satzes S_n besteht darin, daß es in unseren komplexen Gesellschaften schwierig ist, die Folgen von Handlungen, auch mit allen vorhandenen Rationalisierungsmodellen, zu antizipieren.

Der Satz S_n stellt die formalen Bedingungen als Handlungspräsuppositionen im Form der Erwartungen dar, welche das Vertrauen in die Prämissen der betreffenden Handlungstheorie oder in die Voraussetzungen des betreffenden Handelns garantieren.

Der Satz S_p lautet:

Du sollst solche Handlungen $H_1, \dots, H_r$ tun, falls $H_1, \dots, H_r$ und/oder die Folgen von $H_1, \dots, H_r$ für deine Nächsten gut sind. Dein Nächster kannst du selbst, kann deine Familie, dein Volk, die Menschheit etc. sein.

Der positiv formulierte Satz S_p beschreibt die allgemeine Beziehung von Bewertungsprädikaten und Handlungen für einen Umkreis von Menschen, in dem diese Handlungen mit ihren Folgen die angestrebte Wirkung sollen erzielen können. Das heißt, der Satz S_p gibt die formalen Bedingungen an, um die Verantwortung zu sichern. Dies geschieht nicht nur wie bei S_n so, daß das Vertrauen in die Prämissen der betreffenden Handlungstheorie oder in die Voraussetzungen des betreffenden Handelns garantiert wird, sondern auch so, daß das Vertrauen in die handelnde Person, in ihren guten Willen und ihre Wahrhaftigkeit gewährleistet wird. Inhaltlich muß der Handelnde noch wissen, was für seine Nächsten gut ist. Aber schon für ihn selbst ist es schwierig zu wissen, ob es wirklich gut ist, was er für gut hält. Diese Zweifel zu verringern ist auch die Aufgabe der sozialen Fakten hinsichtlich der konkreten Entscheidungssituationen und der Agierenden in diesen Situationen.

8.2.2 Institutionelle Verantwortung

Die institutionelle Verantwortung zeigt sich in der Übernahme der Folgen bestimmter Handlungen eines Rolleninhabers, der einer Institution zugeordnet wird. Die institutionelle Verantwortung wird gemäß den Regeln der betreffenden Institution zu- oder abgesprochen, die von den Parametern "Teilnehmer", "Situation", "Gegenstände" (hier: "Handlungen") und "Anwendungsregeln", die auch die impliziten und expliziten Sanktionen enthalten, abhängt. Die Verantwortung wird legal zugesprochen, falls

sie aus der Ausübung von vorher festgelegten Rollen durch die Anwendungsregeln einer Institution folgt. Die institutionelle Verantwortung hat die Funktion, die institutionellen Rollen und ihre Ausführung durch eingesetzte Menschen zu garantieren.

Weil die Institutionen auch explizite Sanktionen verwenden, scheinen sie in Bezug auf die Verantwortung innerhalb ihres Bereichs analog zu Befehlen zu funktionieren. Das Anliegen meiner Arbeit ist unter anderem auch, zu zeigen, daß Strukturen von Interaktion, Recht und Moral nicht mit Befehlen, sondern mit natürlichen und sozialen Fakten, deren Sanktionen sowie mit Idealen zu erklären sind. Befehle sind nur eine Erscheinung, die durch das Bestehen von Sanktionen zu erläutern ist, und nicht umgekehrt. Die institutionellen Rollen werden dazu benutzt, das Funktionieren der Sanktionen analog zu sprachlichen Befehlen darzustellen. Aber die sprachlichen Befehle sind Aufforderungen an andere unter der expliziten und/oder impliziten Androhung von individuellen Sanktionen oder deren von Konventionen oder Institutionen. Es ist einzusehen, daß Befehle nicht zu verstehen sind, wenn nicht verstanden wird, was Sanktionen sind und wozu sie verwendet werden.

Die Sanktionen drücken die Verteilung der Macht der betreffenden Interaktion aus, die durch vorherige Koordinationen, Konventionen oder Institutionen festgelegt worden ist. Die Verantwortung der Inhaber von institutionellen Rollen bezieht sich nicht nur auf die vorgeschriebene Ausführung der gebotenen Handlungen, sondern auch auf die gebotene Ausführung der Sanktionen der In-

stitution. Demnach sollen selbst die Rolleninhaber der Institution bei unrichtiger Durchführung der beiden behandelten Arten der gebotenen Handlungen mit Sanktionen bestraft werden.

8.3 Kritische Verantwortung

In der konventionellen und in der institutionellen Verantwortung kann eine besondere Verantwortung lokalisiert werden. Ich nenne sie in Analogie zu den kritischen Bewertungen "kritische Verantwortung". Das besondere an der kritischen Verantwortung ist, daß niemand zu ihr verpflichtet werden kann, weil niemand gezwungen werden kann, eine kritische Einstellung einzunehmen. Kritische Verantwortung ist auch nicht delegierbar. Falls jemand aber z.B. in einer Gruppe gezwungen wird die bestehenden sozialen Fakten abzulehnen, wobei er dieser Gruppe nicht freiwillig beigetreten ist, kann seine Einstellung nicht kritisch sein. Zur kritischen Einstellung gehört notwendigerweise auch die Freiheit, irgendwann nicht mehr kritisch zu sein. Kritische Verantwortung kann nur freiwillig übernommen werden.

Da die kritische Verantwortung nicht aus den bestehenden sozialen Fakten folgt, kann sie als eine Überzeugung aufgefaßt werden, die aus der Ablehnung einiger bestehender Koordinationen, Konventionen oder Institutionen gewonnen wird. Der kritischen Verantwortung entspricht eine kritische Einstellung, die auf dem Glauben basiert, daß die Folgen der Handlungen gemäß den veränderten sozialen Fakten besser und damit auch verantwortungsvoller werden, als sie es aufgrund der bestehenden sozialen Fakten sind. Weil die kritische Einstellung sowie auch die kritische Verantwortung nur auf Hypothesen gegründet ist, die mehr oder weniger abgesichert sind, ist sie unsicherer als eine moralische oder institutionelle Verantwortung.

Aus diesem Grunde werden solche Menschen geschätzt, die eine kritische Verantwortung haben, die sich später als richtig erwies. Da die kritische Verantwortung auf Freiheit gegründet ist, ist ihre Existenz ein Anzeichen für eine realisierte Freiheit.

Die Übernahme kritischer Verantwortung geschieht durch das Abwägen der Sanktionen der bestehenden Koordinationen, Konventionen oder Institutionen, die abgelehnt werden, und den Folgen der Handlungen, die aufgrund der neu-veränderten Koordinationen, Konventionen oder Institutionen entstehen würden. Diese Entscheidung zwischen der kollektiven Verantwortung und der kritischen Verantwortung kann nur jeder Einzelnen für sich treffen. Weil sich ein einzelner in der Einschätzung seiner Lage wie auch der äußeren Situation sehr leicht irren kann, ist diese Entscheidung sehr schwierig und unsicher. Die Menschen versuchen ihre Unsicherheit zu vermindern und die Wahrscheinlichkeit der Durchsetzung ihrer kritischen Einstellungen zu vergrößern, indem sie sich in Gruppen zusammentun. Sie bilden neue Koordinationen, Konventionen oder Institutionen für eine Gruppe mit dem Ziel, ihre kritische Verantwortung durchzusetzen. Das heißt nicht, daß die kritischen Einstellungen gleich konventionell oder institutionell sein müssen, sondern ihre Durchsetzung findet in einem solchen Fall durch das Hervorbringen der sozialen Fakten statt.

8.4 Zusprechung von Verantwortung

Die Zu- oder Absprechung der Verantwortung ist die Veröffentlichung der legitimen Sanktionen vom Standpunkt der bestehenden sozialen Fakten oder kritischen Einstellungen aus. Diese sanktionierenden Einstellungen konstituieren unter dem Begriff "Verantwortung" einen Sachverhalt, um einen Träger für die angestrebten Sanktionen zur Verfügung zu haben. Der abstrakte Träger der möglichen Sanktionen, d.h. die Verantwortung bewirkt die scheinbare Unabhängigkeit der Sanktionen von einzelnen Menschen oder Gruppen und ihrer Einstellungen und damit zugleich eine scheinbare Objektivität des von Menschen Unabhängigen; dies ist die Funktion der Bildung eines Trägers für die Sanktionen.

Die Zu- oder Absprechung der Verantwortung ist eine spezifische Bewertung von Handlungen mit dem Schwerpunkt, die Folgen der bewerteten Handlung zu berücksichtigen. Das Entstehen solcher speziellen Bewertungen ist aus der Erfahrung von unerwünschten Folgen bestimmter Handlungen zu erklären. Diese unerwünschten Folgen können auf zweierlei Weise verhindert werden. Es werden explizite oder implizite Sanktionen eingeführt, die auch Belohnungen einschließen; oder es wird durch individuelles Lernen versucht, vorwiegend und am effektivsten in der Sozialisation solche Verhaltensweisen aufzubauen, die bestimmte unerwünschte Folgen von Handlungen verhindern. Da die Handlungen als Tätigkeiten mit bestimmten beabsichtigten Folgen beschrieben wurden, ist Verantwortung als spezifische Bewertung der Folgen von Handlungen darum so wich-

tig, weil sie dem Handelnden die unerwünschten Folgen gegenüber den anderen schon vor der Ausführung der Handlung vor Augen führen.

Um den Träger der Verantwortung bestimmen zu können und damit die Berufung auf den Träger der Verantwortung zu ermöglichen, wird die Zuständigkeit der Verantwortung geregelt. Dadurch werden die angestrebten Sanktionen und aus der Erfahrung gewonnene und/oder konventionell oder institutionell festgestellte Folgen von Handlungen in einem abstrakten Begriff der Verantwortung zusammengefaßt, der dann in der zuständigen Person oder Gruppe für diese bestimmte Verantwortung verkörpert wird. So liegt die Zuständigkeit der institutionellen Verantwortung bei demjenigen Individuum, das die Rolle der Institution übernimmt. Bei der moralischen Verantwortung liegt die Zuständigkeit der Verantwortung bei den Konventionen, die diese Moral bestimmen und die das Individuum, das diese Konventionen anerkennt, übernimmt. Bei der kritischen Verantwortung kann sich die Zuständigkeit der Verantwortung ausschließlich beim Individuum befinden.

8.5 Andere Bedeutungen von "Verantwortung"

Bisher wurde nur eine Bedeutung von "Verantwortung" behandelt, welche die Folgen von Handlungen betrifft. Es gibt noch viele ähnliche Bestimmungen von "Verantwortung", wie zum Beispiel für eine Zustand, ein Ereignis etc. Diese Bestimmung von "Verantwortung" lassen sich ähnlich wie die bezüglich der Folgen einer Handlung vornehmen. Andere Bestimmung von "Verantwortung" lassen sich nicht so leicht auf die von uns zuerst behandelte Bedeutung zurückführen. Z.B. zeichnet sich die Verantwortung für eine unmündige Person dadurch aus, daß eine andere Person die Verantwortung für die Folgen deren Handlungen übernimmt. Diese Art der Verantwortung ist mit der institutionellen Verantwortung verwandt, weil in beiden bestimmte Entscheidungen, die auch andere betreffen, auf ausgewählte Personen delegiert werden. Diese Delegation von Rechten und Pflichten kann durch Wahl, Ernennung oder durch eine besondere Konvention oder Institution (z.B. Elternschaft) stattfinden.

Allgemein wurde die Zuschreibung von Verantwortung als eine solche charakterisiert, die aufgrund bestimmter abstrakter Merkmale und Regeln gebildet wird. Zuerst abstrahiert man von bestimmten Merkmalen einer Handlung (z.B. der Absichten) und dann werden diese abstrakte Merkmale mit anderen Merkmalen, d.h. Kriterien konfrontiert und aus diesem Vergleich werden die positiven wie negativen Zuschreibungen von Verantwortung geleistet. Die Größe der Verantwortung ist aus dem Vergleich mit den Regeln zu bestimmen, welche die Kriterien für die

Zuschreibung der Größe der Verantwortung aufgrund eines bestimmten Merkmals aufstellen. Diese Merkmale sind abstrakt und konventionellen oder institutionellen Ursprungs.

Der Prozeß der Abstraktion, der die Merkmale aussondert und der zum Vergleich mit den aufgestellten Kriterien für die Zuschreibung von Verantwortung notwendig ist, hat seine Folgen bezüglich der Größe der Verantwortung. Je größer die Abstraktion ist, die notwendig ist, um bestimmten Sachverhalten Verantwortung zuzuschreiben, desto größer ist die Verantwortung bezüglich dieser Sachverhalte. So ist bei den Handlungen die Verantwortung größer, die einen größeren Abstraktionsgrad haben. Der größere Abstraktionsgrad einer Handlung ist auch wegen der größeren Allgemeinheit und Unbestimmtheit dieser Handlung in ihrer Folgen schwieriger einzuschätzen und zu kontrollieren. Alle diese Aspekte erhöhen die Verantwortung für abstrakte Sachverhalte. Die besten Beispiele für die Behauptung, daß abstraktere Handlungen eine größere Verantwortung nach sich ziehen, sind die Wissenschaften. Die Verantwortung eines Wissenschaftlers liegt nicht nur in den Folgen seiner Tätigkeit, sondern dazu noch in seiner Tätigkeit selbst, die so abstrakt und dadurch zu mannigfaltigen Zielen verwendbar ist, daß die möglichen Folgen seiner Tätigkeit kaum abzusehen sind. Je abstrakter Handlungen sind, desto größer ist die Unsicherheit und die aus ihr folgende Verantwortung. Wegen dieser Unsicherheit ist auch die Zuschreibung der entsprechenden Verantwortung vage. Diese Verantwortung ist dann eine Zuschreibung der moralischen Verantwortung gegenüber anderen Menschen, die es durch Arbeitsteilung ermöglichten, solche Tätig-

keiten mit einem solchen Abstraktionsgrad auszuüben.

Eine andere Art der Verantwortung nenne ich "strukturelle Verantwortung". Sie erfaßt nicht die Folgen der einzelnen Handlungen, sondern die Strukturen des Zusammenlebens. In meiner Terminologie sind es die Anwendungsregeln der Koordinationen, der Konventionen oder der Institutionen. Diese Anwendungsregeln können sich aufeinander beziehen, wie es z.B. Konventionen dafür gibt, welche von zwei Institutionen in bestimmter Hinsicht die bessere ist.

Die Strukturen der bestehenden sozialen Fakten sind in der heutigen Zeit wichtiger denn je geworden, denn sie bestimmen letztlich auch, wie sich die Folgen der einzelnen Handlungen auswirken. Die Folgen von Handlungen, die durch die Strukturen der Interaktion bestimmt werden, können eine andere Gestalt annehmen, als die, die von den Handelnden bei der Durchführung dieser Handlung intendiert war. Damit gewinnt die strukturelle Verantwortung, d.h. die Verantwortung für die Anwendungsregeln der sozialen Fakten, an denen die Personen beteiligt sind, immer mehr an Bedeutung. Z.B. entstehen Kriege nicht nur, weil Menschen gute oder böse Intentionen haben oder andere Eigenschaften besitzen, die angeboren oder erworben sein können, sondern auch darum, weil die Strukturen der Ausprägung von Konflikten bis jetzt solche Formen hatten, die immer in Kriegen gemündet sind. Da diese Strukturen der menschlichen Interaktionen sich auch in der Macht der Menschen befinden, kann die Verantwortung für diese Strukturen als "strukturelle" bezeichnet werden.

9. Methodische Ideale und Gesetze

Bisher haben wir nur solche Ideale kennengelernt, die durch die radikale Abstraktion von konkreten Interaktionen gewonnen wurden. So wurde im Bereich der menschlichen Handlungen die Freiheit, im Bereich der Verteilung der Güter oder bei der Behandlung von ähnlichen Fällen die Gleichheit und im Bereich der sanktionierten Verhaltensregeln die Gerechtigkeit postuliert. Diese Abstraktion kann auch auf die Form der Handlungen angewendet werden. Die abstrakten Gegenstände, welche die Form aufeinander folgender Handlungen darstellen, nenne ich "methodische Ideale" oder "Prinzipien". Gesetze sind dagegen solch allgemeine Gegenstände, die für alle Wissenschaften (logische Regeln) oder nur in einem bestimmten Bereich (z.B. deontische Gesetze) gelten oder gelten sollen.

9.1 Das Prinzip der Widerspruchsfreiheit

Ich setze den Terminus "Handlung" voraus, den ich neben anderen Bestimmungen als einen Vorgang oder eine Verhaltensweise bestimmt habe, die als mit Absicht vollzogen beschrieben werden kann. Die Absicht konstituiert die Handlung in dem Sinne, daß ohne sie die intendierte Veränderung in der raum/zeitlichen Welt oder ein solches Eingreifen in die Welt, daß ihr eigensetzlicher Veränderungsablauf verändert oder verhindert wird, nicht stattfinden würde. Diese intendierte Veränderung in der Welt oder das Eingreifen in die Welt drückt auch die Tatsache

aus, daß jede vollzogene Handlung die nicht realisierten Alternativen einschließt, welche Freiheit konstituieren. Vom Begriff der Freiheit aus wird der Begriff der Unterlassung oder Ausführung einer Handlung verständlich. Die Abstraktion von allen konkreten raum/zeitlichen Umständen in einer Situation mit 'freien' Menschen führt zu dem Begriff der Affirmation bzw. Negation der beiden Elementarhandlungen, der Ausführung und der Unterlassung einer Handlung.

Nach diesen terminologischen Festlegungen kann die Behauptung aufgestellt werden, daß jeder Mensch dazu 'verurteilt' ist Handlungen zu vollziehen. Da er aber nicht diesselbe Handlung vollziehen und zugleich nicht vollziehen kann, folgt daraus auch eine formale Einschränkung der Konzeption über alle möglichen Handlungen. Dieses Prinzip wird die "Konsistenz" oder "Widerspruchsfreiheit von Handlungen" genannt. Es zeigt, wie eine von uns immer bestätigte, d.h. nicht falsifizierbare Tatsache über die Welt mit zwei grundlegenden Stellungnahmen, der Affirmation und Negation ausgedrückt werden kann. Weil dieser Zusammenhang zwischen positiver und negativer Stellungnahme nicht vom Inhalt des behandelten Sachverhalts abhängig ist, wird dieses Prinzip ein "formales" genannt.

Die Beziehung zwischen der positiven und negativen Stellungnahme ist eine sprachliche Grundfigur, die sich ausschließende Beziehungen zu dem beschriebenen Sachverhalt ausdrückt. Die Beziehung zwischen den positiven und negativen Stellungnahmen ist konventionell, was aber nicht ausschließt, daß sie analytisch ist.⁵⁹ Die positi-

ven und negativen Stellungnahmen bilden die Grundlage für alle möglichen Expansionen einerseits, sowie die Grundlage für alle Reduzierungen der verwendeten Merkmale andererseits, wobei sich die Stellungnahmen auf existente wie auf nicht existente Sachverhalte beziehen können, was z.B. die Kreativität der Sprache garantiert. Die konventionelle Beziehung zwischen positiven und negativen Stellungnahmen verdoppelt nicht nur die möglichen Beschreibungen der anstehenden Sachverhalte in positive und negative Behauptungen, sondern sie ist diejenige Operation, welche die Identifizierung aller Sachverhalte ermöglicht und die Grenze der Identifizierung immer weiter verantreiben kann. Die Identifizierung wird hier als kontinuierliches Eingrenzen, als kanonisierte Beantwortung der gestellten Frage mit Ja- oder Nein-Stellungnahmen aufgefaßt.

Die Unmöglichkeit, inkonsistente Handlungen zu vollziehen, hat für alle Arten von Handlungen normative Konsequenzen. Diese folgen nicht nur aus der Beschreibung der sozialen Fakten, sondern auch aus der Beschreibung der natürlichen Fakten. Unter der Voraussetzung eines sprachlichen Instrumentariums, das auch die zweiwertige Negationsoperation enthält, kann die Welt nur so beschrieben werden, daß in ihr keine inkonsistenten Handlungen auftreten.

So ist das Prinzip der Widerspruchsfreiheit bezüglich sprachlicher Handlungen folgendermaßen zu formulieren: Es ist nicht erlaubt einem Gegenstand ein Prädikat zuzusprechen und es zugleich abzusprechen. Im Gegensatz zu praktischen Handlungen, wo es unmöglich ist, eine Hand-

lung und ihre Unterlassung zugleich zu vollziehen, ist es bei sprachlichen Handlungen rein sprachlich möglich, einem bestimmten Gegenstand ein Prädikat zuzusprechen und zugleich abzusprechen; nur ergibt es keinen Sinn. Darum wird eine Regel aufgestellt, die entweder konventionell oder institutionell ist, und die das Zuspochen und Absprechen eines Prädikates zu einem Gegenstand zur gleichen Zeit und in gleicher Hinsicht verbietet. Die Anwendung des Prinzips der Widerspruchsfreiheit auf die sprachlichen Handlungen soll gewährleisten, daß sprachliche Handlungen ihren Zweck, die Vermittlung des gemeinsamen Sinnes erfüllen können.

Nachdem wir das Konsistenzprinzip für alle sprachlichen Handlungen aufgewiesen, aber nicht begründet haben, können wir zu den besonderen sprachlichen Handlungen übergehen, die wir bis jetzt untersucht haben: die Zuschreibung von Bewertungen und von Verantwortung. Das Prinzip der Widerspruchsfreiheit für die Bewertungen lautet: Einem Sachverhalt kann nicht ein bestimmter Wert zugleich ab- und zugesprochen werden. Analog gilt: Einem Sachverhalt kann nicht ein bestimmter Wert zugesprochen werden, der auch dem entgegengesetzten, d.h. negierten, Sachverhalt zugesprochen wird. Für die Handlungen, die besondere Sachverhalte sind, folgt: Dem Vollziehen und Unterlassen einer Handlung kann aus der Sicht des Handelnden oder des Beobachters nicht beiden der gleiche Wert zugesprochen werden. In allen Formulierungen des Prinzips der Widerspruchsfreiheit für die Bewertungen wird vorausgesetzt, daß a) die Zuschreibung einer Bewertung von einer Person geleistet wird und daß b) diese Person die

Bewertungen zur gleichen Zeit und auf der gleichen Grundlage vollzieht, d.h. die Gesichtspunkte bleiben während des Bewertens unverändert.

Das Prinzip der Widerspruchsfreiheit ist als normativ in dem Sinne zu verstehen, daß seine Befolgung im Bereich der sprachlichen Handlungen einer der Bedingungen für das Verstehen solcher Handlungen ist. Die Nichtbefolgung dieses Prinzips ist bei sprachlichen Handlungen möglich, aber solche sprachlichen Handlungen sind unverständlich und nicht zu rechtfertigen.

9.2 Hierarchie der Präferenzen, Bewertungen, Verantwortungen und ihre Konsistenz

Die Zusprenchung von Bewertungen (oder Verantwortung) geschieht in zeitlicher Aufeinanderfolge. Neben dieser Beziehung (ihre zeitliche Beharrlichkeit wird mindestens während der Untersuchung vorausgesetzt) stehen die Bewertungen, Werte und Verantwortungen gewöhnlich untereinander in einem Zusammenhang. Die Menge aller Beziehungen zwischen den Gegenständen in einem bestimmten Bereich nenne ich ein "System". Aus dieser Definition folgt, daß jeder Bereich Subsysteme hat; einige Subsysteme beziehen sich auf die Relationen zwischen Werten, andere auf die Relationen zwischen Verantwortungen und wieder andere auf die Relationen zwischen Werten und Verantwortungen etc.

Betrachten wir zuerst das Subsystem der Werte, d.h. einen Wert im Verhältnis zu anderen Werten. Die Beziehungen zwischen Werten untereinander können willkürlich oder auch nach bestimmten methodischen Regeln oder Idealen zusammengesetzt sein. Normalerweise werden die methodischen Ideale der Relation hinsichtlich dreier Konventionen einer Untersuchung über Werte zugrunde gelegt:

- t) Reflexivität einer Relation $R(x,y)$ besteht, falls für alle x gilt: $R(x,x)$;
- tt) Symmetrie einer Relation $R(x,y)$ besteht, falls für alle x und für alle y gilt: $R(x,y) \supset R(y,x)$;
- ttt) Transitivität einer Relation $R(x,y)$ besteht, falls für alle x und für alle y und für alle z gilt: $R(x,y) \wedge R(y,z) \supset R(x,z)$.

Die Spezifikationen der Relationen in einem Subsystem

sind notwendig, um die Relationen in dem System nach Regeln ordnen zu können. Diese Regeln sichern die Übersichtlichkeit, die Auffindbarkeit etc. der Werte oder der anderen Elemente und ihrer Merkmale in dem gegebenen System. Die vernünftigen Regeln eines Systems ermöglichen die Orientierung, das Auffinden und die Ableitung der gesuchten Relationen zwischen den Elementen des Systems. Eine vernünftige Ordnung der Werte und Normen soll nicht bloß widerspruchsfrei, sondern auch irreflexiv, asymmetrisch und transitiv sein.

Ich werde es am Beispiel der "Präferenzen" exemplifizieren:

xPy bedeutet, daß x in einem Bereich aus den Mengen der anstehenden Alternativen y vorgezogen wird.

xEy bedeutet, daß die Alternativen x , y unter dem bestimmten Gesichtspunkt der Bevorzugung gleich sind.

P ist irreflexiv, asymmetrisch und transitiv.

E ist reflexiv, symmetrisch und transitiv.

In den Mengen der Handlungsalternativen gibt es genau eine der folgenden Relation xPy , yPx , xEy über die die Präferenzen definiert sind. Eine solche Systematisierung der Präferenzen und damit auch der aus den Präferenzen abgeleiteten Bewertungen, Werte und Normen wurde durch die Reduktion der bestimmten Eigenschaften von Präferenzen ermöglicht. Die Reduktion der Mannigfaltigkeit der Eigenschaften von Präferenzen vollzieht sich zur Eindimensionalität, die dann, um vernünftig zu sein, die Eigenschaften von P und E haben soll. Die Eindimensionalität äußert sich als die Möglichkeit die Präferenzen miteinander immer vergleichen zu können. Die Vergleiche sind Relationen P (wird bevorzugt) und E (ist indiffe-

rent). Diese Relationen werden durch zweistellige Prädikate sprachlich ausgedrückt, die dann auch normiert werden können, wie wir es mit P und E getan haben. Die Reduktion der Eigenschaften von Präferenzen kann hinter der Eindimensionalität der Relation noch einen letzten Schritt weiter, bis zur Zählbarkeit der Präferenzen durchgeführt werden. Die einzelnen Präferenzen, Werte etc. werden dann mit natürlichen Zahlen identifiziert, die damit ihre Größe ausdrücken. Die so ausgedrückten Präferenzen, Werte etc. sind nicht nur vergleichbar, sondern auch zählbar und können mit mathematischen Operationen umgeformt werden. Ein sehr klares Beispiel für die zählbare Reduzierung von Präferenzen sind die allgemeinen Tauschmittel; das allgemeinste von ihnen ist das Geld, weil es fast keinen Gebrauchswert hat. Diese radikale Reduzierung von Präferenzen ist wegen ihrer Praktikabilität, Operationalisierbarkeit und Funktionalität entwickelt worden, andererseits führt diese Reduzierung zu vergleichbaren oder zählbaren eindimensionalen Entitäten, die als Darsteller und Träger der Präferenzen fungieren.

Durch die Hierarchie der Präferenzen werden Zuschreibungen von Bewertungen, Werten und Verantwortung nach unserer Konvention so ausgeführt, daß ihre Zusammensetzung in einem hierarchischen System möglich wird. Nun fragt man sich gleich nach den höchsten Präferenzen oder Werten eines Systems. Weil diese Frage auf die Grenze der Hierarchie von Präferenzen oder Werte allgemein abzielt, nenne ich diese Werte, die das System von oben eingrenzen "Grenzwerte".

Die Grenzwerte im Bereich der Natur sind die ökolo-

gischen Werte. Im sozialen Bereich ist der Grenzwert Frieden, denn ein ständiger totaler Krieg würde die Bedingungen für das Leben aufheben. Das schließt keine ständigen Konflikte und Kämpfe aus, die als Teilmenge der Koordinationen dargelegt wurden. Die Grenzwerte im individuellen menschlichen Bereich, der ein Teil des sozialen Bereichs ist, sind der Tod und die sog. Triebe. Der Tod bildet für jeden Menschen eine unaufhebare Tatsache des Lebens. Er begrenzt nicht nur das Leben, sondern seine Notwendigkeit konstituiert die individuell variierenden Möglichkeiten der Setzung von Zielen, d.h. von Zielen für das Leben des Einzelnen bis zu seinem Tod.

Die Grenzwerte sind die letzte Grundlage für die Rechtfertigung der Bewertungen in den angegebenen Bereichen. Wie Bewertungen durch ökologische Grenzwerte (natürliche Fakten) bestimmt sind, so sind die auch durch die Art der Zusammenarbeit und des Zusammenlebens (soziale Fakten) sowie auch durch Ideale, beeinflusst. Bei Bewertungen können auch individuelle Grenzwerte berücksichtigt werden. Die subjektive Setzung der individuellen Zielen ist neben den variablen Einflüssen der genannten Faktoren durch die Tatsache des eigenen Todes bestimmt. Das Leben der einzelnen Menschen kann nur als Ganzes bewertet werden und diese Ganzheit wird durch den Tod geschaffen. Man kann daraus folgern, daß man so leben soll, daß man sein ganzes eigenes Leben nach eigenen Maßstäben gut finden kann. Der Tod macht aus dem unvollendeten Leben eine Einheit, wobei niemand wissen kann, wie die anderen in der darauf folgenden Zeit diese Einheit bewerten wer-

den. Die Faszination und der Mythos des Todes liegt noch besonders in der Situation, daß jeder 'frei' ist, den Zeitpunkt seines eigenen Todes selbst zu bestimmen, falls sein Wille, seine eigene Einsicht zu vollziehen größer ist als seine Triebe oder sein Leiden. Durch die Antizipation des eigenen Todes werden die individuellen Grenzwerte entwickelt, die dann auch als Elemente für die Entwicklung der sozialen Grenzwerte wirken.

Die primäre Verantwortung ist das Einbeziehen der Folgen von Handlungen für die Bewertungs- und/oder Entscheidungssituation sowie das Entstehen für die Folgen dieser Handlung. Wie bei Präferenzen oder Werten kann die Verantwortung in einem hierarchischen System geordnet werden, um die Orientierung, Übersichtlichkeit, Auffindbarkeit und Zuordnung zu einzelnen Menschen, sowie die Folgerichtigkeit der Verantwortung zu garantieren. Die Relation $V(x,y)$ (d.h. x ist für y verantwortlich) ist irreflexiv, weil nicht alle Menschen für sich selbst verantwortlich sind, z.B. die Kinder. Die Relation $V(x,y)$ ist asymmetrisch, denn wenn x gegenüber y verantwortlich ist, muß y nicht gegenüber x verantwortlich sein, wenn z.B. y keine Menschen sind, wobei nur Menschen Verantwortung tragen können. Die Relation $V(x,y)$ ist intransitiv, da es möglich ist solche Systeme der Verantwortung zu bilden, bei denen sich die Verantwortung nicht im vollen Ausmaß mit der Transitivität überträgt. Es ist ein Unterschied in der Verantwortung, ob jemand, für den eine Person die Verantwortung trägt, einen Fehler begeht, oder ob die Person selbst den Fehler begeht. Da die Verantwortung nicht transitiv ist, kann sie

nicht in einem widerspruchsfreien hierarchischen System zusammengesetzt werden. Der Grund dafür liegt in der weniger umfassenden Reduktion bei ihrer Bildung, um Gegensatz zu den Präferenzen oder Werten. Mit anderen Worten, die Mannigfaltigkeit der Merkmale in der Bestimmung der Verantwortung ermöglicht keine widerspruchsfreie Zusammensetzung der verschiedenen Verantwortungen in einer Hierarchie.

Die Zuschreibung der kollektiven Verantwortung zu einem Individuum geschieht gemäß den gruppenspezifischen Einstellungen; diese Verantwortung ist in dem Maße unverbundlich hinsichtlich der Akzeptierung, sofern sie nicht die Grenzwerte als Verkörperung der notwendig zugeschriebenen Verantwortung bricht. Die Zuschreibung der kollektiven Verantwortung erfolgt durch Konventionen oder Institutionen. Da die Konventionen und Institutionen die Einstellung einer Gruppe von Menschen darstellen, kann die Nichtbefolgung der Regeln von Konventionen oder Institutionen ein Selbstausschluß genannt werden; was schon früher als Funktion der Sanktionen beschrieben wurde, nur hier vom Standpunkt der Gruppe und nicht vom Standpunkt derjenigen aus, welche die Anwendungsregeln der Konventionen oder Institutionen nicht befolgen.⁶⁰

Weil die Systematisierung der Verantwortung durch hierarchische Zusammensetzung wegen der mannigfaltigen unreduzierbaren Merkmale der Verantwortung unmöglich ist, gewinnt die kritische Verantwortung dadurch an Relevanz. Denn sie kann nicht nur individuelle Grenzwerte besser erkennen und in Betracht ziehen, sondern sie kann auch die kollektive Verantwortung mit ihrer eigenen Erfahrung

vergleichen und dann entscheiden, welche Verantwortung und wie eine bestimmte Verantwortung übernommen werden soll.

Es ist nur möglich die Hierarchie der Verantwortung in einem genau abgegrenzten System so zu erarbeiten, daß die Handlungserwartungen an seine Mitglieder in festen Rollen normiert werden, wie es bei einigen Institutionen der Fall ist. In solchen Systemen ist aus der strengen Normierung der auszuführenden und der zu unterlassenden Handlungen auch eine Verantwortung der Mitgliedern dieser Institution abzuleiten, welche eine hierarchische Systematisierung erlaubt. Die Verantwortung in einer institutionellen Hierarchie ist von der Stellung in der Hierarchie abhängig. Je höher die Stellung in der Hierarchie, desto größer die entsprechende Verantwortung. Diese Hierarchie der Verantwortung ist nur dann folgerichtig aufzubauen, wenn die Verantwortung mindestens in einem schwächeren Sinne transitiv ist.

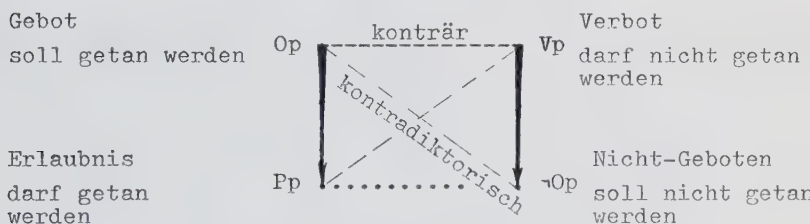
9.3 Deontische Gesetze

In jedem Bereich des menschlichen Handelns bestehen Regeln, nach denen gehandelt wird. Die allgemeinsten formalen Regeln nennt man "logische Regeln". Wissenschaften können von anderen Tätigkeiten dadurch abgegrenzt werden, daß sie logischen Regeln gemäß aufgebaut sind. Außer diesen allgemeinen Regeln für alle wissenschaftliche Bereiche - auch "Gesetze" genannt - hat jeder Bereich seine eigentümliche Gesetze, die nur für ihn gelten. Die Argumentationen der Ethik oder anderer Sozialwissenschaften bewegen sich in einem bestimmten Begriffsrahmen. Die Gesetze in diesem Bereich werden einerseits postuliert, andererseits sind es sprachliche oder praktische Konventionen oder Institutionen, die eine grundlegende methodische wie inhaltliche Bedeutung für den angegebenen Bereich haben. Die postulierten Gesetze wie die sozialen Fakten gebieten die Einhaltung ihrer Regeln durch direkte oder indirekte Sanktionen. Da die Einhaltung der Regeln sanktioniert ist, kann man von ihnen bedingte Gebote und Pflichten - d.h. ein Sollen ableiten. Falls eine Person etwas erreichen will und dies nur in Kooperation mit anderen möglich ist, muß sie an den Regeln der sozialen Fakten partizipieren.

Die Grenzwerte zeigen dagegen an, welche Gebote und Pflichten unbedingt gelten, falls das Überleben der Gattung und auch jedes Einzelnen gesichert werden soll.

Von den Geboten können andere Modalitäten abgeleitet werden, wie z.B. was verboten oder erlaubt ist. Zu diesem Zweck werden die deontischen Gesetze aufgestellt.

Die Zusammenhänge zwischen den grundlegenden deontischen Termini können entweder rein deskriptiv beschrieben werden, indem man die Verwendung dieser Termini untersucht, oder rein normativ, indem man Regeln aufstellt, wie diese Termini folgerichtig zu verwenden sind. In einem solchen Begriffsrahmen dürfen gemäß dem Ideal der Widerspruchsfreiheit keine Widersprüche auftreten. Die Beziehungen zwischen den grundlegenden deontischen Termini werden gegenwärtig folgendermaßen dargestellt:



$Vp = O\neg p$ (Verbot, daß p = es ist geboten p zu unterlassen)

$Pp = \neg Vp = \neg O\neg p$ (p ist erlaubt = p ist nicht verboten = es ist nicht geboten p zu unterlassen)

$Op \supset Pp$

$Vp \supset \neg Op$

Die Beziehungen in diesem deontischen Quadrat sind zunächst einleuchtend. Wenn ein(e) Sachverhalt (Handlung) p geboten (d.h. pflichtgemäß) ist, dann ist p auch erlaubt, nicht aber umgekehrt; wenn p verboten ist, dann ist p nicht geboten, aber nicht umgekehrt; p ist genau dann verboten, wenn p nicht erlaubt ist, und p ist genau dann geboten, wenn p nicht nicht-geboten ist.

Op (bzw. Vp, Pp) kann auf zwei verschiedenen Weise interpretiert werden:

- j) Op - p wird als eine Handlung interpretiert;
Op - p soll getan werden, z.B. für p ... schweigen
Op... es ist geboten zu schweigen;
- jj) Op - p wird als ein Sachverhalt interpretiert;
Op - es ist geboten, daß p; z.B für p ... Ulrich
schweigt, Op ... es ist geboten, daß Ulrich
schweigt.⁶¹

j) kann als Schema (Handlungsschema) aufgefaßt werden; für diejenigen, die die kritischen, individuellen, konventionellen oder institutionellen Gebote in diesem Bereich anerkennen oder für diejenigen, die durch Sanktionen mit solchen Handlungsschemata konfrontiert werden, ohne sie anzuerkennen.

jj) ist dagegen eine persönliche Aufforderung oder ein gruppenspezifisches Gebot, einen Sachverhalt wahr zu machen. In diesem Sinne ist jj) eine Spezifizierung von j).⁶²

Im weiteren werde ich ausschließlich die Deutung j) der deontischen Formel Op, Vp, Pp verwenden.

9.3.1 Exkurs: Handlungsschemata und konkrete Handlungen

Da eine Handlung unter anderem als eine absichtliche Veränderung in Bezug auf ein Ziel oder gemäß einer Regel beschrieben werden kann, können begriffliche Differenzierungen in Bezug auf Ziel und Regel einer Handlung durchgeführt werden; und dies in zweierlei Hinsicht, ob

es sich um ein allgemeines oder konkretes Ziel oder um eine allgemeine oder konkrete Handlung handelt:

Z) Handlungsziel: Z_j - allgemeine Handlung, Handlungsschema

Z_{jj} - konkrete Handlung

R) Handlungsregel: R_j - Handlungstyp

R_{jj} - Handlungsereignis

Zuerst muß der Handelnde durch die Entscheidung das Ziel seiner Handlung festlegen. Falls es Z_{jj} ist, folgt daraus R_{jj} . Wenn der Handelnde sich für Z_j entscheidet, dann impliziert Z_j (in einem Begriffsrahmen oder in einem System) R_j und aufgrund von R_j wird R_{jj} stattfinden. Oft werden Z und R identisch gehalten, d.h. $Z_j = R_j$ und $Z_{jj} = R_{jj}$, da die Handlung nicht als eine Tätigkeit verstanden wird, die sich aus zwei Schritten zusammensetzen läßt, der (auch impliziten) Setzung des Zieles einer Handlung, aufgrund dessen dann die Handlungsregel gefunden wird, gemäß deren die Handlung ausgeführt wird.

Die Unterscheidung zwischen den Handlungszielen und -regeln scheint mir auch dann sinnvoll zu sein, wenn die Ziele als Elemente eines Systems verstanden werden⁶³. Der Bezug der Handlungsregeln und -ziele wird folgendermaßen dargestellt:

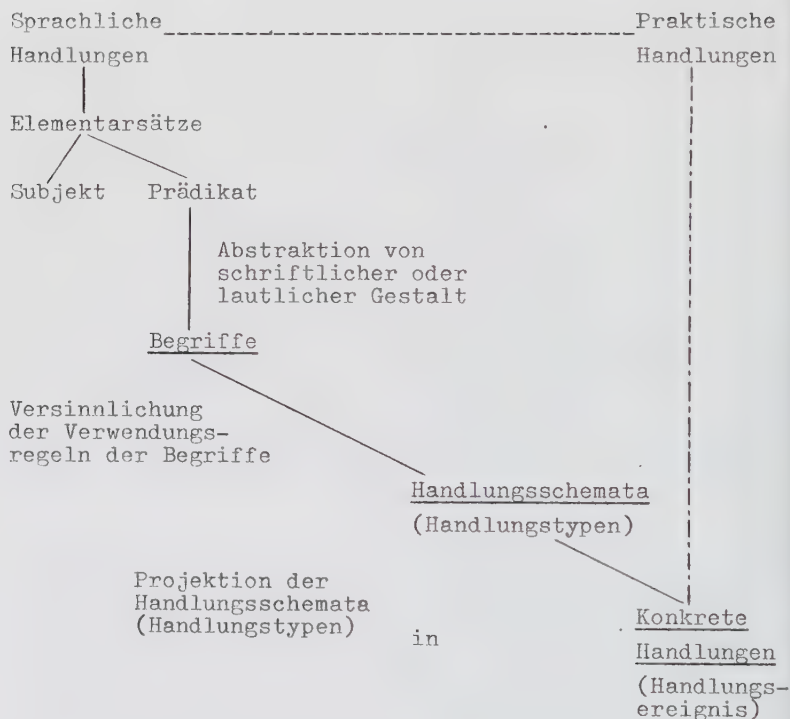
Die Regeln der Koordinationen, Konventionen und Institutionen sind Handlungstypen, die aufgrund der Ziele dieser sozialen Fakten gebildet wurden. Die Handlungstypen sind Vorlagen (Vorbilder) für die Handlungsereignisse. Die Terminologie, welche die Handlungsziele (oder funktionall ausgedrückt: die Zwecke) verwendet ist eine finale; sie setzt die Priorität für ihre Erklärungen

als Bedingtheit der Mittel zu einem bestimmten Ziel (Zweck) voraus. Dagegen setzt die Terminologie, die als grundlegende Termini die Regel verwendet, ihre Priorität für die Erklärung der Handlungen in der Unterscheidung zwischen regelhaftem und regelwidrigem Verhalten voraus. Die Übersetzung der Z-Terminologie in die R-Terminologie ist nur dann möglich, wenn die Mittel zu den gesetzten Zielen (Zwecken) mit der R-Terminologie darstellbar sind; dies habe ich hier selbst getan. Bei der umgekehrten Übersetzung von der R-Terminologie in die Z-Terminologie ist, falls überhaupt, die Korrelation der Regeln und der Ziele nicht leicht zu entdecken. Dazu müssen die impliziten Voraussetzungen der Theorie, in der diese Übersetzung durchgeführt werden soll, verwendet werden.

Kant behauptete, daß es eine ausgezeichnete Klasse von Regeln für Handlungsschemata gibt, die nicht die Anwendungsregeln der sozialen Fakten enthält. Kant bezeichnete diese Klasse der Regeln als das transzendente Schema. Dieses Schema hat nach Kant eine ganz andere Stelle und Funktion in unserer Erkenntnis als alle anderen Regeln. Es wurde gezeigt, daß die Regeln der sozialen Fakten aus pragmatischen Gründen zur Entlastung bei Entscheidungen etc. entstanden sind. Diese Regeln enthalten zugleich auch die Kriterien für die Bewertung der zu diesen Regeln gehörigen Handlungen. Kant meint dagegen, daß seine Schemata die versinnlichten Regeln der apriorischen Begriffe sind, welche die Erfahrung konstituieren. Er leitet seine Schemata von den Kategorien ab, die wiederum von ausgewählten Urteilen abgeleitet, apriorisch sein sollten, es aber nicht sind.⁶⁴

Er verfährt auf apriorische Weise so, daß die Kategorien verzeitlicht werden, und diese neu entstandenen Entitäten werden "transzendente Schemata" genannt. In unserem Zusammenhang ist diese Position insofern interessant, als sie die Erkenntnis und die von ihr initiierten Handlungen konstruktiv zu entwickeln versucht. Die Ergebnisse und die Entstehung der Handlungen werden in Kants Theorie nicht nur beschrieben, sondern diese Theorie versucht die Konstituenten für alle Erklärungen des Wissens oder der Handlungen in den apriorischen Strukturen des Erkennens und Handelns, die sich in apriorischen Urteilen äußern, zu entdecken.

Ein Bild meiner Interpretation von Kants Schematismus in Z-Terminologie (in Klammern R-Terminologie) ergibt folgende Skizze:



Die Durchführung des Schemas, d.h. die Versinnlichung der Begriffe, bestimme ich bei empirischen Begriffen als ein umgekehrtes Verfahren zur Abstraktion, durch die die empirischen Begriffe aus der konkreten sprachlichen Interaktion gewonnen wurden. Die Handlungsschemata der reinen (konstruktiven) Begriffe bilden dagegen einen Rahmen (Vorbild) für die konkreten Handlungen, die diesen Begriff charakterisieren sollen.

Weil Kant andere Auffassung von apriorischen Urteilen, damit auch von reinen Begriffen hat als die hier vertretene (ich betrachte seine apriorischen Urteile und Begriffe als konstruktive, nicht aber als apriorische⁶⁵), bestimmt er das Schema der reinen Begriffe auf andere Weise. In Bezug auf reine Begriffe glaubt Kant etwas finden zu müssen, was sowohl gemeinsame Merkmale in Bezug auf die Sinnlichkeit der Handlungen wie auf die Apriorität der reinen Begriffe besitzt. Kant glaubt, daß die Zeit die beschriebenen Funktionen erfüllen kann, denn sie hat mit den reinen Begriffen die Apriorität, d.h. die Allgemeinheit, mit der Sinnlichkeit die Notwendigkeit, d.h. daß das Sinnliche nur in der Zeit erfassbar ist, gemeinsam.

Die Frage, wie Begriffe (Sätze) und konkrete Handlungen zusammenhängen, wie sie sich beeinflussen oder bestimmen können, kann mit der kantischen Begriffsbestimmung (das Schema) in dem Sinne beantwortet werden, daß ein abstraktes Zwischenglied zwischen sprachlichen und konkreten Handlungen postuliert wird. Dieses Zwischenglied ist nicht sprachliche, nicht konkrete, d.h. eine abstrakte Handlung (was nicht ausschließt, daß sie durch sprachliche ausgedrückt werden kann). Bei diesem Zwischenglied, dem Handlungsschema, besteht keine Kontextabhängigkeit von konkreten Interaktionen; es ist ein Handlungstyp, unter den konkreten Handlungen (Handlungsereignisse) subsummiert werden können. Das Handlungsschema (Handlungstyp) ist sprachlich darstellbar und damit auch sprachlich initiiierbar.

Die ethischen Handlungsschemata versuchen eine gute Regelform und Ziele für das Zusammenleben von Menschen zu finden. Aus dieser Sicht sind ethische Handlungsschemata interessant, denn sie konstituieren eine neue Welt, die auf konkrete Handlungen nicht nur einen Einfluß ausübt, sondern auch einige Handlungen in dem Sinne initiiert, daß ohne sie die konkreten Handlungen nicht vollzogen würden. Dieses Erzeugen von konkreten Handlungen ist nicht notwendigerweise durch Handlungsschemata unmittelbar, es kann auch durch Einsicht mittelbar initiiert werden. Aber auch, wenn die Handlungsschemata durch Einsicht hervorgebracht und gerechtfertigt werden, ist es nicht notwendigerweise in der Macht des wissenden Menschen, sie in konkrete Handlungen umzusetzen. Dies wird durch ein Erlernen dieser Umsetzung und durch viele andere Aspekte des einzelnen menschlichen Lebens sowie der Gemeinschaft mitbestimmt. Umgekehrt gilt: man kann keine guten ethischen Normen in der Form von Handlungsschemata bilden, ohne sie als einsichtige zu konstruieren und sich ihrer als solche auch bewußt zu sein, d.h. sie rechtfertigen zu können.

Die Schematisierung der reinen (konstruktiven) Begriffe wird am Beispiel der "Freiheit" gezeigt. Der Begriff "Freiheit" kann nicht so versinnlicht werden, daß man ein (sinnliches) Bild von der "Freiheit" bekommen kann. Die Regeln, nach denen dieser Begriff konstruiert ist, können aber versinnlicht werden: so entsteht dann das Handlungsschema vom Begriff "Freiheit". Dieses Handlungsschema kann als Bewußtsein von Handlungsalternativen in einer Entscheidungssituation beschrieben werden, insofern

es handlungsbestimmend sein kann.

Aus diesem Grunde kann die gleiche konkrete Handlung in verschiedenen Kontexten einmal als unfrei und einmal als frei angesehen werden. Die Freiheit hängt damit nicht nur von natürlichen und sozialen Fakten sowie von Idealen, sondern auch von der Kenntnis dieser Entitäten ab.

9.3.2 Deontische Termini und ihre Beziehungen

Viele Autoren⁶⁶ stellen fest, daß die Termini in dem deontischen Quadrat nicht die einzigen sind, die wir bei den präskriptiven Beschreibungen von Handlungen verwenden. R. M. Chisholm⁶⁷ versuchte eine größere Klasse der deontischen Termini zu beschreiben, indem er Handlungen angibt, deren Vollzug gut, schlecht oder neutral ist, wobei diese Handlungen geboten, verboten oder erlaubt sind. Er systematisierte die neu entstandenen Möglichkeiten so, daß der ethische Status der Handlungen folgendermaßen festgelegt wird:

"a) ob ihre Verrichtung gut, schlecht oder weder gut noch schlecht sei; und b) ob ihre Nichtverrichtung gut, schlecht oder weder gut noch schlecht sei. Für jede Handlung liegen daher neun Möglichkeiten vor, die in der begleitenden Tabelle dargestellt sind. Die Buchstaben 'g', 's' und 'n' stellen beziehungsweise "gut", "schlecht" und "weder gut noch schlecht" ("neutral") dar; sie sind derartig gepaart, daß das erste Glied jedes Paares sich auf Verrichtung, das zweite auf Nichtverrichtung bezieht:

1. s, s total anstößig
2. s, n Anstößigkeit im Ausüben
3. s, g Verboten
4. n, s Anstößig im Unterlassen
5. n, n total gleichgültig
6. n, g übergebürliche Unterlassung .
7. g, s pflichtmäßig
8. g, n übergebürliche Ausübung
9. g, g total übergebürlich"⁶⁸.

Chisholm fiel auf, daß wir mehrere Bewertungsprädikate, die konventionell sind, auf Handlungen anwenden und daß wir dabei unterscheiden, ob wir die Prädikate auf das Verrichten oder Nichtverrichten der Handlungen beziehen. Chisholm führt seine Untersuchung anhand der Prädikate "gut", "schlecht" und "weder gut noch schlecht" durch, wobei diese Prädikate auf die Befolgung der Anwendungsregeln der sozialen Fakten Bezug nehmen. Es können aber viele andere, meist konträre Prädikate außer "gut" und "schlecht" wie z.B. "richtig", "unrichtig", "bewußt", "unbewußt" usw. angewendet werden. Durch eine solche zusätzliche Einführung von Paaren der konträren Handlungsprädikate könnten die zu beschreibenden Handlungen differenzierter erfaßt werden. Dabei würden aber so viele Kombinationen entstehen, daß ihre richtige Anwendung nicht mehr möglich wäre; die Grenze der Übersichtlichkeit und Vagheit würde nicht eingehalten und es würden Kombinationen entstehen, die kein sprachliches Äquivalent haben. Schon bei Chisholm sind die total anstößigen Handlungen, wie z.B. das widerspruchsvolle Versprechen, oder die to-

tal übergebührliehen Handlungen, wie z.B. das Versprechen einer Tautologie, solch besondere Handlungen, die keinen Namen in der Umgangssprache besitzen.

Bei der komplementären Aufteilung aller Handlungen in ein Verrichten und Nichtverrichten einer Handlung hat Chisholm nicht die Fälle in Betracht gezogen, bei denen nicht sinnvoll vom Verrichten oder Nichtverrichten einer Handlung gesprochen werden kann. Vorausgesetzt, eine Person kann nicht schreiben, dann ist es nicht angemessen über sie zu sagen, wenn sie nicht schreibt, daß sie das Schreiben nicht verrichtet, d.h. unterläßt. Auch bei dieser neuen Möglichkeit neben dem Verrichten und Nichtverrichten einer Handlung gibt es die konventionellen oder institutionellen Bewertungen mit gut, schlecht etc. Damit vergrößert sich die Tabelle von Chisholm folgendermaßen:

1. s, s, s total anstößig
2. s, s, n
3. s, s, g
-
-
- 26.g, g, n
- 27.g, g, g total übergebührlieh

Die dritte Spalte zeigt die neue, von Chisholm nicht erfaßte Möglichkeit. In dieser erweiterten Tabelle sind dann auch die Situationen erfaßt, in denen die betreffende Person nicht fähig ist die Handlungen auszuführen oder zu unterlassen, oder in denen sie die Handlungen nicht kennt und sie deshalb nicht ausführen oder unterlassen

kann. Beide Fälle, die in der dritten Spalte zusammen erfaßt werden, können in verschiedenen Situationen als gut, schlecht, neutral etc. bewertet werden. So kann es manchmal gut sein, wenn eine Person nicht schreiben kann, wobei das Verrichten oder Nichtverrichten dieser Handlung als gut (schlecht, neutral) bewertet werden kann. Um nicht alle 27 Alternativen bei jeder Handlung beachten zu müssen, werden in einigen Systemen Regeln zu Reduktion dieser Alternativen eingeführt. So wird in manchen Systemen die Unkenntnis oder Unfähigkeit eine Handlung zu verrichten oder nicht zu verrichten mit dem Nichtverrichten dieser Handlung gleichgesetzt. Dem entspricht auch die Regel: Unkenntnis (der Gesetze) schützt vor Strafe (aufgrund dieser Gesetze) nicht. Die methodische Notwendigkeit, die Differenzierung zwischen dem Nichtverrichten einer Handlung und der Unkenntnis oder Unfähigkeit, diese Handlung zu verrichten und der pragmatischen Schwierigkeit, diese Differenzen intersubjektiv festzustellen, wird auch darum nicht beachtet, weil die Feststellung der mentalen Zustände, wie der des Wissens einer Person problematisch ist, um sie z.B. bei Gerichten als entscheidende Grundlage für eine Bewertung anwenden zu können.

Eine andere, außer der schon beschriebenen Art, Bewertungen von Handlungen zu differenzieren, die Konventionen oder Institutionen für gut, schlecht etc. auf das Verrichten, Nichtverrichten oder die Unkenntnis und Unfähigkeit anwendet, ist die Reduktion aller vorhandenen Bewertungen in einem bestimmten Bereich auf die natürliche Zahlenreihe. Die Notengebung ist ein Beispiel für

eine solche Reduktion auf eine endliche Anzahl von Zahlen, deren Zusprechung als Bewertung gemäß einer Konvention erfolgt.

Nach der Behandlung der angemessenen Auswahl der deontischen Termini und ihrer weiteren möglichen Differenzierungen, sollen jetzt die Beziehungen der deontischen Termini im deontischen Quadrat untersucht werden.

Falls wir die Gebote (Pflichten) als Ausgangstermini der deontischen Beziehungen betrachten, werden die anderen Termini als Derivate der Gebote angesehen. Diese Annahme gewinnt ihre Berechtigung aus der Tatsache, daß die Gebote, die durch die bestehenden sozialen Fakten und mit Hilfe deren Sanktionen definiert sind, am deutlichsten und klarsten zu identifizieren sind. Im deontischen Quadrat wird neben dem Terminus "Gebot" und seinen Derivaten auch eine Operation "Negation" verwendet. Ihre Anwendung ist nicht der in der Aussagenlogik gleich, mit der wir das Prinzip der Widerspruchsfreiheit gebildet haben. Die deontischen Sätze lassen sich nicht nur als ganze Sätze, sondern auch innerhalb der Sätze negieren. Es gibt einen Unterschied zwischen " $\neg Op$ " und " $O\neg p$ ". Die letzte, spezifisch deontische Negation setzt ein duals System voraus, in dem es nur eine Verrichtung oder Nichtverrichtung einer Handlung gibt. Die Unkenntnis oder Unfähigkeit eine Handlung zu verrichten oder nicht zu verrichten wird auf zwei Modi - Verrichtung oder Nichtverrichtung reduziert. So kann in einem dualen System die deontische Widerspruchsfreiheit folgendermaßen definiert werden:

$\neg(Op \wedge O\neg p)$ oder, was das gleiche ist $\neg(Vp \wedge V\neg p)$

In einem dualen System darf nicht eine Verrichtung und zugleich eine Nichtverrichtung derselben Handlung geboten (verboten) werden. Für den Operator P (Erlaubnis) gilt das Prinzip der Widerspruchsfreiheit nicht. Es kann in einem dualen System eine Handlung sowie das Unterlassen dieser Handlung erlaubt sein ($Pp \wedge P\neg p$). Solche Handlungen werden "indifferent" genannt.

Der Unterschied zwischen der logischen $\neg(Op \wedge \neg Op)$ und der deontischen $\neg(Op \wedge O\neg p)$ Widerspruchsfreiheit äußert sich in dem Unterschied zwischen $\neg Op$ (es ist nicht geboten p auszuführen) und $O\neg p$ (es ist geboten p zu unterlassen). Das Verhältnis zwischen der deontischen Negation ($O\neg p = Vp$) und der logischen Negation ($\neg Op$) ist im deontischen Quadrat aufgezeigt. Aus der deontischen Negation ist die logische Negation abzuleiten; die logische Negation ist eine allgemeinere Negation als die deontische Negation. Die deontische Negation ist ein Spezialfall der traditionellen zweiwertigen Negation der formalen Logik.

Nun sollen die Beziehungen der deontischen Termini im deontischen Quadrat untersucht werden. Die Gebote und Verbote werden mit (1) normiert:

$$(1) Op = V\neg p$$

Was als geboten gilt, ist genau dann verboten zu unterlassen.

Es kann auch eine Implikation zwischen Geboten und Verboten aufgestellt werden. Wenn eine Handlung geboten wird, dann ist (oder soll) diese Handlung nicht verboten (sein); dies gilt aber nicht umgekehrt, denn was nicht verboten ist (oder sein soll), muß nicht geboten sein. Das heißt,

es gilt:

$$(2) Op \supset \neg Vp$$

Weil gemäß unserer Festlegung im deontischen Quadrat auch (3) gilt:

$$(3) Pp = \neg Vp$$

was verboten ist, ist nicht erlaubt und was erlaubt ist, ist nicht verboten; können wir mit (2) und (3) zu

$$(4) Op \supset Pp$$

übergehen. Dies wurde schon im deontischen Quadrat aufgezeigt.

Analog gilt, wenn in (2) "p" durch "¬p" ersetzt wird:

$$(5) O\neg p \supset \neg V\neg p$$

Aus (5) und (1) folgt

$$(6) Vp \supset \neg Op$$

(6) ist die zweite Implikation, die im deontischen Quadrat aufgezeigt wurde.

Die Eigenschaften von "Erlaubnis" werden im deontischen Quadrat durch (4) und

$$(7) Pp = \neg O\neg p$$

zu "Geboten" festgesetzt. Wie wir zeigen werden, sind die Eigenschaften von "P" contraintuitiv. Nach (4) gilt:

$$(8) O(p \vee q) \supset P(p \vee q)$$

Nach (7) gilt:

$$(9) P(p \vee q) = \neg O\neg(p \vee q) = \neg O(\neg p \wedge \neg q)$$

Falls wir das Axiom

$$A_0 / O(p \wedge q) = Op \wedge Oq$$

anerkennen, folgt aus (9)

$$(10) P(p \vee q) = Pp \vee Pq$$

Wenn es erlaubt ist zu schweigen oder wegzugehen, dann ist es erlaubt zu schweigen oder es ist erlaubt wegzugehen und umgekehrt. Dieses Ergebnis ist contraintuitiv. Aus diesem Grunde stellt z.B. von Wright⁶⁹ das Axiom

$$A_p / P^+(p \vee q) = Pp \wedge Pq \quad P^+ \dots \text{eine starke Erlaubnis auf.}$$

Diese wie andere Verbesserungen im Begriffsrahmen und in den Relationen der deontischen Logik erklären aber nicht, was eine gebotene (verbotene oder erlaubte) Handlung ist.

9.3.3 Analyse der Gebote als sanktionierbarer Handlungen

Es wird am Beispiel der gebotenen Handlung, die als Grundlage für die Erklärung von verbotenen oder erlaubten Handlungen vorausgesetzt wird, gezeigt, was eine solche Handlung ist, d.h. wozu sie verwendet wird und wie sie entsteht.

Eine gebotene Handlung ist eine Handlung, die dem Adressaten zeigt, welche Präferenzen bezüglich bestimmter Sachverhalte der Sprecher oder die Gruppe hat. Im engeren Sinne wird eine solche Handlung eine gebotene Handlung genannt, welche die Gruppenpräferenzen einer größeren oder anerkannten Gruppe darstellt. Damit ist

gesagt; die gebotene Handlung ist eine solche Handlung, die gemäß den Regeln der Koordinationen, Konventionen und Institutionen (= der sozialen Fakten) vollzogen wird. Das heißt im folgenden, daß die Teilnehmer der sozialen Fakten Erwartungen gegenüber denjenigen haben, die aufgrund festgelegter Merkmale zum Geltungsbereich dieser sozialen Fakten gehören. Diese Erwartungen der Teilnehmer äußern sich durch die Androhung von Sanktionen oder durch das 'Versprechen' von Belohnungen gegenüber denjenigen, von denen eine Handlung oder ihre Unterlassung erwartet wird. Dieser Sachverhalt, daß bestimmte Menschen Erwartungen gegenüber anderen Menschen haben und dies äußern, nennt man "Gebote" ("Pflichten"). Es sind angedrohte Sanktionen (bzw. Belohnungen) und/oder die Autorität, die das Bestehen der Erwartungen identifizierbar machen, welche die sozialen Fakten und damit auch Gebote, Bewertungen etc. konstituieren.

Der Standpunkt der Personen, die bestraft werden (sollen), ist der erste, von dem aus die Sanktionen beschrieben werden können. Der zweite Standpunkt ist der Standpunkt derjenigen Personen, welche die Regeln der sozialen Fakten vertreten, indem sie die Sanktionen schaffen, androhen, ausführen, verhängen oder bejahen. Beide Standpunkte fallen in den Bereich der internen Beschreibung - der Sprecher ist beteiligt an dem beschriebenen Sachverhalt, indem er den ersten oder den zweiten Standpunkt annehmen muß. Die externe Beschreibung wird von einem Sprecher geleistet, der sich als unbeteiligt - als Beobachter - darstellt. Dies schließt nicht aus, daß die beschriebenen Beteiligten einen von beiden Standpunkten

einnehmen müssen. Es kann Fälle geben, in denen eine Person in verschiedener Hinsicht beide Standpunkte einnimmt, z.B. sich selbst vom Standpunkt der bestehenden Konvention oder Institution aus sanktioniert und die Sanktionen der bestehenden Konvention oder Institution sich selbst gegenüber ausführt.

Aus der Sicht des Betroffenen scheinen die expliziten oder impliziten Sanktionen eine Strafe oder Belohnung zu sein. Aus der Sicht der Teilnehmer oder Vertreter der Konventionen oder Institutionen heraus erscheinen die Handlungen des Betroffenen, die die Anwendungsregeln der Konventionen oder Institutionen verletzen, als Handlungen, mit denen sich der Betroffene selbst aus den Konventionen oder Institutionen ausschließt⁷⁰. Beide Standpunkte setzen voraus, daß der Betroffene regelkonform handeln könnte, falls er es gewollt hätte. Die zweite Voraussetzung der beiden Standpunkte ist, daß dem Betroffenen die Anwendungsregeln der Konventionen oder Institutionen bekannt sind und daß er fähig ist sie auszuführen, falls er sich dazu entscheidet. Nur unter solchen Voraussetzungen kann der Betroffene die Sanktionen bewußt und freiwillig auf sich nehmen oder sie akzeptieren, wenn er regelwidrig handelt.

Der Status der Sanktionen wird traditionell als logische Folge (Implikation) eines Zustandes, der als Bestehen einer Norm, und die Nichtbefolgung dieser Norm als Pflichtverletzung charakterisiert wird, beschrieben. Falls eine Handlung geboten, d.h. pflichtgemäß ist (Op) und die Sanktion als S symbolisiert wird, dann gibt es unter

unter vielen anderen Möglichkeiten folgende Formalisierungen der Sanktionen:

Falls Op gilt

e) $\neg(p) \supset OS$

f) $Op = N(\neg p \supset S)$ N ... es ist notwendig, daß ..

g) $N(Q = \neg S)$

e) hat z.B. Weinberger⁷¹, f) Anderson⁷² und g) v. Wright⁷³ vertreten. Warum ich diese Formulierungen für falsch oder unangemessen halte, werde ich auf dem Hintergrund der Erklärung, welchen Status eine gebotene Handlung hat und wie sie mit deontischen und logischen Operatoren adäquat zu beschreiben ist, zeigen.

Gebotene (pflichtgemäße) Handlungen sind solche, die gemäß den bestehenden sozialen Fakten vollzogen werden. Die richtige Erfassung der gebotenen Handlungen ermöglicht auch die richtige Erfassung der Sanktionen, die durch die Pflichtverletzungen charakterisiert wurden.

Dazu möchte ich die folgende Unterscheidung von Hintikka⁷⁴ verwenden:

(u) $O(p \supset q)$	prima facie Pflichten
(v) $p \supset Oq$	aktuelle (absolute) Pflichten

Vergleichen wir e), f), g) mit (u) und (v). e) hat offensichtlich die Form (v). f) versucht die deontische Operation Op in eine modale (N) zu überführen; weder (u) noch (v) sind f) angemessen. Für g) gilt das gleiche wie für f). Nun fragt man sich, ob (v) die angemessene Formalisierung von gebotenen (pflichtgemäßen) Handlungen ist, wenn wir die modallogischen Operatoren als unange-

messen außer Acht lassen. Ich behaupte (mit Hintikka), daß (v) keine adäquate Beschreibung von gebotenen Handlungen ist; (u) dagegen ist die richtige Formalisierung des Sachverhalts, daß eine Handlung geboten ist. (u) ist eine deontische Implikation, (v) ist eine materielle Implikation.

Ich werden den Unterschied zwischen (u) und (v) an einem Beispiel mit Sanktionen exemplifizieren. Es ist innerhalb der Institution des Straßenverkehrs geboten, keine Kreuzung mit funktionierenden Ampeln bei rot zu überqueren ($O\tau p$). Die Vertreter dieser Institution (Polizei) bestrafen die Nichteinhaltung dieser Pflicht unter anderem mit Geldstrafen (S). Nun kann man sich überlegen, welche Formalisierung diesem Sachverhalt entspricht.

Prämisse: $O\tau p$ $p \dots$ bei rot über die Kreuzung zu gehen oder zu fahren.

(u)_p $O(p \supset S)$ Es ist geboten: wenn jemand bei rot über die Kreuzung geht oder fährt, dann wird er bestraft.

(v)_p $p \supset OS$ Wenn jemand bei rot über die Kreuzung geht oder fährt, dann ist es geboten, daß er bestraft wird.

In (v)_p folgt aus dem Vorhandensein von p logisch (was in f) und g) als Notwendigkeit formuliert wurde) eine Strafe S. Falls p wahr ist, muß (im Sinne der logischen Notwendigkeit) ein Gebot, die Strafe S zu vollziehen folgen. Die Ausführung der gebotenen Sanktion S ist die logische Folge der Wahrheit des Satzes p. Dies ist offensichtlich falsch. Denn wenn eine Person gegen Mitternacht auf einer leeren Kreuzung bei rot die Straße überquert, dann folgt aus dieser Tatsache weder logisch noch erweist

sich als notwendig, daß sie bestraft wird. Einige Vertreter⁷⁵ dieser Auffassung (v) haben diese Behauptung dadurch abgeschwächt, daß sie anstatt der Ausführung der gebotenen Sanktion, d.h. der Strafe die Strafbarkeit eingesetzt haben. Diese Einsicht ist richtig, und die einzige Konsequenz daraus kann sein, daß (v) nicht adäquat ist, denn die "Strafbarkeit" heißt, es ist geboten: wenn p, dann S. In (u) kann es Fälle geben, bei denen p wahr ist, aber keine Strafe S folgt.

Da die gebotenen (pflichtgemäßen) Handlungen mit Hilfe von Sanktionen erklärt wurden, ist die Formulierung (u) die richtige für die Formalisierung der gebotenen Handlungen, denn nur sie erlaubt die Strafbarkeit der regelwidrigen Handlungen zu erfassen. (u) ist eine deontische Implikation, die in einer deontisch vollkommenen Welt, in der alle Pflichten erfüllt sind, gilt. Man kann eine solche Welt wie Kant postulieren. Er schrieb: "Ich verstehe aber unter einem Reiche (der Zwecke) die systematische Verbindung vernünftiger Wesen durch gemeinschaftliche Gesetze"⁷⁶. Diese Gesetze sollen dann die allgemeinen Pflichten aller definieren, so daß sie in dieser deontisch vollkommenen Welt immer erfüllt werden. In dieser Welt sind alle Pflichten der realen Welt erfüllt. Lenk wendet dagegen ein, daß "viele Verpflichtungen aus der Tatsache und der Erwartungen resultieren, daß Personen der realen Welt ihre Verpflichtungen nicht erfüllen. Auch können Reparationspflichten gegenüber Kriegs- und Verbrechensoptionen keine Widerspiegelung in einer deontisch vollkommenen Welt finden, da in dieser die vorausgesetzten Normverletzungen gar nicht hätten

geschehen können"77.

Die deontisch vollkommene Welt und Ideale sind aber nur Postulate, wie es sich verhalten soll, nicht wie es ist. Die Funktion solcher vollkommenen Entwürfe ist nicht, die Realität möglichst angemessen zu beschreiben, sondern eine Orientierungshilfe innerhalb der Menge aller möglichen Alternativen zu geben und durch Selektion und Regulierung das beste System nicht nur zur Beschreibung der realen Welt zu finden, sondern auch um die beste Entwicklungsalternative aufzuzeigen.

Die deontischen Implikationen drücken ein wichtiges Merkmal der realen Pflicht aus; nämlich, daß nicht alle Pflichten erfüllt werden. Auch die Implikationen zwischen dem Bestehen einer Pflicht Op mit einer aktuellen (absoluten) Pflicht $p \supset Oq$ und einer Pflicht Oq ist nur mit der deontischen Implikation darstellbar. So ist die folgende Formel (R) ungültig.

(R)	$(Op \wedge \neg p \supset Oq) \supset Oq$	für q wird eine Kontradiktion
	$(Op \wedge \neg p \supset f) \supset f$	eingesetzt
	$\neg(Op \wedge p)$	
	$Op \supset p$	

Die letzte Formel ist ungültig. Daraus folgt, daß (R) auch ungültig ist.

Die Formel $(Op \wedge \neg p \supset q) \supset Oq$ ist dagegen gültig (die absolute [aktuelle] Pflicht wurde durch eine prima facie Pflicht ersetzt), weil es gilt $O(p \supset q) \supset (Op \supset Oq)$.

Die Unterscheidung zwischen (u) und (v) verhindert auch die contraintuitiven Folgen der aktuellen Pflichten wie z.B. daß aus der Unterlassung einer Handlung $(\neg p)$ eine aktuelle Pflicht folgt, die besagt, daß aus der

Ausführung dieser Handlung (p) eine beliebige gebotene Handlung (Oq) folgt.

(S) $\neg p \supset (p \supset Oq)$ ist gültig

Beweis: wir setzen die Formel (S) als ungültig voraus.

(T) $\neg(\neg p \supset \neg \neg p \supset Oq)$

$(\neg p \wedge \neg \neg p \supset Oq)$

$\neg p \wedge \neg(\neg p \wedge Oq)$

$\neg p \wedge p \wedge Oq$

Dies ergibt einen Widerspruch, d.h. die Voraussetzung (T) gilt nicht. Daraus folgt, daß die Formel (S) gültig ist, was zu beweisen war.

Wegen des Unterschieds zwischen der deontischen und der materiellen Implikation müssen die gebotenen Handlungen folgendermaßen definiert werden:

$Op = O(\neg p \supset S)$

Eine Handlung p ist geboten, ist äquivalent mit dem Gebot: wenn die Handlung p nicht ausgeführt (unterlassen) wird, dann folgt die Sanktion S.

Die Gebote werden von den Teilnehmern der Koordinationen in Form von Befehlen geäußert, was bei Konventionen oder Institutionen nicht immer der Fall sein muß. Die Sanktionen werden von den Teilnehmern der Koordinationen, Konventionen und Institutionen als Strafe (bzw. Belohnung) konzipiert. Das heißt nicht, daß die Sanktionen, die aus der Sicht der Teilnehmer der Koordinationen, Konventionen und Institutionen als Strafen (bzw. Belohnungen) konzipiert sind, auch aus der Sicht des Betroffenen als Strafe (bzw. Belohnung) empfunden werden müssen. Bestimmte Strafen (bzw. Belohnungen) können aus einer

bestimmten Sicht als Belohnungen (bzw. Strafen) interpretiert werden, was aber am Status der Sanktionen prinzipiell nichts ändert. In einem solchen Fall verfehlt die beabsichtigte Wirkung ihr Ziel. Falls sich eine solche individuelle Umpolung der Strafen in Belohnungen (bzw. der Belohnungen in Strafen) verbreitet, sind die Teilnehmer der sozialen Fakten gezwungen, die Strafen wie die Belohnungen zu ändern, weil sich die Ausgangssituation, die individuellen Präferenzen der Teilnehmer verändert haben. Bei den allgemeinsten Strafen (Geldstrafen und Freiheitsentzug) ist eine solche Umpolung sehr schwer, weshalb gerade solche Strafen die beständigsten und wirksamsten sind.

Die Sanktionen geben den Teilnehmern der sozialen Fakten ein Mittel an die Hand, um bei Dissidenten, falls diese nicht 'freiwillig' ihren Selbstausschluß aus der Koordination, Konvention oder Institution bei regelwidrigen Handlungen vollziehen wollen, den Ausschluß mit Sanktionen zu erzwingen.

Die Gebote sind keine Beschreibungen von raum/zeitlichen Gegenständen, sondern Gebote sind durch die potentielle Ausführung von Handlungen geäußerte Erwartungen. Es gibt nicht nur, wie die Befehlstheorie vermutet hat, besondere individuelle Gebote (Befehle), sondern neben den Befehlen sind es auch soziale Handlungspräsuppositionen in Form von Erwartungen, die einerseits die Konventionen und Institutionen hervorbringen und andererseits die gruppenspezifischen Gebote konstituieren. Damit ist der enge Zusammenhang zwischen Geboten und dem Bestehen von

Koordinationen, Konventionen und Institutionen geklärt. Da die Gebote geäußerte Erwartungen sind, sind sie von Gebilden abhängig, die auch durch die Bildung von gegenseitigen Erwartungen rekonstruiert wurden. Diese Gebilde nannten wir "soziale Fakten", die nach dem vorhergehenden die deontischen Entitäten hervorbringen.

10. Schluß

In der Einleitung hatte ich mir vorgenommen, die Ansätze der Handlungs- und Spieltheorie um die von ihnen vernachlässigte soziale Komponente zu erweitern. Zunächst habe ich die Methoden der Handlungs- und Spieltheorie kritisch gesichtet und explizit dargestellt. Die Analyse der methodischen Annahmen bestätigte die anfangs vermutete Schwäche einer mangelnden Berücksichtigung der sozialen Komponente. Die sich anschließende Rekonstruktion der Formen des sozialen Lebens mit Hilfe des spieltheoretischen Instrumentariums verlangte eine präzise Bestimmung der Begriffe der Koordination, Konvention und Institution. Als Formen des menschlichen Verhaltens dienten bei den Koordinationen feststellbare Regeln, bei den Konventionen oder Institutionen Verhaltensregularitäten, so daß eine genetische Rekonstruktion der Institutionen aus Konventionen oder Koordinationen einerseits und der Konventionen aus Koordinationen andererseits möglich wurde.

Ausgehend von dem Begriff der Koordination wurde der Begriff der Konvention als eine solche Koordination bestimmt, an die sich die Teilnehmer gewöhnt haben und die sie aus diesem Grunde auch anderen Verhaltensweisen vorziehen. Der Begriff der Institution wurde durch das Sanktionieren (=Erhebung zu einem neuen Status mittels einer Autorität) und/oder durch die Einführung der expliziten Sanktionen (=Strafen und/oder Belohnungen) aus den Begriffen der Koordination oder Konvention rekonstruiert. Die Koordinationen, aus denen die Institutio-

nen durch das Sanktionieren und/oder die Einführung der expliziten Sanktionen hervorgehen, sind Vorentscheidungen einer kleinen Gruppe für eine andere, gewöhnlich größere Gruppe, die die erstere auch enthalten kann.

Die gewonnene begriffliche Bestimmung von Koordination, Konvention und Institution, die zusammen "soziale Fakten" genannt wurden, lieferte auch einen Begriffsrahmen für die Erklärung der sozialen Sachverhalte innerhalb der Handlungstheorie. Durch die formale Bestimmung von Sanktionen und Gewohnheiten sowie durch die Erklärung von deren Funktion wurden auch Machtaspekte in der sozialen Welt lokalisiert. Die Spieltheorie abstrahiert in ihrem ursprünglichen Ansatz auch von diesen Machtaspekten. Am Beispiel der Erklärung von Moral und Recht wurde die Stärke des rekonstruierten Begriffsapparats an neueren angelsächsischen Theoriebildungen gemessen.

Im dritten Kapitel wurde dann in concreto der Einfluß der sozialen Fakten auf die Bewertungssituation dargestellt, die sich als einer der relevantesten Konstituenten für die Bewertungshandlungen erwies. Im weiteren untersuchte ich die Relationen zwischen den Bewertungen und den Beschreibungen auf dem Hintergrund des Bestehens von sozialen Fakten, was zur Problematik der Ableitung des Sollens aus dem Sein führte. Einer der letzten Versuche (Searle), diese Differenz als unhaltbar darzustellen, wird kritisiert. Dabei wird gezeigt, daß Mißverständnisse aus einer unklaren Verwendung der Begriffe "deskriptiv" ("sein") und "präskriptiv" ("sollen") hervorgehen und/oder aufgrund einer Nichtbeachtung des Einflusses der sozialen Fakten und deren Beschreibung auf

die Differenz von Sollen und Sein. Als Ergebnis wurde festgehalten, daß nicht nur zwischen deskriptiven und präskriptiven Sätzen unterschieden werden muß, sondern auch zwischen deskriptiven Sätzen, die eine Institution oder Konvention und solchen, die keine Institution oder Konvention beschreiben.

Im nächsten Abschnitt wurde untersucht, welche Parameter die allgemeine Beschreibung bedingen, d.h. durch welche Merkmale das allgemeine Beschreiben relativierbar ist. Eine bestimmte Interpretation desselben Gegenstandes in gleicher Situation, welche bloß durch die Verschiedenheit der Menschen bedingt ist, wurde "Ideologie" genannt. Diese Definition wurde begründet und den geläufigen Bestimmungen der Ideologie gegenübergestellt. Dann wurde die Ideologie mit den sozialen Fakten und Handlungen in Beziehung gesetzt. Die Bestimmung der sozialen Fakten und der Ideologie sowie die Abhängigkeit der Handlungen und deren Bewertungen erlaubten eine größere Klasse von Handlungen zu beschreiben als es der ursprüngliche Ansatz der Handlungs- und Spieltheorie vermochte.

Zusätzlich wurden im Kapitel 7 die Ideale untersucht, die als weitere soziale Determinanten für Handlungen neben sozialen Fakten und individuellen Aspekten fungieren können. Als Ideale wurden die neuzeitlichen abendländischen Ideale "Freiheit", "Gleichheit" und "Gerechtigkeit" ausgewählt, da sie bis in die Gegenwart von Bedeutung sind. Die primären Ideale Freiheit und Gleichheit wurden durch das Ideal der Gerechtigkeit aufeinander bezogen, indem Gerechtigkeit als eine bestimmte Syn-

these von Freiheit und Gleichheit aufzufassen ist. Formal wurde es in dieser Arbeit so dargestellt, daß Gerechtigkeit, bei gleicher Behandlung aller Individuen, die größtmögliche Freiheit aller bezüglich des Verhaltens garantieren soll.

Die Abhängigkeit der Handlungen von verschiedenen Determinanten wurde nach drei Arten unterschieden: 1) individuelle Präferenzen, Erwartungen, Ziele etc. (was Gegenstand der Handlungs- und Spieltheorie gewesen ist), 2) soziale Fakten, die sich als Verhaltensregeln und -regularitäten äußern und 3) Ideale. Gemäß dieser Klassifikation wurde auch eine Bewertung von Handlungen sowie auch deren Folgen durchgeführt. Diese Bewertung der Folgen von Handlungen wurde "Verantwortung" genannt.

Zuletzt wurden die methodischen Ideale in einem relativ neuen Bereich (der deontischen Logik) untersucht, um darzustellen, welche Schwierigkeiten bei der Anwendung der deontischen Termini in diesem Bereich in Bezug auf die methodischen Ideale auftauchen, insbesondere dann, wenn man die Ausgangstermini verschieden interpretiert und damit auch verschieden definiert und formalisiert. Daher führte ich eine Definition von "Gebot" ein, die auch formalisiert wurde. Formal wurde "Gebot einer Handlung" mit einer deontischen Implikation definiert, die als Antezedens die unterlassene Handlung und als Sukzedens eine Sanktion hat. Inhaltlich wurden die Gebote als Erwartungen bestimmt, die mittels Koordinationen, Konventionen oder Institutionen geäußert werden. Damit wurde gezeigt, daß Gebote durch soziale Fakten und deren Sanktionen konstituiert sind. Diese Tatsache

erklärt auch, warum weitere Formalisierungen der deontischen Logik so unergiebig sind; denn entweder baut man eine axiomatische Theorie auf, ohne einen inhaltlichen und formalen Bezug zur Wirklichkeit, oder man muß die sozialen Fakten, ihre Strukturen und die in ihnen involvierten Sanktionen formalisieren. Daß die sozialen Fakten nicht nach den Regeln der (deontischen) Logiker entstanden sind, erschwert eine angemessene Formalisierung.

Als Leitfaden meiner Arbeit diente die Beschreibung von menschlichen Handlungen im Kontext von menschlichem Wollen und von natürlichen wie sozialen Fakten sowie von Idealen, welche die Menschen schon vorfinden. Den Einfluß von sozialen Fakten auf Handlungen habe ich formal durch den epistemologischen Ort und die Funktion der Erwartungen charakterisiert. Der epistemologische Ort der Erwartungen wurde durch die allgemeine Bestimmung des menschlichen Wollens und seine Realisierung im Handeln gekennzeichnet. Die Funktion von Erwartungen wurde als Handlungspräsupposition gedacht, die implizite und/oder explizite Sanktionen involviert.

Als Derivat der allgemeinen Sanktionen (und damit auch Belohnungen) kann die Einsicht in soziale oder natürliche Fakten oder Gesetzmäßigkeiten angesehen werden. Diese Einsicht kann ein nicht unerhebliches Motiv sein, gemäß den Handlungsschemata, die es fördern zu handeln. Die ethischen Erkenntnisse liefern die Handlungsschemata, die das Leben der Menschen unter Berücksichtigung des Lebens von anderen 'besser' zu gestalten versuchen, was nicht nur durch soziale Fakten und deren Sanktionen,

sondern auch durch die Setzung der formalen Ideale, wie z.B. der Universalisierbarkeit, Gerechtigkeit etc. geschieht. Der Einfluß von solchen rein ideellen Determinanten auf konkrete Handlungen der einzelnen Menschen wird umso größer, je kleiner der Einfluß der natürlichen (Umwelt) und der sozialen (soziale Fakten) Determinanten sein wird.

Die sozialen Fakten besitzen in einigen Aspekten eine den natürlichen Fakten analoge Wirkung auf die (Freiheit der) menschlichen Handlungen. Die soziale Fakten geben den Menschen eine den Gesetzmäßigkeiten der Natur analoge Sicherheit, aber nur in der von Menschen gebildeten Form, d.h. als erzwungene oder eingespielte Regelmäßigkeiten oder Regularitäten. Diese Verhaltensregelmäßigkeiten oder -regularitäten schränken, ähnlich den Gesetzen der Natur, auch die Freiheitsräume menschlicher Handlungen ein. Andererseits erlaubt die Kenntnis sowohl der Naturgesetze als auch der sozialen Fakten, neue Handlungsarten zu entwickeln und sie durch Regelmäßigkeiten, Regularitäten oder Gesetze zu übertragen. Das Erzeugen dieser Sicherheit ist eng mit der herrschenden Funktion der sozialen Fakten verbunden, weil sie die schon überlieferten oder vorgegebenen Interaktionsformen und Machtstrukturen darzustellen, aber auch zu vermitteln fähig sind. Da die sozialen Fakten die Form jeder Interaktion bilden, konstituieren sie die Interpretation (Sinngebung), d.h. die Ideologie jeder Handlung.

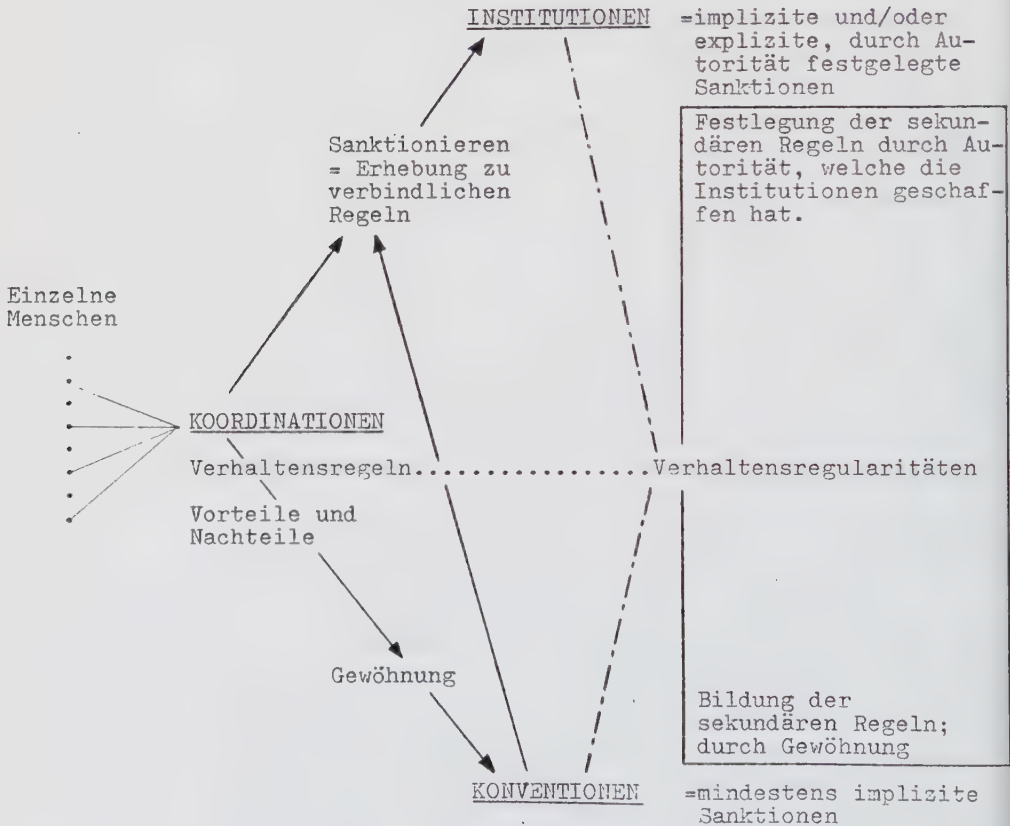
Weil die sozialen Fakten wie die Ideale Erwartungen (oder ihre durch Abstraktion gewonnene Derivate) gegenüber anderen Menschen sind, sind sie in dem Maße verän-

derbar, wie sich die Wünsche und Interessen der einzelnen Menschen modifizieren lassen oder wie sich durch andere Formen der sozialen Fakten eine andere Realisierung der Wünsche und Interessen der Einzelnen verwirklichen läßt. Dies gilt nur, solange die Grenzwerte nicht berührt oder überschritten werden. Der individuelle Grenzwert ist der Tod, der Grenzwert im sozialen Bereich ist der Frieden und im Bereich der Natur können die Grenzwerte ökologisch bestimmt werden. Die Kenntnis dieser Fakten kann neue Lösungen für die allen sozialen Fakten zugrunde liegenden Koordinationsprobleme bereitstellen oder auch die Wünsche und Interessen der einzelnen Menschen verändern. Diese Kenntnis bestimmt, was man wollen kann (was von dem Gewünschten realisierbar ist), nicht was man wollen soll. Die bestehenden sozialen Fakten formulieren die Bestimmung des Wollens, d.h. was man wollen soll, denn die Erwartungen von anderen konstituieren das Sollen und dies geschieht mit Hilfe der sozialen Fakten.

Die Menschen können nicht wissen, wie sie handeln sollen, ohne zu wissen, was sie wollen sollen. Da die Menschen das Wollen ursprünglich in einer 'privaten Sphäre' des Einzelnen ansiedeln, können die Menschen nur das sollen, was letztlich jeder Einzelne (auch hinsichtlich anderer Menschen oder anderer Gegenstände) auch wollen kann. Die ethische Problematik ist auf das Individuum, genauer auf sein Selbstverständnis zurückgeworfen, weil die sozialen Fakten die sozialen Sachverhalte auf die beschriebene Art bestimmen. Deswegen konnte diese Abhandlung nicht eine allgemeine Antwort auf die Frage geben, wie man handeln soll, ohne die konkreten sozialen

und natürlichen Fakten sowie Ideale in Betracht zu ziehen. Der Einfluß dieser Determinanten auf Handlungen ist nicht nur durch die involvierten Sanktionen, Gewohnheiten oder individuellen Präferenzen, sondern auch durch das Wissen von diesen bedingt.

Schema der Rekonstruktion der Konventionen
und Institutionen aus den Koordinationen



SOZIALE FAKTEN = Koordinationen, Konventionen und Institutionen

Anmerkungen

- 1 Vgl. die Aufsätze von N.Rescher, D.Rayfield, A.C.Danto, G.E.M.Anscombe, S.Hampshire/H.L.A.Hart, J.Feinberg, P.T.Geach, R.M.Hare, A.Kenny, D.Davidson, R.M.Chisholm und C.G.Hempel in dem Sammelband: G.Meggle(Hrsg.), Analytische Handlungstheorie, Bd.I, Handlungsbeschreibungen, Frankfurt a.M. 1977.
- 2 "Rekonstruktion" verwende ich in Anlehnung an die Erlanger Schule, die eine Weiterentwicklung der analytischen Philosophie anstrebt. Sie bemüht sich mit konstruktiver Methode aufgrund des faktischen Vorverständnisses eine Terminologie methodisch so aufzubauen, daß sie (sprach)kritisch und aus kulturinvarianten Prinzipien entwickelt ist. (Vgl. die Bücher von P.Lorenzen, J.Mittelstraß, O.Schwemmer, P.Janich, F.Kambartel).
- 3 D.Lewis, Convention, Cambridge, Massachusetts 1969; deutsch: Konventionen, Berlin, New York 1975.
- 4 Es wird zwischen den Verhaltensregeln, welche die regelmäßige Beschaffenheit der Spiele konstituieren und den Regularitäten, welche zu der Regelmäßigkeit noch Gewohnheit aufweisen und welche die konventionellen und institutionellen Handlungen auszeichnen, unterschieden.
- 5 Siehe Anm.1.
- 6 J.v.Neumann, O.Morgenstern, Spieltheorie und wirtschaftliches Verhalten, Würzburg 1961, S.9:"Wir wollen sagen, daß ein Individuum 'rational' handelt, wenn es versucht, die jeweiligen Maxima zu erreichen".
- 7 Vgl. E.Tugendhat, Vorlesungen zur Einführung in die sprachanalytische Philosophie, Frankfurt a.M. 1976.
- 8 "Gut" soll hier nicht als gruppenspezifischer Bewertungsausdruck, sondern als individuelle Präferenz des einzelnen Menschen verstanden werden; vgl. die Formalisierung des Postulats /B/ in 1.2.1, S.15.
- 9 Die Unterscheidung zwischen "Menschen wollen leben" und "Menschen wollen gut leben" trifft schon Aristoteles in der "Politik": Das "Leben-Wollen" der meisten Menschen ist die Grundlage für das Zusammenleben der

Menschen, das ihnen Nutzen bringt und ein tugendhaftes Leben ermöglicht, d.h. neben der Güte des einzelnen Lebens bildet die Gemeinschaft noch andere Arten der Güte - der Tugenden. Vgl. Aristoteles, Politik, 1278b17f.

- 10 Da ich keine Logik kenne, welche die Zusammensetzung von gewöhnlichen Prädikaten P mit dem Verb "wollen" auch semantisch so durchzuführen vermag, daß die Bedeutung von "wollen P" als Zusammensetzung der Bedeutungen von "wollen" und "P" ist, wähle ich die dargestellte Methode.
- 11 Hier wurde ein neues Prädikat "gut₁" eingeführt, das in 1.2.3 systematisch behandelt wird.
- 12 Die zeitlichen und räumlichen Bestimmungen des Sachverhalts "daß der gute Ulrich die gute Köchin Martina gut kocht" werden hier aus Einfachheitsgründen, wie schon früher, nicht angefügt.
- 13 H.L.A.Hart, Der Begriff des Rechts, Frankfurt a.M. 1973, S.263; hier verwende ich die Übersetzung von P.Frellesen, H.Klemt und N.Hoerster in: N.Hoerster (Hrsg.), Recht und Moral, München 1977, S.100.
- 14 Vgl. D.Davidson, Agency, in: R.Binkley u.a. (Ed.), Agent, Acton, and Reason, Oxford 1971; deutsch in: G.Meggle (Hrsg.), Analytische Handlungstheorie, Bd.1, S.286. Davidson behauptet, daß die Bestimmung dessen, was als absichtlich interpretiert werden kann, nicht genau bestimmbar ist, folglich ist die "Annahme, daß es eine Klasse von absichtlichen Handlungen gibt", (S.286) falsch. Dieser Standpunkt erlaubt dann die Folgerung: "Wenn ein Ereignis eine Handlung ist, dann ist es relativ zu einer oder mehreren Beschreibungen ... eine absichtliche Handlung". (S.307). Vgl. auch G.H.v.Wright, Erklären und Verstehen, Frankfurt a.M. 1974, S.64.
- 15 Vgl. Davidson, a.a.O., S.305-307.
- 16 Vgl. J.Locke, Über Regierung, Stuttgart 1974, S.76.
- 17 D.Lewis, Convention 1969; deutsch: Konventionen, S.8.
- 18 a.a.O., S.12.
- 19 a.a.O., S.21.

- 20 a.a.O., S.33.
- 21 a.a.O., S.79.
- 22 "Neue" Sanktionen der Institution im Verhältnis zu den 'alten' Sanktionen der mittels der Rekonstruktion zugeordneten Koordination oder Konvention.
- 23 N.Luhmann, Institutionalisierung - Funktion und Mechanismus im sozialen System der Gesellschaft, in: H.Schelsky(Hrsg.), Zur Theorie der Institution, Düsseldorf 1970, S.30.
- 24 Vgl. Anm.20.
- 25 Amnesty International, Bericht über Folter, Frankfurt a.M. 1976, S.36.
- 26 B.Spinoza, Theologisch-politischer Traktat, Leipzig 1908, S.362.
- 27 a.a.O., S.362.
- 28 Vgl. die Ausführungen über die Stärke der Bewertungen in 3.2.2.1c, S.96-97.
- 29 J.S.Mill, Der Utilitarismus, Stuttgart 1976, S.13.
- 30 a.a.O., S.21.
- 31 A.Verdross, Die systematische Verknüpfung von Recht und Moral, in: E.Sauer(Hrsg.), Forum der Rechtsphilosophie, Köln 1950, S.15.
- 32 J.Austin, The Province of Jurisprudence, London 1955; abgedruckt in: Hoerster(Hrsg.), Recht und Moral, München 1977, S.17.
- 33 a.a.O., S.17.
- 34 H.L.A.Hart, Der Begriff des Rechts, Frankfurt a.M. 1973.
- 35 a.a.O., S.117.
- 36 a.a.O., S.118.
- 37 a.a.O., S.117.
- 38 a.a.O., S.118.
- 39 a.a.O., S.118.
- 40 a.a.O., S.30.

- 41 E.Tugendhat, Vorlesungen ..., S.115.
- 42 Weil Sachverhalte nur mit dem Prädikat G_2 bewertet werden können, wird in folgenden Abschnitten nur die Begründung von G_2 behandelt. Die Kriterien für G_1 werden in 3.2.1 untersucht.
- 43 Vgl.D.Davidson, Handeln; in: G.Meggler(Hrsg.), Analytische Handlungstheorie, Bd.1, S.286 und S.305.
- 44 Vgl. 2.6.
- 45 J.R.Searle, Speech Acts, Cambridge 1969, S.175ff.; deutsch: Sprechakte, Frankfurt a.M. 1971, S.261ff.
- 46 a.a.O., S.177; deutsch: S.264.
- 47 Vgl.P.Winch, Die Idee der Sozialwissenschaft und ihr Verhältnis zur Philosophie, Frankfurt a.M. 1974, S.86.
- 48 W.V.Quine, Ontology and Ideology, in: Philosophical Studies, Vol.II,1951, S.11ff.; auch in: H.Feigl. W. Sellars, K.Lehrer(Ed.), New Readings in Philosophical Analysis, New York 1971, S.558ff.
- 49 a.a.O., S.560.
- 50 W.Maihofer, Ideologie und Recht, in: W.Maihofer(Hrsg.) Ideologie und Recht, Frankfurt a.M. 1969, S.13-21.
- 51 P.Noll, Ideologie und Gesetzgebung, in: Maihofer (Hrsg.), Ideologie und Recht, S.63.
- 52 W.K.Frankena, Some Beliefs about Justice, Lindley Lecture, Lawrence, University of Kansas 1966; abgedruckt in: Hoerster(Hrsg.), Recht und Moral, S.150.
- 53 J.Rawls, A Theory of Justice, Oxford 1972, S.67ff.
- 54 Ein Terminus von M.Weber, vgl.M.Weber, Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie, I.Bd., S.536ff.
- 55 Z.B."Alles muß anders werden". Da bei solchen Parolen nicht der Bereich der Gegenstände, über den gesprochen wird, angegeben wird, kann die Interpretation solcher Sätze nur in einem bestimmten Kontext geleistet werden. An sich ist dieser Satz weder wahr noch falsch.
- 56 Vgl.F.Sibley, Ästhetische Begriffe, Ästhetisch und nicht-ästhetisch; I.C.Hungerland, Die Logik ästhetischer Begriffe, Noch einmal ästhetisch und nicht

- ästhetisch; S.Hampshire, Logik und Wertschätzung; alle in: R.Bittner, P.Pfaff(Hrsg.), Das ästhetische Urteil, Köln 1977.
- 57 Vgl.T.S.Kuhn, Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen, Frankfurt a.M. 1967.
- 58 Vgl. die andere Terminologie bei H.L.A.Hart, The Ascription of Responsibility and Rights, in: Proceedings of the Aristotelian Society, Vol.XLIX, 1947-1948, S.171ff.
- 59 Vgl.D.Lewis, Konventionen, S.203ff.
- 60 Vgl.J.Hruschka, Strukturen der Zurechnung, Berlin, New York 1976.
- 61 G.H.v.Wright, Normenlogik; in: H.Lenk(Hrsg.), Normenlogik, Pullach bei München 1974, S.26.
- 62 Um den Übergang von j) zu jj) formal darzustellen hat Wright nicht mehr die Handlungsverben (wie in j)), sondern Handlungssätze als Variable eingeführt.
- 63 Ob einzelne Ziele (funktional ausgedrückt: Zwecke) in einem System oder ohne ein System betrachtet werden, ist in diesem Zusammenhang nicht relevant.
- 64 Vgl. meine M.A.-Arbeit, Heidelberg 1975.
- 65 a.a.O., S.17ff.
- 66 Z.B.J.Ladd, The Structure of Moral Code, Cambridge, Mass. 1957, S.127; J.O.Urmson, Saints and Heroes, in: A.I.Melden, Essays in Moral Philosophy, Seattle 1958.
- 67 R.M.Chisholm, Übergebährlichkeit und Anstößigkeit. Ein Begriffsschema für Ethik; in: Ratio, Bd.5, 1963.
- 68 a.a.O., S.11.
- 69 G.H.v.Wright, Normenlogik, S.31.
- 70 Von einigen Institutionen kann man sich nicht selbst ausschließen, auch wenn man es will, wie z.B. von der Institution eines Staates, denn man kann nur von einem in einen anderen Staat überwechseln.
- 71 O.Weinberger, Der Begriff der Sanktion und sein Rolle in der Normenlogik und Rechtslehre; in: H.Lenk(Hrsg.), Normenlogik, S.94:"S ist eine Sanktion gegen die Person P_1 wegen Pflichtverletzung V durch die Person P_2

nach der Normenordnung O genau dann, wenn S eine Maßnahme ist, die laut Normenordnung O gegen die Person P_1 gesetzt werden soll, wenn P_2 die Norm der Ordnung O 'Es soll non- V sein' nicht erfüllt hat. (P_1 und P_2 sind meist dieselbe Person).

- 72 A.R.Anderson, O.K.Moore, The Formal Analysis of Normative Concepts, in: American Sociological Review, Vol.20/1, 1957, S.9-12; A.R.Anderson, The Logic of Norms, in: Logique et analyse, 1957, S.84-91.
- 73 G.H.v.Wright, Normenlogik, S.37.
- 74 J.Hintikka, Deontic Logic and Its Philosophical Morale, in: J.Hintikka, Models for Modalities, Dordrecht -Holland 1969, S.200.
- 75 G.H.v.Wright, Normenlogik, S.36
- 76 I.Kant, Grundlegung zur Metaphysik der Sitten, Ak. Aus.Bd.4, S.433.
- 77 H.Lenk, Zur logischen Symbolisierung bedingter Normsätze, in: H.Lenk(Hrsg.), Normenlogik, S.126.

Literaturverzeichnis

- Albert, H., Ethik und Metaethik, in: Albert, Topitsch (Hrsg.), Werturteilstreit, Darmstadt 1971.
- Amnesty² International, Bericht über die Folter, Frankfurt 1976.
- Anderson, A.R., The Logic of Norm, in: Logique et analyse 1957.
- Logik, Normen und Rollen, in: Ratio 1, 1962.
- Anderson, A.R., Moore, O.K., The Formal Analysis of Normative Concepts, in: American Soziological Review, Vol.20/1, 1957.
- Anscombe, G.E.M., On Brute Facts, Analysis 1958.
- Aristoteles, Nikomachische Ethik, Hamburg 1972.
- Politik, Zürich 1955.
- Austin, J., The Province of Jurisprudence Determined, London 1955. Abgedruckt in: Hoerster, H.(Hrsg.), Recht und Moral, München 1977.
- Austin, J.L., Ifs and Cans, in: Austin, J.L., Philosophical Papers, Oxford 1970.
- A Plea for Excuses, in: Austin J.L., Philosophical Papers, Oxford 1970; deutsch: Ein Plädoyer für Entschuldigungen, in: Meggle, G.(Hrsg.), Analytische Handlungstheorie, Bd.1, Frankfurt a.M. 1977.
- Baier, K., Der Standpunkt der Moral, Düsseldorf 1974.
- Der moralische Standpunkt, in: Grewendorf, G., Meggle, G.(Hrsg.), Seminar: Sprache und Ethik, Frankfurt a.M. 1974.
- Ballestrem, K.G., Methodologische Probleme in Rawls' Theorie der Gerechtigkeit, in: Höffe, O.(Hrsg.), Über John Rawls' Theorie der Gerechtigkeit, Frankfurt a.M. 1977.
- Beck, L.W., Akteur und Betrachter, Freiburg, München 1976.
- Berber, F.(Hrsg.), Völkerrechtliche Verträge, München 1973.

- Bittner, R., Zu Quines These der Ontologischen Relativität, in: Neue Hefte für Philosophie, Heft 8.
- Brandt, R.B., Ethical Relativismus, in: Sellers, W., Hospers, J.(Ed.), Readings in Ethical Theory, New York 1970.
- Einige Vorzüge einer bestimmten Form des Regelutilitarismus, in: Höffe, O.(Hrsg.), Einführung in die utilitaristische Ethik, München 1975.
- Brentano, F., Vom Ursprung sittlicher Erkenntnis, Leipzig 1921.
- Brown, J.M., Das Beurteilen von Werturteilen, in: Ratio 1, Bd.18, 1976.
- Castañeda, H.-N., The Structur of Morality, Springfield, Illionis 1974.
- Chisholm, R.M., Contrary-To-Duty Imperatives and Deontic Logic, in: Analysis, Vol. 24, 1963-1964.
- Übergebührlichkeit und Anstößigkeit, in: Ratio, Bd.5, 1963.
 - Freiheit und Handeln, in: Meggle, G.(Hrsg.), Analytische Handlungstheorie, Bd.1, Frankfurt a.M. 1977.
- Davidson, D., Action, Reason and Cause, in: The Journal of Philosophy, LX, 1963.
- How is Weakness of the Will Possible?, in: Feinberg, J.(Ed.), Moral Concepts, Oxford 1969.
 - Handeln, in: Meggle, G.(Hrsg.), Analytische Handlungstheorie, Bd.1, Frankfurt a.M. 1977.
 - Die logische Form von Handlungssätzen, in: Meggle, G.(Hrsg.), Analytische Handlungstheorie, Bd.1, Frankfurt a.M. 1977.
- Davidson, D., Kinsey, J.C.C.Mc., Suppes, P., Outlines of a Formal Theory of Value I, in: Philosophy of Science, Vol. XXII, 1955.
- Davis, M.D., Spieltheorie für Nichtmathematiker, München 1972.
- Dubislaw, W., Zur Unbegründbarkeit der Forderungssätze, in: Theoria, Vol.III, 1937.
- Durkheim, E., Soziologie und Philosophie, Frankfurt a.M. 1970.

- Dworkin, R.M., Is Law a System of Rules?, in: Dworkin, R.M.(Ed.), The Philosophy of Law, Oxford 1977.
- Ebeling, H.(Hrsg.), Subjektivität und Selbsterhaltung, Frankfurt a.M. 1976.
- Ebert, T., Zweck und Mittel, in: Allgemeine Zeitschrift für Philosophie, Heft 2, 1977.
- Eckmann, H., Rechtspositivismus und sprachanalytische Philosophie, Berlin 1969.
- Feigl, H., Validation und Vindikation, in: Albert, H., Topitsch, E.(Hrsg.), Werturteilstreit, Darmstadt 1971.
- Feinberg, J., Handlung und Verantwortung, in: Meggle, G.(Hrsg.), Analytische Handlungstheorie, Bd.1, Frankfurt a.M. 1977.
- Feyerabend, P.K., Wie wird man ein braver Empirist?, in: Krüger, L.(Hrsg.), Erkenntnisprobleme der Naturwissenschaften, Köln, Berlin, 1970.
- Findlay, J.N., Morality by Convention, in: Mind, Vol. LIII, 1944.
- Frankena, W., Some Beliefs about Justice, Lindey Lecture Lawrence, University of Kansas 1966. Abgedruckt in: Hoerster, H.(Hrsg.), Recht und Moral, München 1977.
- The Naturalistic Fallacy, in: Foot, P.(Ed.), Theories of Ethics, Oxford 1967.
- Analytische Ethik, München 1972.
- Geach, P.Th., Ascriptivism, in: The Philosophical Review, LXIX, 1960.
- Gehlen, A., Urmensch und Spätkultur, Frankfurt ²1964.
- Geiger, T., Vorstudien zu einer Soziologie des Rechts, Neuwied und Berlin 1964.
- Gellner, E.A., Ethik und Logik, in: Grewendorf, G., Meggle, G.(Hrsg.), Seminar: Sprache und Ethik, Frankfurt a.M. 1974.
- Geuss, R., Quine und die Unbestimmtheit der Ontologie, in: Neue Hefte für Philosophie, Heft 8.
- Habermas, J., Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus, Frankfurt a.M. ²1973.

- Habermas, J., Luhmann, N., Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie, Frankfurt a.M. 1971.
- Hampshire, S., Logik und Wertschätzung, in: Bittner, R., Pfaff, P.(Hrsg.), Das ästhetische Urteil, Köln 1977.
- Hare, R.M., Wollen: Einige Fallen; in: Meggle, G., (Hrsg.), Analytische Handlungstheorie, Bd. 1, Frankfurt a.M., 1977.
- The Promising Game, in: Foot, P.(Ed.), Theories of Ethics, Oxford 1967.
- Hart, H.L.A., The Ascription of Responsibility and Rights, in: Proceedings of Aristotelian Society, Vol.XLIX, 1947-1948.
- Are There any Natural Right?, in: Quinton, A.(Ed.), Political Philosophy, Oxford 1967.
- Recht und Moral, Drei Aufsätze, Göttingen 1971.
- Der Begriff des Rechts, Frankfurt a.M. 1973.
- Freiheit und ihre Priorität bei Rawls, in: Höffe, O., (Hrsg.), Über John Rawls' Theorie der Gerechtigkeit, Frankfurt a.M. 1977.
- Heidegger, M., Sein und Zeit, Tübingen, ¹¹1967.
- Unterwegs zur Sprache, Pfullingen 1971.
- Hempel, C.G., Rationales Handeln, in: Meggle, G.(Hrsg.), Analytische Handlungstheorie, Bd.1, Frankfurt a.M. 1977.
- Henrich, D., Der Begriff der sittlichen Einsicht in Kants Lehre vom Faktum der Vernunft, in: Prauss, G. (Hrsg.), Kant, Köln 1973.
- Hintikka, J., Deontic Logic and Its Philosophical Moral, in: Hintikka, J., Models for Modalities, Dordrecht -Holland 1969.
- Hoerster, N., Utilitaristische Ethik und Verallgemeinerung, Freiburg, München 1971.
- Normenbegründung und Relativismus, in: Philosophisches Jahrbuch 1974.
- John Rawls' Kohärenztheorie der Normenbegründung, in: Höffe, O.(Hrsg.), Über John Rawls' Theorie der Gerechtigkeit, Frankfurt a.M. 1977.
- Die moralische Pflicht zum Rechtsgehorsam, in: Hoerster, N.(Hrsg.), Recht und Moral, München 1977.

- Hruschka, J., Strukturen der Zurechnung, Berlin, New York 1976.
- Hungerland, I.C., Die Logik ästhetischer Begriffe, in: Bittner, R., Pfaff, P.(Hrsg.), Das ästhetische Urteil, Köln 1977.
- Ilting, K.-H., Anerkennung, Zur Rechtfertigung praktischer Sätze, in: Grau, G.-G.(Hrsg.), Probleme der Ethik, Freiburg i.B., München 1972.
- Irwin, A.A., Grundlage der Logik von Wertungen, bearbeitet und hrsg. von H.Wessel, Berlin 1975.
- Isenberg, A., Kunstkritische Mitteilung, in: Bittner, R., Pfaff, P.(Hrsg.), Das ästhetische Urteil, Köln 1977.
- Kamlah, W., Lorenzen, P., Logische Propädeutik, Mannheim 1973.
- Kelsen, H., Reine Rechtslehre, Wien²1960.
- Kenny, A., Handlungen und Relationen, in: Meggle, G. (Hrsg.), Analytische Handlungstheorie, Bd.1, Frankfurt a.M. 1977.
- Kraft, V., Die Giltigkeit von Normen, in: Zeitschrift für allgemeine Wissenschaftstheorie, Bd.V, 1974.
- Rationale Moralbegründung, Wien 1963.
- Kuhn, T.S., Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen, Frankfurt a.M. 1967.
- Kutschera, F.v., Einführung in die Logik der Normen, Werte und Entscheidungen, Freiburg, München 1973.
- Normative Präferenzen und bedingte Gebote in: Lenk, H.(Hrsg.), Normenlogik, Pullach bei München 1974.
- Ladd, J., The Structure of Moral Code, Cambridge Mass. 1957.
- Lenk, H., Zur logischen Symbolisierung bedingter Normensätze, in: Lenk, H.(Hrsg.), Normenlogik, Pullach bei München 1974.
- Lewis, C.I., An Analysis of Knowledge and Valuation, La Salle Illinois, 1971.

- Lewis, D., Languages and Language, in: Minnesota Studies in The Philosophy of Science, Vol.VII, 1965.
- Convention, Cambridge, Massachusetts 1969; deutsch: Konventionen, Berlin, New York 1975.
- Lorenzen, P., Methodisches Denken, Frankfurt a.M. 1968.
- Normative Logic and Ethics, Mannheim 1969.
 - Semantisch normierte Orthosprachen, in: Kambartel, F., Mittelstraß, J.(Hrsg.), Zum normativen Fundament der Wissenschaft, Frankfurt a.M. 1973.
 - Theorie der technischen und politischen Vernunft, Stuttgart 1978.
- Lorenzen, P., Schwemmer, O., Konstruktive Logik, Ethik und Wissenschaftstheorie, Mannheim 1973.
- Luhmann, N., Institutionalisation-Funktion und Mechanismus im sozialen System der Gesellschaft, in: Schelsky, H.(Hrsg.), Zur Theorie der Institution, Düsseldorf 1970.
- Zweckbegriff und Systemrationalität, Frankfurt a.M. 1973.
 - Systemtheoretische Beiträge zur Rechtstheorie, in: Albrecht, H., u.a.(Hrsg.), Jahrbuch für Rechtssoziologie und Rechtstheorie, Bd.II, Düsseldorf 1972.
 - Macht, Stuttgart 1975.
- Maihofer, W., Ideologie und Recht, in: Maihofer, W. (Hrsg.), Ideologie und Recht, Frankfurt a.M. 1969.
- Mandelbaum, M., Social Facts, in: The British Journal of Sociology, Vol.6, 1955.
- Mao Tse-Tung, Gegen die Buchgläubigkeit, Peking 1968.
- Marten, R., Versuch über die philosophische Bestimmung des Gewissens, in: Holzey, H.(Hrsg.), Gewissen?, Basel, Stuttgart 1975.
- Philosophische Kriterien der Interpretierbaren Rede, Methodologie der Wahrheit; in: Dittmann, J. u.a. (Hrsg.), Gegenstand und Wahrheit, Tübingen 1976.
- Meyer, M., Formale und handlungstheoretische Sprachbetrachtung, Stuttgart 1976.
- Mill, J.S., Utilitarismus, Stuttgart 1976.
- Montague, R., 'Is' to 'Ought', in: Analysis, Vol.26, 1965-1966.

- Morscher, E., Zecha, G., Searle, Sein und Sollen, in:
Zeitschrift für philosophische Forschung Bd.26 1972.
- Najder, Z., Values and Evaluation, Oxford 1975.
- Noll, P., Ideologie und Gesetzgebung, in: Maihofer, W.
(Hrsg.), Ideologie und Recht, Frankfurt a.M. 1969.
- Nowell-Smith, P.H., Eine Theorie der Gerechtigkeit?,
in: Höffe, O.(Hrsg.), Über John Rawls' Theorie der
Gerechtigkeit, Frankfurt a.M. 1977.
- Parson, T., Gesellschaften, Frankfurt a.M. 1975.
- Sozialstruktur und Persönlichkeit, Frankfurt a.M.
1968.
- Patzig, G., Ethik ohne Metaphysik, Göttingen 1971.
- Popper, K.R., Die offene Gesellschaft und ihre Feinde,
Bern²1970.
- Quine, W.v.O., Ontology and Ideology, in: Feigl, H.
Sellers, W., Lehrer, K.(Ed.), New Readings in Philo-
sophical Analysis, New York 1972.
- Ontological Relativity and Other Essays, New York and
London 1969; deutsch: Ontologische Relativität und an-
dere Schriften, Stuttgart 1975.
- Raiffa, H., Einführung in die Entscheidungstheorie,
München, Wien 1973.
- Rawls, J., Justice as Fairness, in: The Philosophical
Review 1955.
- Two Concepts of Rules, in: The Philosophical Review
1955.
- The Sense of Justice, in: The Philosophical Review
1963.
- A Theory of Justice, Oxford 1972.
- Reichenbach, H., Die Suche nach ethischen Leitsätzen
und der kognitiv-ethische Parallelismus, in: Albert,
H., Topitsch, E.(Hrsg.) Werturteilstreit, Darmstadt
1971.
- Rescher, N., Introduction to Value Theory, Englewood
Cliffs, New York 1969.
- On the Characterization of Action, in: Brand, M.(Ed.),
The Natur of Human Action, Scott 1970.

Richards, D.A.J., A Theory of Reason for Action,
Oxford 1971.

Schorr, K.E., Der Begriff bei Frege und Kant, in:
Kant-Studien, Bd.58, 1967.

Searle, J.R., How to Derive "Ought" from "Is", in:
The Philosophical Review 1964.

- Speech Acts, Cambridge 1969; deutsch: Sprechakte,
Frankfurt a.M. 1971.

Smart, J.J.C., Extreme and Restricted Utilitarianism,
in: Foot, P.(Ed.), Theories of Ethics, Exford 1967.

Spaemann, R., Moral und Gewalt, in: Riedel, M.(Hrsg.),
Rehabilitierung der praktischen Philosophie, Bd.1,
Freiburg i.B. 1972.

Spinoza, B., Theologisch-politischer Traktat, Leipzig
1908.

Stevenson, Ch.L., The Emotive Meaning of Ethical Terms,
in: Mind 46, 1937,

Steinius, E., Definitions of the Concept "Value-Judgement"
in: Theoria, Vol.XXI, 1955.

Strawson, P.F., Gesellschaftliche Moral und persönliches
Ideal, in: Grewendorf, G., Meggle, G.(Hrsg.), Seminar:
Sprache und Ethik, Frankfurt a.M. 1974.

Taylor, P., The Justification of Value Judgements: Ratio-
nal Choice; in: Sellers, W., Hospers, J.(Ed.), Readings
in Ethical Theory, New York 1970.

Thomson, J.&J., How Not to Derive "Ought" from "Is", in:
The Philosophical Review 1964.

Tugendhat, E., Vorlesungen zur Einführung in die sprach-
analytische Philosophie, Frankfurt a.M. 1976.

Urmson, J.O., On Granding, in: Mind, Vol.LIX, 1950.

- Saints and Heroes, in: A.I.Melden (Ed.), Essays in
Moral Philosophy, Seattle 1958.

Verdross, A., Die systematische Verknüpfung von Recht
und Moral, in: Sauer, E.(Hrsg.), Forum der Rechts-
philosophie, Köln 1950.

- Vendler, Z., *Linguistic in Philosophy*, Ithaca, New York 1967.
- Vries, G.de(Hrsg.), *Über Kunst, On Art*, Köln 1974.
- Weber, M., *Wirtschaft und Gesellschaft*, Tübingen 1922.
- *Soziologie, Universalgeschichtliche Analysen, Politik*, hrsg.Winckelmann, Stuttgart 1973.
- Weinberger, O., *Einige Betrachtungen über die Rechtsnorm von Standpunkt der Logik und der Semantik*, in: *Logique et Analyse*, 7⁸ Année, 1964.
- *Rechtslogik*, Wien, New York 1970.
 - *Der Begriff der Sanktion und seine Rolle in der Normenlogik und Rechtstheorie*, in: Lenk, H.(Hrsg.), *Normenlogik*, Pullach bei München 1974.
- Weston, M., *Morality and The Self*, Oxford 1975.
- Williams, B., *Der Begriff der Moral*, Stuttgart 1978.
- Winch, P., *Die Idee der Sozialwissenschaft und ihr Verhältnis zur Philosophie*, Frankfurt a.M. 1974.
- Wittgenstein, L., *Lecture on Ethics*, in: *The Philosophical Review*, Vol.LXXIV, 1965.
- *Schriften 1*, Frankfurt a.M. 1969.
 - *Über Gewißheit*, Oxford 1974.
- Wolff, R.P., *A Refutation of Rawls' Theorem of Justice*, in: *Journal of Philosophy*, 1966.
- Wright, G.H.v., *An Essay in Deontic Logic and The General Theory of Action*, Amsterdam 1968.
- *Erklären und Verstehen*, Frankfurt a.M. 1974.
 - *Handlung, Norm und Intention*, hrsg. R. Posner, Berlin, New York 1976.
- Ziff, P., *Gründe in der Kunstkritik*, in: Bittner, R., Pfaff, P.(Hrsg.) *Das ästhetische Urteil*, Köln 1977.

L e b e n s l a u f

Ich wurde am 7. März 1946 in Prag geboren. Nach dem Besuch der Elementarschule schloß ich 1965 die Elektrotechnische Gewerbeschule in Prag mit Abitur ab. Im Anschluß an ein dreijähriges Studium an der Elektrotechnischen Hochschule studierte ich von 1968 bis 1970 an der Karls-Universität Prag Philosophie. Nach meiner Emigration studierte ich Philosophie und Germanistik in Freiburg i.Br. und Heidelberg. 1975 legte ich die Magisterprüfung ab.

Meine Lehrer waren Hans Ebeling, Raymond Geuss, Dieter Henrich, Karel Kosík, Rainer Marten, Jan Patočka und Ernst Tugendhat.

